

Bau/20



zivilschutz

MAGAZIN



**Neue Ausstellung des BVS
zum Thema Schutzraumbau
Staatssekretär Spranger:
Gefahrenvorsorge ausbauen**



Die Katastrophenschutzschule als organisatorischer Bestandteil des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr des Innenministeriums Schleswig-Holstein nahm 1962 im Gut Schönböken ihren Ausbildungsbetrieb auf. Das Gut, bestehend aus Herrenhaus, Torhaus und Park, wurde zunächst als „Zentrale Ausbildungsstätte des Landes für den Luftschutzhilfsdienst“ genutzt.

Im Torhaus befand sich bis zur Verlegung nach Rendsburg das „Zentrallager Süd“. Seit 1971 wird auch das Torhaus als Schulungsstätte genutzt. Alle hierfür erforderlichen Umbaumaßnahmen erfolgten in den Jahren 1970/71 im wesentlichen in Eigenhilfe durch das Personal der Schule und durch ehrenamtliche Helfer des Katastrophenschutzes.

Ab 1978 bestanden Überlegungen, im Rahmen der Neuordnung des Katastrophenschutz-Schulwesens die Ausbildungsstätte aufzulösen. Erst 1980 war der Fortbestand der Schule gesichert.

Mit der Bestandsgarantie setzten Überlegungen ein, die Landesschule zu modernisieren. Dies kam nicht zum Tragen, denn 1983 entschloß man sich, in Rendsburg eine neue Katastrophenschutzschule zu bauen. Mitte 1987 wurde mit den Baumaßnahmen begonnen, die voraussichtlich Ende 1988 abgeschlossen sein werden. Alle folgenden Angaben beziehen sich deshalb auf die Katastrophenschutzschule in Rendsburg.

Wissenswertes auf einen Blick

Belegkapazität

Es können insgesamt 56 Lehrgangsteilnehmer in

19 Doppelzimmern

18 Einzelzimmern

untergebracht werden.

Alle Zimmer sind mit einer separaten Naßzelle (Dusche, Waschbecken, WC) ausgestattet.

Lehrgangsangebot

Das Lehrgangsangebot der Schule sieht jährlich rund 100 Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für folgende Zielgruppen vor:

- Mitglieder von Katastrophenschutzstäben sowie Stabpersonal,
- Führer und Unterführer von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes,
- Helfer und Unterführer mit besonderen Funktionen - wie z. B. Atemschutzgeräteträger, Sprenghelfer, Feldköche und Maschinisten.

Das Kurzportrait

Katastrophenschutzschule Schleswig-Holstein

Im Laufe eines Jahres werden durchschnittlich rund 1200 Helfer aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin in ein- bzw. zweiwöchigen Lehrgängen ausgebildet.

Lehrpersonal

Zur Zeit sind an der Katastrophenschutzschule 27 Bedienstete und eine Auszubildende beschäftigt. Der Lehrbereich, in dem vier Fachlehrer und drei Ausbilder tätig sind, ist in folgende Fachbereiche gegliedert:

- Führung
- Bergungs- und Versorgungsdienst
- Sanitäts- und Betreuungsdienst
- ABC-Dienst
- Fernmeldedienst
- Fachdienstübergreifende Ausbildung

Lehrräume

Insgesamt stehen der Katastrophenschutzschule vier Lehrsäle und umfangreiche Außenausbildungsanlagen zur Verfügung. Die Lehrsäle werden durch ihre medientechnische Ausstattung sowohl fachdienstbezogen als auch fachdienstübergreifend multifunktional nutzbar sein.

Übungsgelände

Auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule in Rendsburg befindet sich ein Trümmerhaus mit Trümmerübungsstrecke,

so daß realitätsnahe Übungsabläufe für den Bergungsdienst, aber auch für andere Fachdienste möglich sind. Die Schule verfügt über eine eigene Atemschutz-Übungsanlage, die durch ihre praxisorientierte Konzeption eine realitätsbezogene Ausbildung von Atemschutz-Geräteträgern möglich macht.

Freizeitmöglichkeiten

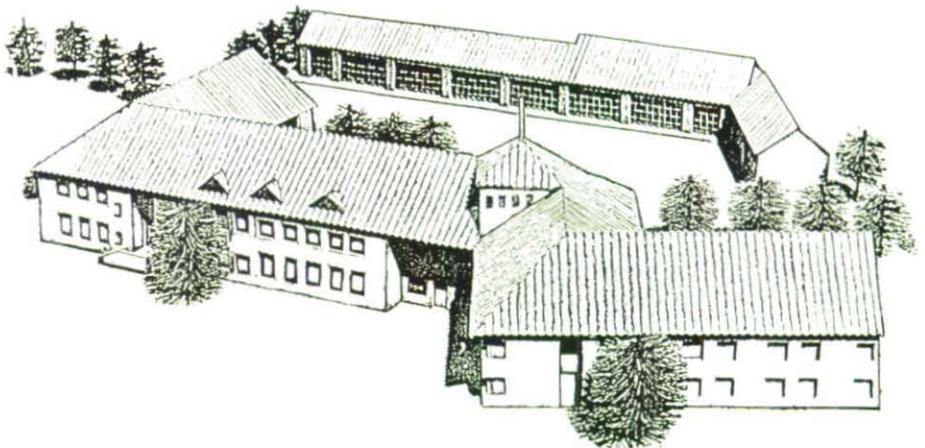
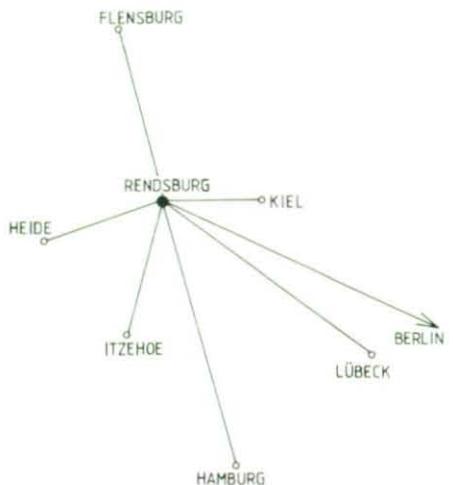
Neben den Freizeitmöglichkeiten im Stadtgebiet Rendsburg wird an der Katastrophenschutzschule ein umfangreiches Freizeitangebot vorhanden sein, das sich an den sportlichen und geselligen Interessen der Lehrgangsteilnehmer orientiert. Eine attraktiv gestaltete Kantine, die Gruppen- und Fernsehräume sowie die wohnlich gestalteten Unterkunftsräume tragen zur Entspannung bei.

Schulleiter

Gerhard Brüggemann

Voraussichtliche Anschrift:

Katastrophenschutzschule
Schleswig-Holstein
H.-P.-Eggers-Str. 2370 Rendsburg
Tel.: N. N.



Januar 1/88

ISSN 0173-7872



Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 45 02 47, Ruf (02 21) 4 98 81

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim, Dorothee Boeken, Günter Sers

Layout:

U. M. Kahrl

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
„Die vor uns liegenden Aufgaben für einen effektiven Bevölkerungsschutz erfordern den weiteren Ausbau unseres Gefahrenvorsorgesystems“	6
Parlamentarischer Staatssekretär Spranger sprach über aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes	
Der Hausschutzraum – die Antwort auf die Frage nach mehr Sicherheit	10
Bundesverband für den Selbstschutz präsentierte in München neue Schutzraum-Ausstellung	
Neuer Schutzraum im Baukastensystem	12
Besserer Schutz für weniger Geld	
Sich der Verantwortung stellen	13
Pfälzer Firma baute einen wirkungsvollen betrieblichen Katastrophen- und Selbstschutz auf	
Hilfe für die Helfer	17
Ausbildung für Sanitätshelfer aller Fachdienste	
Gefährdung unseres Trinkwassers durch Radioaktivität	19
Erkenntnisse – Folgerungen – Vorsorgemaßnahmen	
Anmerkungen zu den seit Anfang 1986 verbindlichen Einheiten im Meßwesen	26
Bundesverband für den Selbstschutz	27
Technisches Hilfswerk	33
Warndienst	41
Deutsches Rotes Kreuz	43
Arbeiter-Samariter-Bund	45
Johanniter-Unfall-Hilfe	47
Malteser-Hilfsdienst	49
Deutscher Feuerwehrverband	51
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	57
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft und Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



THW-Jugend als Träger der freien Jugendhilfe bundesweit anerkannt

Mit der Mitte November 1987 ausgesprochenen bundesweiten Anerkennung der THW-Jugend als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt hat die Aufbauphase der THW-Jugend ihr Ende gefunden.

Im Herbst 1983 wurden die THW-Jugendgruppen in einem zentralen Jugendverband in der Trägerschaft der THW-Helfervereinigung e.V. zusammengefaßt. Mit diesem Schritt sollte erreicht werden, daß

- die stagnierende Zahl der Jugendgruppen erhöht wird,
- weitere Möglichkeiten einer zusätzlichen Finanzierung eröffnet werden, ohne daß der bisherige finanzielle Anteil des Bundes verlorengeht,
- der jugendpflegerische Gesichtspunkt (Pflege und Förderung des Gemeinschaftslebens, sportliche Aktivitäten, internationale Jugendbegegnung, staatsbürgerliche Bildung usw.) zu einer qualitativen Belebung der Jugendarbeit im THW führt,
- die Jugendarbeit in Mitverantwortung der THW-Jugend umgesetzt wird.

Aufgrund der inzwischen verstrichenen Zeit kann festgestellt werden, daß sich das Konzept grundsätzlich bewährt hat. Man ist dem damaligen Ziel ein gutes Stück näher gekommen. Die Anzahl der Junghelfer ist von 3 000 auf ca. 3 700 Junghelfer gestiegen. Die Gründung des Jugendverbandes führte zur Errichtung von annähernd 75 neuen Jugendgruppen. Die Gremien der THW-Jugend sowie die in der Jugendarbeit engagierten Helfer des Technischen Hilfswerks nehmen ihre Aufgaben mit viel Idealismus und Elan wahr.

Mit der bundesweiten Anerkennung der THW-Jugend als Träger der freien Jugendhilfe ist sichergestellt, daß die Einrichtungen,

Veranstaltungen sowie die eigenverantwortliche Tätigkeit des Jugendverbandes vom Staat in sachlicher und finanzieller Hinsicht gefördert werden. Durch diese unterstützende Maßnahmen kann die Nachwuchsgewinnung für das Technische Hilfswerk in den kommenden Jahren angesichts der geburtenschwachen Jahrgänge noch weiter intensiviert werden.

Die THW-Jugend führt inzwischen jedes Jahr eine Vielzahl von Jugendlagern, Auslandsfahrten und Seminaren durch und leistet engagierte Jugendarbeit vor Ort.

Bremen: Innensenator Meyer beim „Helfertag '87“

In seiner Rede anlässlich des „Helfertages '87“ ging Bremens Innensenator, Bernd Meyer, auf grundsätzliche Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes ein. „Wir greifen immer weiter und immer stärker in die Natur und ihre Gesetze ein, deshalb müssen wir begreifen und akzeptieren, daß menschlicher Geist eben letztlich doch nicht ausreicht, um die Natur vollends zu beherr-

schen.“ Daher würden auch immer wieder „unvorhersehbare Katastrophen“ geschehen. Der Reaktorunfall von Tschernobyl und die Chemie-Katastrophe am Oberrhein hätten das drastisch und mit weitreichenden Konsequenzen gezeigt. Meyer: „Aus diesen Gründen müssen wir Vorsorge im Bereich des Katastrophenschutzes treffen.“

An dem traditionellen Senatsempfang nahmen rund 400 Vertreter von Organisationen des Rettungswesens und Katastrophenschutzes teil.

„Wir müssen in Zukunft noch mehr als bisher eine Politik fördern und fordern, in deren Mittelpunkt Kriegsverhütung und Friedenssicherung stehen“, erklärte der Senator weiter. Gerade im Rüstungsbereich erscheine es hüten wie drüben am schwierigsten, die faktisch kaum beherrschbare, im Ernstfall nicht zu kontrollierende Hochtechnologie zu eliminieren. Meyer: „Gerade dort, wo in einem rüden Umgang mit physikalischen und chemischen Grundsätzen unserer Natur Waffen entwickelt worden sind, wird es bedenklich.“ Diese Waffen seien eigentlich keine mehr, da sie selbst diejenigen, die sie vermeintlich schützen sollen, der Vernichtung preisgäben.

„Wo aber anders als bei uns oder in den anderen hochtechnisierten Ländern dieser Erde kann sich die Erkenntnis durchsetzen, daß der Preis den wir für den technischen Fortschritt zahlen müssen, ständig höher wird“, fragte der Innensenator: „Die Fähigkeit, diese Erkenntnis umzusetzen, und die Bereitschaft, auch einmal in die Speichen des von uns selbst in Gang gesetzten Rades zu greifen, um es anzuhalten müssen zu einem Bestandteil unserer Kultur werden.“ Er fügte hinzu: „Es ist aktives Handeln gefordert, das darauf zielt, den Frieden sicherer zu machen und alles Menschenmögliche zu unternehmen, damit das Risiko des Eintritts von Katastrophen drastisch reduziert wird.“

Meyer dankte den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern



Gasexplosion zerstörte Doppelhaus

Eine Gasexplosion zerstörte am 7. Dezember 1987 in Hannover ein Doppelhaus. Das Unglück ist wahrscheinlich durch Manipulation eines 74jährigen Pensionärs an einer Gasleitung entstanden. Der Mann erschoss sich in der Garage mit seiner Pistole, als Polizei und Feuerwehr eintrafen.

Neben dem Rentner wohnten noch fünf weitere Menschen im Haus. Sie waren aber bei der Explosion offenbar nicht anwesend. Dennoch durchsuchte die Feuerwehr die Trümmer, um Gewißheit darüber zu erhalten, daß niemand verschüttet wurde. Vorsorglich wurden auch die Bewohner benachbarter Gebäude evakuiert. (Foto: dpa)

des Katastrophen- und Zivilschutzes im Lande Bremen für ihr „großes Engagement“. Der Innensenator: „Es kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß Sie bereit sind, für Aus- und Fortbildung, für kleinere und größere Übungen und für Einsätze oft

Hunderte von Stunden Ihrer Freizeit zu opfern.“

(Unser Bild zeigt Innensenator Bernd Meyer (Mitte) im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer (links) und BVS-Landeshelfervertreter Werner Schwanck. (Foto: Woltemath)



Brandsicherheit per Checkliste

Vier Monate ist es her, daß die Berufsfeuerwehr Köln beim Brand eines Wohnhauses in einer spektakulären Rettungsaktion mehrere Bewohner retten konnte, vier Menschen fanden jedoch nicht mehr den Weg aus dem brennenden Gebäude und kamen in den Flammen um. Unmittelbar nach dem Brand beklagte die Feuerwehr schwerwiegende bauliche Mängel an dem Altbau, die für die rasante Ausdehnung des Brandes verantwortlich waren.

Nach den Erfahrungen dieses Brandfalles nahm die Feuerwehr jetzt die Versendung der Grundsteuer- und Gebührenbescheide 1988 durch die Stadtverwaltung Köln zum Anlaß, mit einer beige-fügten Brandschutzinformation an die Haus- und Wohnungseigentümer heranzutreten.

Mit dem Falblatt sollen insbesondere die Besitzer von älteren Wohngebäuden angesprochen werden. Anhand einer Checkliste können sie leicht feststellen, ob ihr Gebäude bauliche Mängel und mögliche Brandgefahren aufweist. So finden sich in der Liste beispielsweise Fragen nach der Beschaffenheit des Treppenhauses, ob der Kellerabgang einen feuerhemmenden Abschluß hat

oder ob sich Mülltonnen im Treppenraum befinden.

Weitere Fragen nach Zufahrten und Zugängen sowie Hofflächen sollen das Augenmerk der Hausbesitzer auf eventuelle benötigte Rettungswege für die Feuerwehr richten.

Kommt der Hausbesitzer nach der Beantwortung der Fragen zu der Erkenntnis, daß sein Gebäude entsprechende Mängel aufweist, so steht ihm für das weitere Vorgehen die Feuerwehr Köln Abteilung Vorbeugender Brandschutz, mit fachlicher Beratung zur Verfügung.

Bahnfeuerwehr in Wort und Bild vorgestellt

Zu ihrem 100jährigen Bestehen hat die Bahnfeuerwehr Hannover eine Jubiläumsschrift herausgegeben. Das Heft im Format DIN A 4 zeigt auf 112 Seiten das Werden der Bahnfeuerwehr von ihrer Gründung bis zur heutigen modernen Brandschutzeinheit der Deutschen Bundesbahn. Zahlreiche Abbildungen ergänzen die informativen Texte. Interessierte Leser können das Heft über die Bahnfeuerwehr Hannover (Einbecker Straße 1 A, 3000 Hannover 21) beziehen.

Berlin: Hohe Auszeichnung für langjährige Mitarbeiter der Hilfsorganisationen

In einer Feierstunde aus Anlaß der Verleihung des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichens an langjährige Mitarbeiter der Hilfsorganisationen am 24. November 1987 erklärte Berlins Innensenator Professor Dr. Wilhelm A. Kewenig: „Eine der größten und vorbildlichsten Tugenden in einer Demokratie ist der freiwillige und ehrenamtliche Einsatz vieler Frauen und Männer für das Gemeinwohl. Dankbarkeit und Respekt verdienen alle jene, für die der nicht selbstverständliche Dienst am Nächsten zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Ihr Wirken ist anspornend und sollte beispielhaft für junge Menschen sein.“

Kewenig wies darauf hin, daß mit den 123 Bürgerinnen und Bürgern, die 1987 mit den Ehrenzeichen in Silber und Gold sowie mit der Sonderstufe ausgezeichnet wurden, insgesamt 1870 Berliner für langjährige, aktive Mitarbeit in den Hilfsorganisationen oder für besondere Verdienste ausgezeichnet worden seien. Die Hilfs-

organisationen hätten viele Leistungen nur durch den unermüdlischen und selbstlosen Einsatz ihrer Mitglieder erbringen können, die auf einen Teil ihrer Freizeit verzichteten und viele Belastungen, auch ihrer Familien, hingenommen haben.

Geehrt wurden 91 Helfer mit dem Ehrenzeichen in Silber für zehn-, und 26 Helfer mit dem Ehrenzeichen in Gold für 25jährige Mitgliedschaft bei ASB, DLRG, DRK, Feuerwehr, JUH, MHD und THW. Für besondere Verdienste um den Brand- und Katastrophenschutz des Landes Berlin wurden mit der Sonderstufe Renate Bekker (DRK), Karl-Heinz Biermann (THW), Eberhard Graf von Bothmer (JUH), Peter Gnauck und Gerhard Schütze (DLRG) sowie Wolfgang Reckerl (ASB) ausgezeichnet.

Unser Bild zeigt Senator Prof. Dr. Kewenig (links) bei der Verleihung der Sonderstufe des Ehrenzeichens an Peter Gnauck (DLRG).



DGzRS: arbeitsreiches Jahr für deutsche Seenotretter

Etwa dreieinhalb Stunden oder siebenmal pro Tag wurde 1987 – statistisch gesehen – eine Einheit der Rettungsflotte der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) zum Einsatz gerufen. Genau 2 623 Fahrten (gegenüber 2 056 im Jahr 1986) der 37 Seenotkreuzer und Seenotrettungsboote verzeichnete das in Bremen ansässige Rettungswerk insgesamt. Dabei wurden 248 Personen (1986: 294) aus Seenot gerettet, weitere 1 171 (1986: 1 200) aus Gefahr befreit und rund 60 000 Seemeilen zurückgelegt.

570 mal (1986: 456) waren die Seenotretter unterwegs, um Kranke oder Verletzte von Seeschiffen, Inseln oder Halligen zum Festland zu befördern; in 95 Fällen (1986: 87) konnten Schiffe oder Boote vor dem Totalverlust

bewahrt werden, 649 mal (1986: 558) wurden technische Hilfeleistungen für Wasserfahrzeuge aller Art erbracht.

Zu den herausragenden Einsätzen im vergangenen Jahr zählen u. a. die Rettung eines Angehörigen der Bundesmarine aus dem zwei Grad kalten Wasser der Nordsee im März 1987, die Bergung der neunköpfigen Besatzung eines Jugendkutters durch das Rettungsboot „Carl A. Wuppesahl“ auf der Ostsee, die Hilfe für ein vor Heiligenhafen auf einer Sandbank festgekommene Seebäderschiff mit 27 Passagieren an Bord sowie die Rettung von zwei Fischern, die im Oktober in der Geltinger Bucht ihren sinkenden Kutter verlassen mußten. Darüber hinaus haben die Seenotretter wieder zahlreichen in Not geratenen Wassersportlern

geholfen, allein am Pfingstwochenende 88 Freizeitskippern. Vor allem durch die Tochterboote und kleineren Einheiten mit ihrem geringen Tiefgang konnten zudem Wattwanderer in Sicherheit gebracht werden, die von Seenebel und auflaufendem Wasser überrascht worden waren. In einigen Fällen konnte durch das rechtzeitige Eingreifen der Rettungsmänner Schlimmeres verhindert werden.

73 mal konnte die Seenotleitung Bremen der DGzRS als nationale Leitstelle für den maritimen Such- und Rettungsdienst bei Notfällen mit deutscher Beteiligung außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs unterstützend oder vermittelnd tätig werden.

Noch im Dezember 1987 wurde der erste von zwei Neubauten eines 8 m-Seenotrettungsbootes

in Kiel-Schilksee getauft. Das Boot „Asmus Bremer“ gilt als Prototyp einer Klasse, die nach umfangreichen Erprobungen die jetzigen kleineren Boote ersetzen soll. Zur Zeit befinden sich drei Einheiten im Bau, zwei 27,5 m-Seenotkreuzer und ein weiteres 8 m-Boot.

Auch landseitig stehen für die DGzRS in diesem Jahr Investitionen auf dem Programm, die eine Verbesserung der Effektivität des Rettungsdienstes zum Ziel haben. Vermutlich noch im Sommer 1988 kann ein eigenes UKW-Funknetz in Dienst genommen werden. Hierzu richtet die Gesellschaft entsprechende Relais-Stationen ein. Über diesen Sprechfunk sind zukünftig vor allem die Freiwilligen Besatzungen der kleineren Einheiten von Bremen aus schneller zu erreichen.

„Christoph 3“ brachte 1987 1 000 mal Hilfe

Der in Köln stationierte Rettungshubschrauber „Christoph 3“ hat – erstmals seit 1980 wieder – mehr als 1 000 Einsätze geflogen. Seit 1971 im Raum Köln stationiert, fand die Maschine 1983 ihren endgültigen Standort am Städtischen Klinikum im Stadtteil Merheim. Geflogen wird der Hubschrauber von Piloten der Grenzschutzfliegerstaffel in St. Augustin-Hangelar, die Ärzte werden vom Klinikum gestellt, die Sanitäter gehören dem Malteser-Hilfsdienst an.

Der Hubschrauber vom Typ BO 105 wurde vom Bundesminister des Innern für Aufgaben des Katastrophenschutzes beschafft und dem Land Nordrhein-Westfalen für den Rettungsdienst zur Verfügung gestellt. 15 Städte und Kreise der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf bilden die Trägergemeinschaft für den Betrieb des Hubschraubers, verantwortlich für den Einsatz ist die Stadt Köln.

Die Einsatzbereitschaft des Hubschraubers reicht von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang, er



startet jedoch nicht vor 7.00 Uhr und nur bei Sichtflugbedingungen. Das Einsatzgebiet umfaßt einen Radius von 50 km um den Standort, der in Ausnahmefällen überschritten werden kann. Anforderung und Alarmierung erfolgen ausschließlich über die Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr Köln.

Die Gesamtbilanz des Jahres 1987 von 1 028 Einsätzen teilt sich

prozentual in die Einsatzarten chirurgische Notfälle 40 %, internistische Notfälle 31 %, Sekundäreinsätze (Transporte von Krankenhaus zu Krankenhaus) 7 %, Tot bei Ankunft 4 % sowie Fehleinsätze 13 % und andere Einsätze 5 %. Etwa 400 Einsatzziele lagen im Stadtgebiet von Köln, weitere Einsatzschwerpunkte bildeten der Erftkreis, der Rheinisch-Bergische und der Rhein-

Sieg-Kreis. 20 % der Einsatzflüge überschritten die Grenzen des Regierungsbezirks Köln. Insgesamt hat „Christoph 3“ in den 16 Jahren seines Bestehens über 16 000 Einsätze geflogen.

Unser Foto zeigt den Rettungshubschrauber mit seiner Besatzung, bestehend aus Pilot, Arzt und Sanitäter, am Standort Klinikum Merheim in Köln.

(Foto: Claes)

Hessische Jugendfeuerwehr plant für 1988

Zum Jahreswechsel haben das Jugendfeuerwehr-Ausbildungszentrum und die Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr ihre landesweite Lehrgangs- und Seminarplanung für 1988 vorgelegt. Veranstaltungsschwerpunkte der Marburger Landeszentrale, die von hier aus als Jugendverband rund 30 000 Jugendliche in über 1 750 Gruppen betreut, sind 1988 neben der Ausbildung die internationale Jugendarbeit, ver-

schiedene Freizeiten und „work-camps“ sowie der Bildungsurlaub für junge Arbeitnehmer in Hessen.

Interessenten, die nicht nur aus dem Verbandsbereich kommen müssen, setzen sich möglichst rechtzeitig mit der Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr (Umgehungsstr. 15, 3550 Marburg-Cappel, Tel. 0 64 21/4 36 31) in Verbindung. Hier können auch entsprechende Veranstaltungspläne angefordert werden, die über die landesweiten Angebote des Jugendfeuerwehr-Ausbildungszentrums und sonstige Aktivitäten informieren.

Neue Ölwehrausrüstung für bayerische Feuerwehren und THW

Bayerns Innenminister August R. Lang übergab am 18. Dezember 1987 in Ingolstadt modernste Ölwehrausrüstungen im Wert von rund 400 000 DM an Feuerwehren und THW.

Die Probleme der Ölwehr auf den Binnengewässern und bei Lagerungs- und Transportunfällen sind nach Langs Worten durchaus lösbar. Nötig seien dafür allerdings sachgerechte vorbereitete organisatorische Maßnahmen der damit befaßten Behörden und Unternehmen, eine gut ausgerüstete Ölwehr mit einer modernen, dem neuesten Stand der Technik angepaßten Ausstattung und Ausrüstung sowie eine qualifizierte Ausbildung und regelmäßige Schulung im Rahmen von Alarm- und Einsatzübungen der Eingreifkräfte.

Daß nötigenfalls alles wie am Schnürchen klappt, sollen zudem aktuellste landesweit zu beachtende Richtlinien für Unfälle mit allen wassergefährdenden Stoffen sicherstellen. Sie regeln den Alarm- und Meldedienst durch die Polizei, die Sofortmaßnahme am Schadensort durch die für den ersten Zugriff zuständigen Feuerwehren und die Maßnahmen zur Folgenbeseitigung durch die zuständigen Behörden.

Neben dem schnellen Eingreifen der Hilfsorganisationen sei die effiziente Ausrüstung der Feuerwehren wesentliche Voraussetzung der Schadensbekämpfung. Im Rahmen eines staatlichen Zuschuß- und Beschaffungsprogrammes haben der Freistaat Bayern 1987 aus Mitteln des Katastrophenschutzes rund 1,6 Mio. DM hierfür zur Verfügung gestellt, so der Innenminister.

Unser Bild zeigt einen der sieben an Feuerwehr und THW übergebenen fahrbaren Ölabscheider zur Trennung von Öl-Wassergemischen bei Ölunfällen.

(Foto: Schwepfinger)



Termine

Die diesjährigen Termine für Brandschutzseminare und -lehrgänge der Total Walther Feuerschutz GmbH:

Seminare

20. bis 22. April
07. bis 09. September
12. bis 14. Oktober.

Lehrgänge

09. bis 11. Mai
16. bis 18. Mai
19. bis 21. September
26. bis 28. September
03. bis 05. Oktober

Interessenten wenden sich an Total Walther Feuerschutz GmbH, Werbeabteilung,

Postfach 11 20, 6802 Ladenburg,
Telefon: 0 62 03/7 53 55, Telex: 465 020.

.....

Die **INTERFAB** Internationale Fachausstellung für Arzt- und Anstaltsbedarf wird 1988 Europas bedeutendste Krankenhausfachveranstaltung werden. Sie findet vom **7. bis 10. Juni 1988** im Messezentrum Nürnberg statt. Zeitgleich zur INTERFAB wird die 71. Jahrestagung der Verwaltungsleiter deutscher Krankenanstalten e. V. durchgeführt.

Die INTERFAB wird „die Krankenhaus-Fachwelt“ aus ganz Europa in Nürnberg zusammenführen. Mit ihrem qualifizierten Angebot für Arzt und Anstaltsbedarf präsentiert sie eine umfassende wie differenzierte Produktpalette für einen Kreis von Fachleuten, der direkt oder indirekt mit der Heilung, Rehabilitation und Förderung von Patienten, Heimbewohnern und Behinderten zu tun hat.

.....

Das „Haus der Technik e.V. – ein Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen – führt am 5. Mai 1988 eine **Fachveranstaltung „Reparaturfähigkeit von Stahlbetonteilen nach einem Brand“** durch.

Leitung: Ltd. Reg.-Baudirektor
Dipl.-Ing. H. Blauß

Weitere Informationen:
Haus der Technik e.V.
Postfach 10 15 43
Hollestraße 1, 4300 Essen 1
Telefon: 02 01/18 03-1

.....

Brandschutz-Seminare für Führungskräfte

Auch 1988 werden von den GLORIA-Werken, H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co., 4724 Wadersloh, praxisorientierte Brandschutz-Seminare für Führungskräfte im Sicherheitsbereich durchgeführt. Spitzenkräfte aus dem Gesamtbereich des „vorbeugenden Brandschutzes“ stellen als Referenten ihr Wissen und Können zur Verfügung. Praktische Löschübungen sowie Fallbeispiele vor Ort runden das interessante Programm ab.

Die Teilnehmerzahl an diesen Seminaren ist begrenzt, um eine möglichst hohe Effektivität zu gewährleisten. Folgende Termine sind zunächst vorgesehen:

Nr. 1 vom 04. 05. – 06. 05. 1988
Nr. 2 vom 14. 09. – 16. 09. 1988

Interessenten wenden sich bitte an die GLORIA-Werke, H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co., Postfach 11 60, 4724 Waderloh,
Telefon 0 25 23/77-0.

„Die vor uns liegenden Aufgaben für einen effektiven Bevölkerungsschutz erfordern den weiteren Ausbau unseres Gefahrenvorsorgesystems“

**Schutz der Bevölkerung
ist eine fundamentale Staatsaufgabe –
Mängel abstellen,
ehe sich der Bevölkerungsschutz als nur
bedingt einsatzfähig erweist**

Die Fachgruppe „Bundesamt für Zivilschutz“ im „Verband der Beamten der obersten Bundesbehörden e.V. im Deutschen Beamtenbund“ (VBOB) hatte am 14. Januar 1988 ihre Mitglieder zu einer Informationsveranstaltung mit Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, eingeladen. Zur Diskussion standen „Aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes“.

Neben Spranger konnte Fachgruppenvorsitzender Rainer Schwierczinski Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung „Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung“ im Bundesinnenministerium, BZS-Präsident Hans-Georg Dusch, den Präsidenten der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Schmitt, den Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, den ehemaligen BZS-Präsidenten, Dr. Kolb, sowie den Bundesvorsitzenden des VBOB, Kurt Kleff, begrüßen.

Schwierczinski ging in seiner Begrüßung u. a. darauf ein, daß im Gesamtbereich der zivilen Verteidigung mit den Schwerpunktaufgaben „Zivil- und Katastrophenschutz“ bundesseitig mehr als 2300 hauptamtliche Mitarbeiter in verschiedenen Behörden und Einrichtungen tätig seien. Das Nebeneinander der Ämter sowie ihr Zusammenwirken

zu dem Gesamtziel „Schutz der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall“ sei seit langem in der parlamentarischen Diskussion. Großschadensereignisse wie z. B. der Reaktorunfall in Tschernobyl oder die Sandoz-Chemiekatastrophe seien geeignet, die Frage aufzuwerfen, wie das Hilfeleistungspotential des Bundes und vor allem das des Bundesamtes für Zivilschutz in solchen Schadensfällen stärker eingesetzt werden kann. Mit Staatssekretär Spranger hätte man heute hier einen kompetenten Gesprächspartner, mit dem eine Vielzahl von Fragen erörtert werden könnten, meinte Schwierczinski.

Spranger bedankte sich für die Einladung, die ihm Gelegenheit gebe, das Bundesamt für Zivilschutz zu besuchen und mit den Mitgliedern der VBOB-Fachgruppe über aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes ein Gespräch zu führen.

In seiner Ansprache führte der Staatssekretär aus:

„Das Bundesamt feiert dieses Jahr sein 30jähriges Bestehen. Die Aufgabe, die Sie zu erfüllen haben, ist in diesen 30 Jahren nicht geringer, sondern größer und aktueller geworden. Allerdings hat man bei der Gründung Ihres Amtes vor 30 Jahren als ‚Bundesamt für den zivilen Bevölkerungsschutz‘ den Schutz der Bevölkerung vor allem mit den Gefahren für die Bevölkerung in einem Verteidigungsfall in Verbindung gebracht und die Katastrophenabwehr im Frieden in den Hintergrund gestellt. Hier ist ein Wandel in der Betrachtung eingetreten.“

Nach einer Schweizer Zeitreihenuntersuchung der Jahre 1970 bis 1985 hat sich die Zahl der Naturkatastrophen und Großschäden weltweit erhöht. Dabei waren sowohl bei Naturkatastrophen als auch bei Großbränden enorme Schäden mit zahlreichen Opfern zu beklagen.

Eine entsprechende Studie, die sich nur auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht, liegt bisher nicht vor. Wir haben jedoch wenig Veranlassung, uns vor Katastrophen sicher zu fühlen. Dabei zeigen sich folgende Entwicklungen: Technische Großrisiken bleiben nicht auf ein Land begrenzt. Gerade die Katastrophe von Tschernobyl hat gezeigt, daß wir trotz hohen Sicherheitsstandards im eigenen Lande nicht davor geschützt sind, von Katastrophen in anderen Ländern, auf deren Sicherheitsstandards wir wenig oder keinen Einfluß haben, in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Tschernobyl hat ferner gezeigt, daß für grenz- und länderübergreifende Gefährdungslagen eine Lücke in der föderativen Zuständigkeitsverteilung und damit bei der raschen und koordinierten Schadensbekämpfung besteht.

Mängel im Bevölkerungsschutzsystem

Die Innenministerkonferenz hat am 2. Oktober 1987 zustimmend zur Kenntnis genommen, daß der Bundesminister des Innern beabsichtigt, die Initiative für die Erstellung eines gemeinsamen ‚Bund/Länder-Arbeitsprogramms Bevölkerungsschutz‘ zu ergreifen. Sie hat ferner den Bundesminister des Innern um einen Bericht über den Stand und die Möglichkeiten der interdisziplinären Katastrophenforschung und der Katastrophenschutzforschung in der Bundesrepublik und ggf. notwendige Verbesserung gebeten. Der Bericht soll 1989 vorliegen.

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat schließlich in einem Beschluß vom 7. Oktober 1987 festgestellt, daß der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen

und schweren Unglücksfällen aller Art, gleich ob durch Naturgewalten, technische Risiken, menschliches Versagen oder durch Menschenhand verursacht, eine fundamentale Staatsaufgabe ist. Der Innenausschuß geht davon aus, daß die vorbeugende und reaktive Gefahrenabwehr im Frieden und im Verteidigungsfall gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, folgende Vorhaben durchzuführen.

- a) Aufbau eines Bund-Länder-Krisenmanagements,
- b) Verstärkung ihrer bisherigen Zivilschutzvorkehrungen und soweit wie möglich Ausrichtung auch an den Schutzbedürfnissen der Bevölkerung gegenüber großflächigen und folgenschweren Gefahren in Friedenszeiten,
- c) Beseitigung der erheblichen graduellen Unterschiede im Bevölkerungsschutz,
- d) Verwirklichung eines 'Arbeitsprogramms Bevölkerungsschutz'.

Der Bundesminister des Innern hat sich am 11. November 1987 gegenüber dem Gemeinsamen Ausschuß in seinem Bericht über die zivilen Planungen für den Verteidigungs- und Spannungsfall ausdrücklich zu diesen Vorhaben bekannt und gleichzeitig auf erhebliche Mängel des gegenwärtigen Bevölkerungsschutzsystems hingewiesen.

Politische Vorstellungen in die Realität umsetzen

Die Politik hat damit ein deutliches Signal gesetzt, welche Bedeutung sie dem Bevölkerungsschutz beimißt und in welche Richtung die Arbeit gehen soll. Es geht nun darum, dieses so oft angemahnte Signal aufzugreifen und die politischen Vorstellungen in die Realität umzusetzen.

Hier liegen auch Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit dieses Amtes. Ich nenne insbesondere die Bereiche

- Verstärkung der bisherigen Bemühungen um den Bevölkerungsschutz,
- Ausrichtung der Arbeit auch an den Schutzbedürfnissen gegenüber großflächigen und folgenschweren Gefahren, denen die Bevölkerung in Friedenszeiten ausgesetzt ist und

- Abbau der graduellen regionalen Unterschiede im Bevölkerungsschutz.

Bei allen diesen Maßnahmen, die Bund und Länder gemeinsam angehen, wird an der zwischen Bund und Ländern geteilten Verantwortung für den Bevölkerungsschutz festgehalten. Eine Änderung der Verfassungslage ist nicht beabsichtigt.

Das erzwingt jedoch einheitliche und gemeinsame, der Entwicklung und der sich verändernden Aufgabenstellung angepaßte Grundsätze über die von Bund und Ländern anzustrebenden Maßnahmen zur Verbesse-



Aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung (von rechts): Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, VBOB-Fachgruppenvorsitzender Rainer Schwierczinski, stv. Fachgruppenvorsitzender Gottwald.

rung des Bevölkerungsschutzes. Bei unseren zukünftigen Bemühungen um den Bevölkerungsschutz muß daher die einheitliche Funktionsfähigkeit des Hilfeleistungssystems sowohl bei friedensmäßigen Katastrophen als auch im Verteidigungsfall noch deutlicher als bisher unterstrichen und gefördert werden.

Wenn Bund und Länder heute die Aufgabe des Bevölkerungsschutzes zunehmend als Einheit sehen und sich unabhängig von der Ursache für eine Notsituation - Katastrophe im Friedens- oder Verteidigungsfall - von dem Gedanken des wirksamsten Schutzes der Bevölkerung leiten lassen, so führen sie damit einen Grundgedanken fort, der bereits jetzt im Zivilschutzgesetz und im Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz enthalten ist. Dort wird bestimmt, daß der Bund sein Hilfeleistungspotential auch im Frieden zur Verfügung stellt, während die Länder ihr friedensmäßiges Hilfeleistungspotential auch für den Verteidigungsfall bereithalten.

Diese Vorstellungen über ein integriertes Hilfeleistungssystem im Bevölkerungsschutz werden natürlich nicht zu einer völlig veränderten Aufgabenstellung für Ihre Arbeit führen, da schon jetzt das Hilfeleistungspotential des Bundes im Frieden genutzt wird.

Das Bund-Länder-Programm 'Bevölkerungsschutz' will jedoch diese Zusammenarbeit in einem integrierten Hilfeleistungssystem ausbauen. Es wird Aufgabe des BZS und des THW sein, in diesem Rahmen den Friedensnutzen ihrer Bemühungen zu bedenken und Möglichkeiten für den Ausbau dieses integrierten Hilfeleistungssystems aufzuzeigen.

Vor einem Irrtum möchte ich jedoch an dieser Stelle warnen. Unsere Bemühungen um den Schutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall dürfen und werden nicht drittrangig werden. Ich widerspreche damit nachdrücklich denen, die den Zivilschutz für überflüssig halten, weil sie nur einen alles vernichtenden Atomkrieg für denkbar halten, in dem Zivilschutz nicht mehr helfen kann.

Weiterer Ausbau der Gefahrenvorsorge

Es besteht aber auch keine Veranlassung, unsere Bemühungen für den Zivilschutz aufgrund der jüngsten Abrüstungsvereinbarungen der Supermächte einzustellen. Die Abschaffung einzelner Waffensysteme mindert vielleicht die internationalen Spannungen, sie beseitigt aber - leider - nicht die Möglichkeit eines Krieges, insbesondere nicht eines konventionellen Krieges.

Solange aber die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung in Mitteleuropa nicht auszuschließen ist, obliegt es dem Staat, sich für diesen Fall um einen möglichst umfassenden Schutz der Bevölkerung zu bemühen und dafür Vorsorge zu treffen.

Die vor uns liegenden Aufgaben für einen effektiven Bevölkerungsschutz erfordern den weiteren Ausbau unseres Gefahrenvorsorgesystems. Einige wesentliche Schritte dazu haben wir bereits unternommen, andere stehen noch aus.

Ich nenne hier nur einige Punkte:

Das Meßnetz des Warndienstes wird bis Ende 1989 auf 2000 moderne Meßsonden zur Erfassung radioaktiver Strahlung ausge-



Staatssekretär Spranger zeigt die Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit des BZS auf und plädiert für eine Verbesserung des Bevölkerungsschutzes.

baut sein. Eine ganz entscheidende Voraussetzung für ein flächendeckendes Frühwarnsystem bei großräumigen Gefährdungslagen ist damit geschaffen.

Dieses Frühwarnsystem darf jedoch nicht auf eine Insellösung für Radioaktivität beschränkt bleiben. Es muß auch für andere großflächige Gefahrenlagen, z.B. chemische Gefahren, ausgebaut werden. Entsprechende konzeptionelle Überlegungen werden zur Zeit erarbeitet. Gerade auch auf diesem Gebiet der Gefahrenvorsorge kommt der Arbeit des Bundesamtes eine maßgebliche Rolle zu.

Positive Ergebnisse für den Aufbau eines modernen Warnmittelsystems erwarten wir auch von dem von Ihnen unter Beteiligung der Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie des Südwestfunks und des Saarländischen Rundfunks derzeit durchgeführten Pilotprojekt. Wir werden alles daran setzen, auch in diesem Bereich die erforderliche Modernisierung zügig voranzubringen.

Verbesserungen angestrebt

Erforderlich ist auch die Modernisierung unserer Katastrophen- und Rettungshubschrauber, um den medizinischen und sicherheitstechnischen Belangen bei der Luftrettung besser als bisher gerecht werden zu können und den Belangen des Katastrophenschutzes voll zu genügen. Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 1987 hierzu den Innenminister um eine Vorlage gebeten.

Verbesserungsbedürftig ist auch das Potential für die stationäre Behandlung von

Patienten. Es stehen in Krankenhäusern und Hilfskrankenhäusern zur Zeit 580 000 Betten für die stationäre Behandlung zur Verfügung, d. h. für weniger als 1 % der Bevölkerung. Auch 1988 und in den folgenden Jahren wird daher der Bau von Hilfskrankenhäusern fortgesetzt.

Trinkwasser ist für das Überleben der Menschen noch wichtiger als feste Lebensmittel. Zwar ist davon auszugehen, daß die vorhandenen Einrichtungen der zentralen Wasserversorgung im allgemeinen auch in Krisensituationen hinreichend Trinkwasser liefern können. Wegen der besonderen Bedeutung des Trinkwassers muß jedoch auch für extreme Fälle Vorsorge getroffen werden.

Das in den letzten fünf Jahren durchgeführte Schwerpunktprogramm Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quellsamungen hat dazu geführt, daß im wesentlichen in Großstädten, Ballungsräumen und Industriegebieten eine Notversorgung für die Bürger erreicht werden kann.

Der Bund wird auch in Zukunft Trinkwasserbrunnen bauen und dabei auch dem ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit widmen.

Defizit im Schutzraumbau

Ein ganz erhebliches Defizit ist im Schutzraumbau vorhanden. Ende 1987 standen in der Bundesrepublik lediglich rd. 2,5 Millionen Schutzplätze zur Verfügung. Wir werden daher ernsthaft darüber diskutieren müssen, wie die Zahl der Schutzräume für die Bevölkerung deutlich erhöht werden kann. Die Erfahrungen der Vergangenheit

haben gezeigt, daß der Bau von Schutzräumen durch die öffentliche Hand und der auf freiwilliger Grundlage betriebene Schutzraumbau nicht ausreichen, die Bevölkerung in einem überschaubaren Zeitraum ausreichend mit Schutzräumen zu versorgen. Alle unsere Überlegungen werden indessen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu dem Ergebnis führen, daß die Schutzraumbauproblematik sich wohl doch nur durch die Einführung einer gesetzlichen Schutzraumpflicht lösen läßt. Hand in Hand hierzu muß die Bestimmung des Schutzfaktors der vorhandenen Bausubstanz sowohl ohne als auch mit etwaigen Nachrüstungsmaßnahmen erfolgen. Wir können uns nicht länger den Widerspruch leisten, daß einerseits das Fehlen von Schutzräumen beklagt wird, gleichzeitig aber von Amts wegen zum Schutz vor giftigen Gasen, z. B. aufgrund eines Chemieunfalls, oder radioaktiven Strahlungen das Schließen von Fenstern und Türen und das Verbleiben im Haus empfohlen wird.

Dabei verweise ich darauf, daß ein umfassender Schutz der Bevölkerung insbesondere der Bau von Schutzräumen nicht in kurzer Zeit bewerkstelligt werden kann. Auch die Schweiz, in der für mindestens 85 % der Bevölkerung Schutzräume vorhanden sind, hat 30 bis 40 Jahre für den Ausbau dieser Schutzvorkehrungen benötigt. Auch wenn kein Anlaß besteht, einen unmittelbar bevorstehenden Angriff zu befürchten, so sollten doch ausreichende Schutzmöglichkeiten rechtzeitig geschaffen werden. In der Krise wäre es zu spät.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Erforderlich ist auch eine intensive und offensive Öffentlichkeitsarbeit. Grundsätzliche konzeptionelle Vorstellungen sind dazu erarbeitet worden. Sie werden gegenwärtig mit allen an unserem einheitlichen Hilfeleistungssystem Beteiligten abgestimmt.

Die Ausstattung des Katastrophenschutzes mit Fahrzeugen ist noch lückenhaft. Es wird daher das Konsolidierungsprogramm für den verteidigungsfallbezogenen sogenannten erweiterten Katastrophenschutz, das bis zum Jahre 1991 mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Milliarden DM geplant ist, fortgeführt werden müssen. Damit können weitere Brandschutz-, Sanitäts-, ABC-, Bergungs- und sonstige Einsatzfahrzeuge beschaffen werden.

Als Konsequenz aus dem Reaktorunglück in Tschernobyl werden die ABC-Spezialisten des Katastrophenschutzes u. a. mit 4 000 modernsten Strahlenmeßgeräten und rund 16 000 Schutzanzügen ausgerüstet.

Mängel abstellen

Ich möchte die Aufzählung von Mängeln an dieser Stelle abbrechen. Sie selbst werden sicherlich aus Ihrer täglichen Arbeit weitere Schwachstellen aufzeigen können. Es gilt diese Mängel abzustellen, ehe sich unser Bevölkerungsschutz als nur bedingt einsatzfähig erweist; dann ist es zu spät.

Ich halte es daher für erforderlich, außer der theoretischen Überprüfung der Einsatzfähigkeit in verstärktem Maße Übungen durchzuführen, damit wir auf Mängel aufmerksam werden und Abhilfe schaffen können.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung werden folgende Überlegungen angestellt:

- Für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden.
- Der Bundesverband für den Selbstschutz soll zur Steigerung seiner Effektivität von einer selbständigen Körperschaft in eine unselbständige Bundesanstalt umgewandelt werden.
- Zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung in Krisenzeiten bedarf es ergänzender gesetzlicher Bestimmungen. Ziel dieser Regelungen ist es, die Länder und Kommunen anzuhalten, rechtzeitig die notwendigen Planungen für die gesundheitliche Versorgung von Verletzten zu treffen und hierfür u. a. den erforderlichen personellen und materiellen Bedarf zu ermitteln.
- Sodann wird im BMI erörtert, die Katastrophenhilfspflicht, wie sie in den Katastrophenschutzgesetzen der Länder enthalten ist, durch Novellierung des Geset-

zes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes auch auf den V-Fall zu erstrecken. Dabei soll es beim Grundsatz der Freiwilligkeit bleiben. Nur für den Ausnahmefall, daß vereinzelt auftretende Personallücken durch Freiwillige nicht geschlossen werden können, wäre zu überlegen, ob die Kreise oder die kreisfreien Städte ermächtigt – nicht verpflichtet – werden sollen, wehrpflichtige Männer, die nicht zum Wehrdienst einberufen sind, im V-Fall zu Zivilschutzaufgaben heranzuziehen.

- Darüber hinaus soll das Beamtenrecht an die Erfordernisse einer Krise angepaßt werden. Insbesondere geht es darum, daß der Beamte in einer Krise oder dem V-Fall nicht einseitig aus seinem Beamtenverhältnis ausscheiden kann und daß er auch unter diesen besonderen Verhältnissen seinen Pflichten nachkommt.

Der Bundesminister des Innern ist bemüht, den Bevölkerungsschutz durch diese Maßnahmen weiter zu stärken. Ich bin sicher, daß uns dies im Interesse der Sicherheit unserer Mitbürger auch gelingen wird. An dieser Stelle möchte ich jedoch nicht verhehlen, daß mich die tatsächlichen Mängel und Vollzugsdefizite ebenso beunruhigen wie die angesprochenen Gesetzeslücken. Mit rechtlichen Vorschriften allein kann man Katastrophen nicht bekämpfen. Es sind erforderlich:

- konkrete Vorstellungen, wie der Bevölkerung geholfen werden kann,
- die für den Einsatz erforderliche Ausstattung
- und ein hoher Ausbildungsstand der Helfer.

Dank an Mitarbeiter

„Ich möchte die Mitarbeiter des BZS und der Bundesanstalt THW zur Erreichung dieser Ziele auch weiterhin um eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit bitten.“

Ich möchte Ihnen ferner für Ihr Engagement für den Bevölkerungsschutz danken. Gleichzeitig danke ich an dieser Stelle ebenso den vielen freiwilligen Helfern beim THW, den Feuerwehren und den anderen humanitären Hilfsorganisationen. Diese haben sich nicht nur einer für die Allgemeinheit wichtigen Aufgabe verschrieben, sie widerlegen wie auch manch anderer in unserem Land – das oft gehörte Schlagwort von der ‚Ellenbogengesellschaft‘, in der angeblich jeder nur rücksichtslos an seinen eigenen Vorteil denkt. 1,4 Millionen Helfer beweisen tagtäglich ihre selbstlose Bereitschaft, sich für den Mitmenschen einzusetzen. Ich bin überzeugt, daß diese Helfer dadurch nicht nur das Bewußtsein der Bevölkerung für die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes wachhalten, sondern auch die öffentliche Meinung für die Anliegen des Bevölkerungsschutzes mobilisieren. Sie veranlassen dadurch die politisch Verantwortlichen, noch engagierter für eine Verbesserung der Schutzmöglichkeiten für die Bevölkerung einzutreten und beispielsweise bei örtlichen Diskussionen um Schutzraumbauten nicht den Gegnern dieser Maßnahmen das Feld zu überlassen.

Ich wünsche Ihnen abschließend viel Erfolg bei Ihrer Arbeit für den Bevölkerungsschutz zum Nutzen unserer Bürger.“



Ministerialdirigent Beyer im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats des BVS, Konrad Weigl, sowie den Hauptpersonalratsmitgliedern Helmut Schneider und Reinhold Ehses (von rechts).

(Fotos: Hilberath)

Der Hausschutzraum – die Antwort auf die Frage nach mehr Sicherheit

**Planung, Technik, Finanzierung:
gebündelte Information für Baufachleute, Bauwillige und
Hauseigentümer zum Thema Schutzbau –
Mittelpunkt des 60 qm großen Standes ist ein
Hausschutzraum in Originalgröße**

„Zuhause in der Welt des Bauens“ – unter diesem Motto stand alles, was die fast 1400 Aussteller aus 21 Staaten vom 20. bis 26. Januar 1988 auf der „Bau '88“ in München an Novitäten und Bewährtem zeigten. Die größte und bedeutendste europäische Baufachmesse präsentierte sich mit einem fachlich klaren und übersichtlichen Angebot den Besuchern.

In zunehmendem Maße besteht im Baubereich ein Informationsbedürfnis über Produkte, Bauverfahren und -methoden, wodurch gerade derartige Messen an immer größerer Bedeutung gewinnen. So war die Fachmesse in München für den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) ein geeigneter Standort, um zum ersten Male seine neue, professionell gestaltete Sonderthe-

men-Ausstellung „Der Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“ der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Schutz geht vor Rettung

Keine noch so gut organisierten Rettungsmaßnahmen können eine aktive Vorsorge vor Notsituationen wettmachen. Je mehr Vorsorge getroffen wird, desto mehr bestehen für den einzelnen Bürger Chancen, Gefahrensituationen unbeschadet zu bewältigen. Eine besonders effektive Vorsorgemaßnahme stellt der Schutzraum dar. Weil der Aufenthalt in Schutzräumen bei Katastrophen und Gefahren vielfältiger Art die Überlebenschancen beträchtlich erhöht, ist der Schutzraumbau unverzichtbarer Bestandteil eines aktiven Bevölkerungsschutzes.

Der Bund geht beim Schutzraumbau mit gutem Beispiel voran. So werden in allen geeigneten Neubauten des Bundes Schutzräume eingebaut. Auf Empfehlung des Bundeskabinetts haben die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz diese Regelung für ihre Neubauten übernommen. Im Bundesdurchschnitt stehen gegenwärtig aber nur für 3,4 Prozent der Bevölkerung Schutzräume

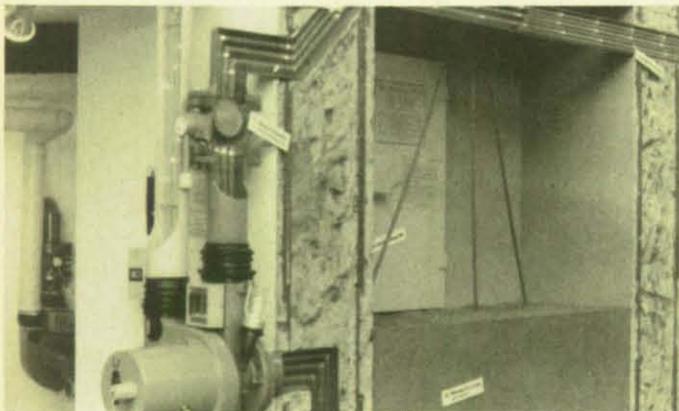
zur Verfügung. Es sind somit weitere Anstrengungen zum Schutz der Bürger dringend erforderlich.

Wie die Entwicklung zeigt, ist der Staat allein nicht in der Lage, Schutzräume in ausreichender Zahl zu schaffen. Jeder private Bauherr sollte deshalb als wichtigste eigene Vorsorgemaßnahme selbst einen Schutzraum bauen.

Das Ziel: mehr Information

Mit der in München vorgestellten neuen Ausstellung will der BVS Informationsdefizite im Bereich des Schutzraumbaus abbauen und aufzeigen, daß das Thema „Schutzraumbau“ kein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Ausstellung richtet sich insbesondere an Baufachleute, Bauinteressenten und Hauseigentümer. Sie vermittelt dem Besucher einen Überblick über den Stand des Schutzraumbaus in der Bundesrepublik Deutschland, gibt Informationen über den Bau von Schutzräumen sowie die staatliche Förderung und erläutert technische Grundsätze. Kernstück und Blickfang des 60 Quadratmeter großen Standes ist das 1:1-Schnittmodell eines 25-Personen-Haushaltschutzraums.

Schon der erste Tag der Messe zeigte, daß das Konzept des BVS, durch verständ-



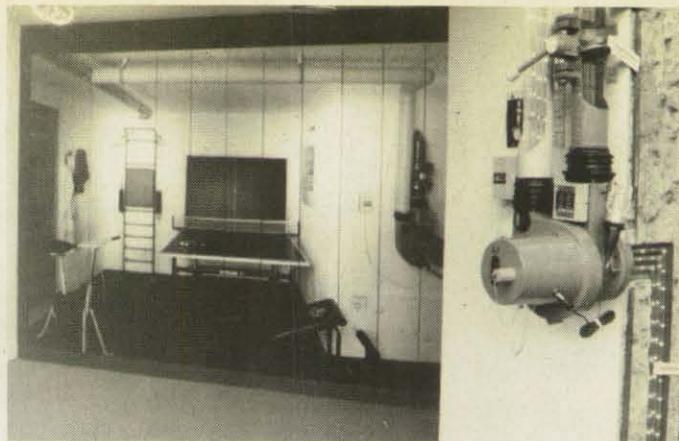
Der Schnitt durch den Filterraum gibt Einblick in die Funktion der Lüftungsanlage eines Schutzraums.



Zu Besuch am BVS-Stand (von rechts): BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker, Ministerialdirigent Dr. Erich Haniel, Ministerialrat Hermann Grube und BVS-Bauberater Johann Seitz.



Das Lüftungsgerät gibt immer wieder Anlaß zu detaillierten Fragen.



Bildtafeln zeigen, wie ein Schutzraum sinnvoll genutzt werden kann.

lich gemachte Technik Besucher an den Stand zu locken, aufgegangen ist. Das als Ausstellungsschwerpunkt herausgestellte Modell erregte die Aufmerksamkeit zahlreicher Messebesucher und stand im Mittelpunkt des Interesses. Im Original sind sämtliche schutzraumspezifischen Konstruktionsmerkmale und technischen Einrichtungen anschaulich dargestellt – Schutzraumtechnik zum Anfassen.

Und genau dies taten auch viele Interessenten. Da wurde an die Wände geklopft, der Filtersand befühlt, die Schleusentür geöffnet, Hebel am Lüftungsgerät bewegt und immer wieder beim Standpersonal nachgefragt. „Na, so kompliziert, wie ich mir den Bau eines Schutzraumes vorgestellt habe, ist es wirklich nicht“, meinte ein Besucher.

Technik transparent gemacht

Besondere Beachtung fand der Schnitt durch den Filterraum, ein wesentlicher Bestandteil des Schutzraums. Blinkende Lichterketten zeigen in verschiedenen Farben den unterschiedlichen Weg der Normalluft und der durch den Filtersand von schädlichen Stoffen gereinigten Schutzluft. Beide Luftströme werden über ein Lüftungsgerät ins Schutzrauminnere gefördert, das auch im Original ausgestellt ist. Schnittmodelle des Abluftregel- und Überdruckventils geben den Blick frei auf die Funktion dieser Armaturen.

Geht der Besucher den Luftverteilungsrohren nach, steht er im Schutzraum. Auf einem Großfoto ist hier die Ausstattung des Raumes mit Sitzen und Liegen zu sehen. Wie ein Schutzraum sinnvoll genutzt werden kann, veranschaulichen drei auf einer Prismen-Wendeanlage montierte Bildtafeln, die einen Trimm-, Hobby- und Musikraum zeigen. Die in kurzen Abständen wechselnden Fotos demonstrieren, daß ein Schutzraum kein verlorener Kellerraum ist.

„Ihre Chance als Bauherr“, „Die Planung leicht gemacht“, „Das Know-how – gratis“ – diese und weitere einprägsame Schlagzei-

len auf den ergänzenden Bildtafeln machen den Besucher neugierig. Die einzelnen Ausstellungselemente geben Auskunft über die Themen:

- Warum Schutzräume?
- Schutzzumfang
- Konstruktion eines Schutzraumes
- Technische Ausstattung
- Nutzung als „normaler Raum“
- Kosten und finanzielle Hilfe durch den Staat
- Beratung und Unterstützung durch den BVS.

Vertiefende Information durch BVS-Bauberater

Frühere Ausstellungen haben gezeigt, daß ein Zuviel an Information den Interessenten überfordert. Wer liest schon gerne lange Texte? Aus diesem Grund wurden die einzelnen Aussagen auf den Tafeln reduziert auf das Wichtigste für eine erste Information.

Und so machen die knappen Texte und die Bilder auf den Schautafeln dem Besucher des Standes den Schutzraumbau überschaubar und transparent, zeigen ihm auf, daß ein Schutzraum keine komplizierte Konstruktion ist.

Viele Ausstellungsbesucher wollten mehr und vertiefende Information haben. Sie konnten sich an die qualifizierte Standbesetzung wenden. Die BVS-Bauberater gaben bereitwillig Auskünfte über die Planung von Schutzräumen, zeigten anhand von Beispielen die Kosten auf, verwiesen auf die staatlichen Zuschüsse und erläuterten technische Details.

Erste Anstöße

Unter den vielen Besuchern des BVS-Standes befand sich auch der Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Ministerial-



Anhand von Bauplänen kann sich der interessierte Standbesucher informieren.

dirigent Dr. Erich Haniel, sowie seine Mitarbeiter Ministerialrat Hermann Grube und Amtsrat Hans Ellmaier.

Dr. Haniel war beeindruckt von der neuen Schutzraumausstellung, die eine gelungene Mischung zwischen konkreter Fachaussage und allgemeiner Beratung sei. Mit der modernen Medientechnik sei es gelungen, auch dem technisch nicht versierten Besucher das Anliegen des Schutzraumbaus deutlich zu machen. Die Darstellung zeige dem Bauinteressenten, daß der zusätzliche Materialaufwand beim Bau eines Schutzraumes nicht so übergroß sei, wie immer angenommen werde. Die Bildtafeln informierten unaufdringlich über alle wesentlichen Grundlagen des Schutzraumbaus und gäben wertvolle erste Hinweise, vor allem auch zur Finanzierung.

Es sei natürlich klar, daß ein solches Schauobjekt keine umfassende Beratung ersetzen und nur erste Anstöße geben könnte. Auch eine noch so gute Präsentation ersetze kein persönliches Gespräch, meinte Dr. Haniel. güse

Der BVS beteiligt sich mit seiner neuen Schutzraumausstellung im ersten Halbjahr 1988 u. a. an folgenden Veranstaltungen:

5. bis 13. März 1988 in Langenhagen/Hannover: „6. Niedersächsischer Baumarkt“

30. April bis 10. Mai 1988 in Mannheim: „Mannheimer Mai-Markt“

28. Mai bis 2. Juni 1988 in Hannover, Messegelände: „Interschutz – der Rote Hahn“

Neuer Schutzraum im Baukastensystem

**Besserer Schutz für weniger Geld –
Prüfstatik ist gefertigt**

Besserer Schutz für weniger Geld – dies war das Ziel des 47jährigen Manfred Janitzky, der einen neuen Schutzraumtyp entworfen hat, der bislang einmalig ist. Das neue Produkt ist nun serienreif.

Nach anfänglicher Skepsis scheint es so etwas wie einen Durchbruch zu geben: Aus Bonn signalisierten das Innenministerium ebenso Interesse wie der Arbeitskreis „Inneres“ der CDU/CSU-Fraktion. Hinzu kamen Anfragen aus aller Welt.

In Partnerschaft mit einem angesehenen mittelständischen Bauunternehmen im Ruhrgebiet gründete Manfred Janitzky die Firma VARIOSAFE. Den Beginn seiner geschäftlichen Aktivitäten bilden zwei größere Projekte, eines davon konzipiert als Musteranlage für den Bereich Krankenhaus/Heime. Sein Hauptziel ist jedoch die Ausstellung einer kompletten zweizylindrigen Schutzanlage auf der nächsten Baufachmesse in Hannover. In Arbeit ist auch ein umfangreiches Programm technischer Ausrüstung, Zusatz- und Sonderausstattung.

In den USA steht Janitzky vor Abschluß eines langfristigen Lizenzvertrages für die Produktion und den Vertrieb seiner Entwicklung für den Staat Kalifornien mit Option auf Ausweitung des Vertrages auf alle anderen US-Staaten und Kanada. Das neue Schutzraumsystem soll, jeweils als maßgeschneiderte Ergänzung zu einem Eigenheim des sogenannten gehobenen Bedarfs, eingeführt werden. Den Hintergrund bildet auch in den USA das Nachdenken, welches nach Harrisburg und Tschernobyl eingesetzt hat.

Außenschutzraum-Baukastensystem

Das von Janitzky entwickelte Projekt ist ein weltweit patentiertes Außenschutzraum-Baukastensystem. Als Grundmodell gibt es einen Basiszylinder mit wahlweise 6 oder 8 Metern Innendurchmesser und einer lichten Raumhöhe von 2,4 Metern. Dieser Zylinder wird im wesentlichen aus nur zwei unterschiedlichen Grundbausteinen zusammengefügt: Vier Zylindersegmente bilden die

Außenwand, und jeweils vier Scheibensegmente bilden die obere bzw. untere Abschlußplatte. In der Mitte des entstandenen Raumes ist das zentrale Druckrohr angeordnet. Dessen eigentliche statische Aufgabe ist die Verringerung der Stützweiten sowie eine wirksame Systemaussteifung im Zusammenwirken mit den axialsymmetrisch um das Druckrohr herum angeordneten Zugstäben. Im Inneren des Druckrohres wird die Bevorratung von Trinkwasser oder gegebenenfalls Dieseltreibstoff ermöglicht.

Die einzelnen Zylinder können je nach Baugrundbeschaffenheit beliebig neben- und untereinander, ja sogar in Hanglage auch abgetreppt, zusammengefügt werden. Nach dem Baukastenprinzip sind so Kleinanlagen für 25 Personen ebenso möglich wie Großanlagen für tausend und mehr Schutzsuchende. Bei solchen Großanlagen werden jeweils drei Zylinder übereinander angeordnet, versehen mit einem eigenen Versorgungs-, Entsorgungs- und Schleusensystem, angebunden an einen eigenen Schutzgang. Auf diese Weise ist auch bei Großanlagen eine vorteilhafte Entzerrung der Verkehrs- und Fluchtwege möglich. Sehr wichtig: Aufteilung der Schutzsuchenden in überschaubare Personengruppen.

Technische Details

Innerhalb des 2,1 Meter unter der Erdoberfläche liegenden Basiszylinders ist die Schleusenanlage untergebracht. Diese besteht aus einer Vor- sowie einer Hauptschleuse. Der Erfinder spricht von einer „Tandemschleuse“. Vor der Vorschleuse führt der Weg horizontal über den beweglich verbundenen Schutzgang zum Wohnhaus, vertikal zum oberen Aus- und Einstieg. Beide Wege sind abgesichert durch neuartige Abschlüsse.

Oberhalb des Basiszylinders sind drei ebenfalls zylindrische Aufsätze mit einer Höhe von 2,5 Metern angeordnet. Zwei dieser baugleichen Aufbauten nehmen die (doppelt ausgelegten) Schwabstoff-Filter auf, während der dritte Aufbau als Aus- und Einstieg für den Schutzfall dient.

Einige kleinere Stahlbetonzusatzbauteile dienen als Abschlußplatten oder als Raumteiler, wie etwa die inneren Schleusenwände. Alle Stahlbetonelemente sind so bemessen, daß sie auf der Straße mit Lastkraftwagen transportiert und auf der Baustelle mit

normalem Hebezeug bewegt werden können. Zur problemlosen Montage von Mobil- und der technischen Ausrüstung sind die Modelle bereits in Grundauführung voll vorbereitet, so daß auch nachträgliche Nachrüstungen jederzeit möglich sind.

Einige Hintergründe

Manfred Janitzky sieht eine gewisse gedankliche Verwandtschaft zwischen sich und dem Friedensforscher und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Bei all seinen Überlegungen geht er aus von Ergebnissen der Grundlagenforschung, erarbeitet und herausgegeben unter der Leitung dieses bedeutenden Gelehrten unter dem Titel „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Janitzky erschreckt die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik im Fall einer kriegerischen oder ziviltechnischen Katastrophe nur für einen Bruchteil der Bevölkerung einen Platz zum Unterschlüpfen gibt. Zur Erinnerung: In den neutralen Ländern Schweden oder Schweiz steht für fast jeden Bürger ein Schutzplatz bereit.

Der Entwurf von Janitzky hat wesentliche Vorteile: der geringe Preis pro Schutzplatz, die verbesserte Schutztechnik und Schutzdaten, die verlängerten, ertragbaren Schutzfristen.

Der geringe Preis sei unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß ausschließlich Serienbauteile aus industrieller Fertigung verwendet werden. Alle Bauteile sind gezielt auf bestehende Fertigungsanlagen zugeschnitten, erklärt Manfred Janitzky.

Mittlerweile ist die Prüfstatik gefertigt, ebenso alle Produktionszeichnungen und die kaufmännische Kalkulation. Den Abschluß bildete die Anmeldung der internationalen Schutzrechte für das künftige Warenzeichen VARIOSAFE.



Manfred Janitzky mit seinem Schutzraum-Modell

Sich der Verantwortung stellen

**Vorbildlicher betriebseigener Hilfsdienst
ist fähig zur
schnellen Schadensbekämpfung – BVS unterstützt die
Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte**

Gellend, unüberhörbar heulen die Sirenen in den Werkshallen. Köpfe gehen hoch, fragende Blicke der Kollegen untereinander. Nach wenigen Sekunden ist klar: Feueralarm. Der zweimal unterbrochene Dauerton von einer Minute ruft die Angehörigen der Werkfeuerwehr zum Einsatz.

Der Alarm fällt in den Schichtwechsel – alles ist in Bewegung. Es gibt einige Rempeler, bis die zu ihrem Stützpunkt eilenden Wehrmänner ihr Ziel erreichen. Knapp zwanzig Sekunden sind nach dem Alarm verstrichen, schon fliegt das Tor zur Halle auf, dröhnt ein Motor, rollt das Löschfahrzeug auf den Vorplatz. Nachkommende Einsatzkräfte kuppeln mit flinken Händen den Pulverlöschanhänger an, springen in den Wagen, und ab geht's zur Schadensstelle.

Zu Gast im Werk

Fritz Klöß, Sicherheitsfachkraft und Leiter der Werkfeuerwehr der Firma Keiper Recaro, Automobiltechnik, Werk Rockenhausen, beobachtet die Alarmierung seiner Wehrmänner aus etwas abgesetzter Position. Die Genugtuung über den perfekten Ablauf ist

ihm anzusehen. Er freut sich, demonstrieren zu können, wie einsatzbereit und schnell seine Truppe ist.

Der Probealarm war der Abschluß eines Besuchs des „Zivilschutz-Magazins“ bei der Pfälzer Firma. Die Redaktion informierte sich im Werk über den Aufbau, die Organisation und den Stand des betrieblichen Katastrophenschutzes (BKO). Die Alarmierung der Werkfeuerwehr war das Tüpfelchen auf dem i. Überzeugend konnten die Verantwortlichen ein anschauliches Bild vermitteln, wie ernst es ihnen mit dem Schutz und der Sicherheit ihrer rund 2 000 Mitarbeiter ist.

Fähig zur Selbsthilfe

Zahlreiche gesetzliche Bestimmungen und Vorschriften zur Arbeitssicherheit und Unfallverhütung stellen Vorsorgemaßnahmen in den Arbeitsstätten sicher, die Unfälle und Sachschäden weitgehend verhindern sollen. Maßnahmen dieser Art gehören zu den arbeits- und gewerberechtlichen Fürsorgepflichten der Arbeitgeber zum Schutz und zur Erhaltung von Leben und Gesund-

heit ihrer Betriebsangehörigen während der Arbeitszeit. Zu ihrer Durchführung sind die Unternehmen verpflichtet.

Diese Vorsorge schließt dennoch nicht aus, daß immer wieder Unfälle, Brände und andere Unglücke in den Arbeitsstätten geschehen. Große Betriebe haben oft einen eigenen Werkschutz, der dann sofort mit der Schadensbekämpfung beginnen kann. Die meisten Betriebe sind aber darauf angewiesen, durch Selbstschutzmaßnahmen – zusammengefaßt in einem betrieblichen Katastrophenschutz – die Zeit zu überbrücken, bis Rettungsdienst, Feuerwehr usw. an der Schadensstelle eintreffen.

Der betriebliche Katastrophenschutz umfaßt eine ganze Palette von freiwilligen Maßnahmen, mit denen insbesondere kleine und mittlere Betriebe befähigt werden, durch Selbsthilfe bei Unglücksfällen und Katastrophen aller Art Personenschäden abzuwenden oder zu begrenzen und den Verlust von Sachwerten und Arbeitsplätzen durch aktive Schadensbekämpfung gering zu halten.

Schon 1972 haben die Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft im Benehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister des Innern Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz herausgegeben. Sie haben somit die Bedeutung des Selbstschutzes unterstrichen und entsprechende betriebliche Maßnahmen befürwortet.

Die in den Empfehlungen dargestellten Maßnahmen sind als Ratschläge und Hinweise zu verstehen, die sich an den Erfordernissen im Regelfall orientieren. Jedem Betrieb bleibt es unbenommen, sich je nach den internen sowie umgebungsbedingten Gefahrenquellen und den eigenen Erfahrungen geeignete andere oder ergänzende Vorkehrungen zu treffen zum Schutz der Mitarbeiter sowie der Sach- und Vermögenswerte.



Ein Teil der Wehrmänner ist angetreten. Sie sind stolz darauf, zur Sicherheit des Werks beizutragen.

Brandschutzübung gab Anstoß

Die Firma Keiper Recaro begann Anfang der siebziger Jahre mit dem Aufbau eigener Brandschutzgruppen und der Ausbildung von Einsatzkräften. Bei einer Übung – angenommen wurde ein Großbrand im Werk – zeigte sich, daß die Hilfe von außen eine gewisse Anlaufzeit brauchte. Dies war der Anstoß, individuelle Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die Zeit bis zum Eintreffen der Feuerwehr zu überbrücken. Gebildet wurden wegen der Schichtarbeit zwei Brandschutzgruppen. Ein Kreisausbilder der Feuerwehr schulte die damals 16 Einsatzkräfte in der Brandbekämpfung.

Werkanalyse gab Aufschluß

Eine Werkanalyse war die Grundlage für die zu treffenden vorbeugenden Schutz- sowie Hilfs- und Rettungsmaßnahmen bei Unglücken, Bränden oder Katastrophen. Diese umfassende Bestandsaufnahme gab Aufschlüsse über alle betrieblichen, baulichen, personellen und sonstigen Gegebenheiten des Werks. Die Auswertung der Daten bestimmte die Art und den Umfang der den betrieblichen Verhältnissen angepaßten Schutzmaßnahmen.

Idealer Partner

1977 übernahm der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), Dienststelle Kaiserslautern, die Fachausbildung des betriebseigenen Hilfsdienstes. Für das Werk war der BVS der ideale Partner für den Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes. Der Verband hat u. a. den gesetzlichen Auftrag, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen. Das Ausbildungsangebot des BVS ist mit der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der Gewerblichen Wirtschaft (ZAGW) ab-



Seit kurzem werden die neu installierten Dachaufstiege bei Übungen miteinbezogen.

gestimmt. Grundlage bilden die schon erwähnten Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz.

Die Dienststellen des BVS verfügen über geschulte Mitarbeiter sowie über mobile Ausbildungseinrichtungen. Auf Wunsch kommen die BVS-Mitarbeiter in das Werk, um dort die Lehrgänge betriebsnah durchzuführen. Zwei weitere Vorteile kommen hinzu: Die bei einer auswärtigen Ausbildung anfallenden Kosten für Fahrt und Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer spart der Betrieb, und – die Ausbildung erfolgt grundsätzlich am firmeneigenen, gewohnten Gerät. Ist dies allerdings noch nicht vorhanden, stellt der BVS das benötigte Gerät kostenlos zur Verfügung.

Jeder Betrieb kann sich für die Ausbildung entscheiden, die seinen besonderen Gegebenheiten entspricht. Auch den zeitlichen Umfang einzelner Ausbildungsteile bestimmt der Betrieb selbst nach den jeweiligen Erfordernissen einer sachgerechten Ausbildung.



Zu der umfangreichen Ausrüstung zählt auch ein CO₂-Löschgerät.



Auf einem in Eigenbau erstellten Hydrantenfahrzeug ist alles Gerät für einen Schnellangriff verstaут.

Selbsthilfe erweitert

Mit der Übernahme der Ausbildung der Brandschutzkräfte der Firma Keiper Recaro durch den BVS wurde der dortige Selbstschutz um den Bergungs- und Sanitätsdienst erweitert. Die Aus- und Fortbildung dieser Dienste führte wiederum der BVS durch, wobei die bei den Sanitätskräften erforderliche Erste-Hilfe-Grundausbildung in den Händen des Deutschen Roten Kreuzes lag.

Bevorzugt wird eine „Allround-Ausbildung“. So kann jeder der heute 33 Einsatzkräfte (fast) jede Aufgabe übernehmen. Mitmachen wollen viele Werksangehörige. Das Spektrum der Helfer reicht vom Konstrukteur über Elektriker, Maschinenschlosser, Werkzeugmacher bis hin zum Auszubildenden. Man ist ein bißchen stolz darauf, zur Sicherheit des Werks etwas beizutragen, und die Aufgaben werden sehr ernst genommen.

Anerkennung als Werkfeuerwehr

Nach Paragraph 15, Absatz 8 Brand- und Katastrophenschutzgesetz des Landes Rheinland-Pfalz können die von Betrieben oder Einrichtungen freiwillig aufgestellten Selbsthilfekräfte bei bestimmten Voraussetzungen auf Antrag als Werkfeuerwehr anerkannt werden. Die Firma nutzte die Möglichkeit, und so erhielten die Brandschutzkräfte 1982 die Anerkennung als freiwillige Werkfeuerwehr.

Verbunden war damit die Anschaffung eines Löschfahrzeugs. Gekauft wurde ein

Schnelligkeit ist Trumpf: Alarmübungen stärken die Einsatzbereitschaft.



gebrauchtes LF 8, das den Anforderungen voll genügt. Auch erhielten die Führungskräfte des Brandschutzdienstes eine Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule.

Stete Schulung und Übungen

Besonderen Wert legt Fritz Klöß als Leiter der Werkfeuerwehr auf eine fundierte Aus- und Weiterbildung seiner Wehrmänner. Wöchentlich einmal je Schicht treffen sich die Angehörigen der Wehr für zwei Stunden auf dem Betriebsgelände zur Schulung. Mit dabei ist oft der BVS, dessen Ausbilder die Weiterbildung unterstützen. In kleinere Gruppen aufgeteilt, werden Einzelthemen behandelt und der Umgang mit dem Gerät bis zur sicheren und schnellen Handhabung geübt, wobei immer auf die „Allround-Ausbildung“ geachtet wird. Monatlich einmal trifft man sich zu einer kleinen Einsatzübung mit wechselnden Schadenslagen.

Als „Bonbon“ inszeniert Fritz Klöß bereits seit acht Jahren einmal im Jahr an der BVS-Schule Birkenfeld ein sogenanntes „Trainingslager“. All das, was in Rockenhausen in Einzelaktionen gelehrt und geübt wird, setzt die Einsatzgruppe mit ihrer eigenen Ausstattung auf dem Übungsgelände der Schule in einer großen, gemeinsamen Übung um. Erprobt wird hierbei insbesondere das Zusammenwirken aller Kräfte im Schadensfall. Die Führungskräfte des Werks nehmen an der Veranstaltung regen Anteil.

Bei den Helfern steht diese Zweitageveranstaltung hoch im Kurs: Jeder möchte dabei sein, und es stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. „Die Leute machen begeistert mit und wollen gefordert werden. Da muß auch mal der Schweiß laufen, dann sind sie richtig zufrieden“, berichtet Fritz Klöß.

In der Praxis getestet wird auch die Kooperation mit der Freiwilligen Feuerwehr Rockenhausen und dem Deutschen Roten Kreuz. Diese gemeinsamen Übungen auf dem Werksgelände sind eine gute Vorbereitung auf einen eventuellen Einsatzfall.

Große Beachtung schenkt die Werksleitung der Ausbildung von Ersthelfern. Rund 90 Mitarbeiter erhielten eine Erste-Hilfe-Schulung durch den Arzt der Sanitätsstation des Betriebs.

Gute Geräteausstattung

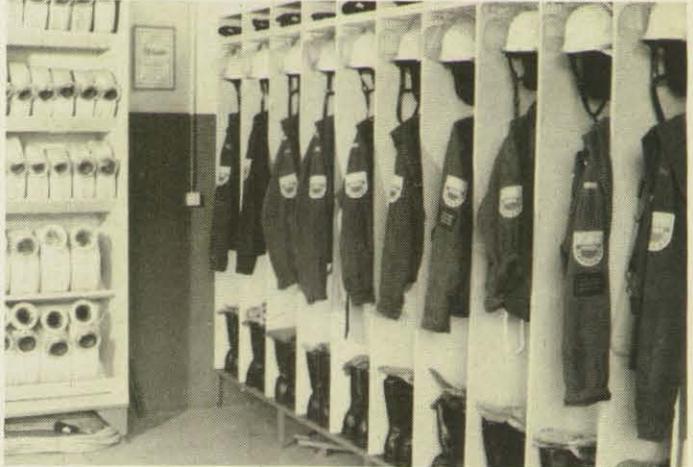
Entsprechend den vielfältigen Aufgaben im Schadensfall sind die Einsatzkräfte mit umfangreichem Gerät ausgerüstet. Neben der persönlichen Ausrüstung und Schutzbekleidung stapeln sich im Stützpunkt die Geräte der einzelnen Fachdienste.

Kernstück der Ausrüstung der Werkfeuerwehr ist das schon erwähnte Löschfahr-



Immer im Mittelpunkt der Aus- und Fortbildung: die Technik. Hier die Vorbaupumpe am LF 8.

Auf Ordnung wird geachtet. Die persönliche Ausstattung hängt griffbereit im Stützpunkt.



Auch der Umgang mit der Motorsäge will gelernt sein. Im Einsatzfall muß jeder Handgriff sitzen.



Aufmerksamkeit ist gefordert. Ein BVS-Mitarbeiter demonstriert bei einer der wöchentlichen Fortbildungsstunden die Schocklage eines Verletzten.

zeug LF 8 mit dem Pulverlöschanhänger P 250. Auf einem in Eigenbau erstellten Hydrantenfahrzeug, in den Dimensionen so ausgelegt, daß es durch alle Türen und Gänge der Werkshallen geht, ist alles Gerät für einen Schnellangriff verstaut. Weiteres B- und C-Schlauchmaterial, CO₂-Löschgeräte, Hitzeschutzanzüge, Kettensägen, Brech- und Holzbearbeitungswerkzeuge, Gasspürgeräte, Atemschutzmasken, ein Notstromaggregat und vieles mehr füllen die Räume des Stützpunktes und bieten Gewähr für einen auch in technischer Hinsicht einsatzfähigen betrieblichen Katastrophenschutz.

Zu den organisatorischen Maßnahmen des Werks für einen Schadensfall gehört der Alarmplan. Stets auf dem neuesten Stand gehalten, gibt er Auskunft über alle Maßnahmen bei Unglücksfällen, Bränden oder sonstigen schweren Schäden.

In einer kleinen Broschüre sind die wichtigsten Telefonnummern für einen Notfall sowie die Bedeutung der Alarmsignale zusammengefaßt. Diese Sicherheitsinformation wird jedem Mitarbeiter ausgehändigt.

Um die Brandbekämpfung zu erleichtern und zu beschleunigen, wurden kürzlich im Werk Dauchaufstiege an den Hallen mit fest installierten Steigrohren geschaffen. Auf den Dächern sind in Behältern B- und C-Schläuche, Verteiler und C-Strahlrohre untergebracht.

Enge Zusammenarbeit mit BVS

Am Aufbau des betrieblichen Katastrophenschutzes der Firma Keiper Recaro, Werk Rockenhausen, hat auch die BVS-Dienststelle Kaiserslautern ihren Anteil. Immer wieder stellt Sicherheitsfachkraft Fritz Klöß im Gespräch mit dem „Zivilschutz-Magazin“ die vorbildliche, langjährige Zusammenarbeit und die aktive Unterstützung durch die BVS-Mitarbeiter bei der Aus- und Fortbildung des betriebseigenen Hilfsdienstes heraus. Für die Redaktion war dies Anlaß, BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis zu bitten, den Aufbau und die Ausbildung des Selbstschutzes im Werk Rockenhausen aus seiner Sicht darzulegen.

Gemeinsame Betriebsbegehung

„Das Abstimmen der Ausbildung auf die Gegebenheiten des Werks stand zu Beginn der Zusammenarbeit im Vordergrund“, sagt Matheis. „Eine gemeinsame Betriebsbegehung mit den für die Sicherheit Verantwortlichen gab erste Ansatzpunkte für die Vorschläge in bezug auf die Ausstattung und die Anzahl sowie Schulung der Selbstschutzkräfte. Eine gute Hilfe sind hierbei die

Übungen auf dem Werksgelände ergänzen die wöchentlichen Schulungen.



Es ist soweit: Die jährliche gemeinsame Einsatzübung an der BVS-Schule Birkenfeld ist der Höhepunkt des Ausbildungsjahrs.



Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz, nach denen vorgegangen wurde.“

Inzwischen haben die Einsatzkräfte des Werks alle vom BVS angebotenen Lehrgänge des betrieblichen Katastrophenschutzes durchlaufen, so daß in den wöchentlich angesetzten Fortbildungsstunden die Kenntnisse vertieft und neue Erkenntnisse erarbeitet werden. Auch hier hilft der BVS, und so ist eine der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen der Dienststelle mehrmals im Jahr zu Gast im Werk. Beteiligt ist der BVS auch an den einzelnen Übungen, die von Klöß und Matheis gemeinsam ausgearbeitet werden.

Erfahrungen weitergeben

„Die Zusammenarbeit beschränkt sich aber nicht nur auf den Bereich der Ausbildung“, freut sich Matheis. „Klöß unterstützt auch die Arbeit der BVS-Dienststelle, um



Zwei Fachleute unter sich: Sicherheitsfachkraft Fritz Klöß (rechts) und BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis arbeiten eng zusammen.

(Fotos: Klöß 2, Sers 10)

den Gedanken des Selbstschutzes weiterzutragen.“ So stellte das Werk einen Raum für ein BVS-Seminar zur Verfügung. Eingeladen waren Sicherheitsingenieure und -fachkräfte verschiedener Firmen aus dem Dienststellenbereich. Dabei war Klöß Co-Referent und berichtete über seine Erfahrungen beim Aufbau des betrieblichen Katastrophenschutzes. Außerdem konnten die Seminarteilnehmer die Geräte und Fahrzeuge des betriebseigenen Hilfsdienstes besichtigen.

Inzwischen referiert Klöß auch bei weiteren BVS-Seminaren vor teilweise über 100 Sicherheitsfachkräften aus dem Bereich der Dienststelle Kaiserslautern. Für Matheis sind diese Vorträge eine wertvolle, praxisbezogene Ergänzung seiner Ausführungen. Oft besuchen einzelne Seminarteilnehmer später das Werk Rockenhausen und informieren sich vor Ort über den betrieblichen Katastrophenschutz der Firma. Die hier erhaltenen Anregungen können als Grundlage für den personellen und materiellen Aufbau eines eigenen betrieblichen Selbstschutzes dienen.

Qualifizierter Partner BVS

Der betriebliche Katastrophenschutz ist ein wichtiger Teilbereich des Gesamtkomplexes Selbstschutz. Es steht in der freien Verantwortung der Unternehmer, in ihren Betrieben einen wirkungsvollen Katastrophen- und Selbstschutz aufzubauen. Im BVS finden sie einen sachkundigen, erfahrenen Partner, der sie bei Planung und Aufbau eines betriebseigenen Hilfsdienstes berät sowie bei der Ausbildung der Führungs- und Einsatzkräfte unterstützt. güse

Hilfe für die Helfer

Kameradenhilfe steht im Mittelpunkt der Tätigkeit des Sanitätshelfers

Einsatz des Bergungszuges in einem ver-trümmerten Gebiet: Häuser sind in sich zu-sammengefallen. Balken und Mauerreste türmen sich; es besteht der Verdacht, daß Menschen verschüttet wurden. Vorsichtig heben die Helfer des Bergungszuges Steine weg, stemmen Betonplatten hoch und arbeiten sich zu der Stelle vor, wo sie die Verschütteten vermuten. Plötzlich während der Arbeit ein Aufschrei: Einer der Helfer findet auf dem unebenen Gelände keinen Halt und stürzt. Er blutet am Kopf und krümmt sich vor Schmerzen. Sein Mitkame-rad eilt zu dem Verletzten und unter seiner Anleitung wird er erstversorgt, fachmän-nisch auf eine Trage gelegt und dem mittler-weile eingetroffenen Sanitätsdienst über-geben.

Hilfe für die Helfer

Ein fiktives Beispiel. Doch im Ernstfall sollte es so sein, daß innerhalb der Einhei-ten des Katastrophenschutzes gegenseitige Hilfe bei Verletzungen der Helfer gewährlei-stet ist. Denn auch der Helfer kann auf die Hilfe seiner Mitkameraden angewiesen sein. Um diese Hilfe geben zu können, sind in den Einheiten des Katastrophenschutzes Sanitätshelfer vorgesehen, die über ihre Fachdienstausbildung hinaus eine zusätzli-che Sanitätsausbildung erworben haben. Auf einen Zug – als taktische Einheit im Katastrophenschutz – kommen drei Sani-tätshelfer. Sie sind – im Unterschied zu den Bundeswehr-Sanitätern – nicht freigestellt von ihrer eigentlichen Fachdienstaufgabe, sondern besitzen lediglich die Sanitäts-kenntnis als eine zusätzliche Ausbildung.

Um die Sanitätshelfer aller Fachdienste – außer Sanitätsdienst – auszubilden, gibt es an den Katastrophenschutzschulen der Län-der entsprechende Lehrgänge. In Nord-rhein-Westfalen werden die Sanitätshelfer ausgebildet in der DRK-Landesschule „Bernhard Salzmänn“ in Münster. Voraus-setzung für die Teilnahme an diesem Son-derlehrgang ist die beabsichtigte Verwen-dung als Sanitätshelfer aller Fachdienste

und der Nachweis über die abgeschlossene Grundausbildung einschließlich der abge-schlossenen Ausbildung in Erster Hilfe.

Probleme bei der Standortausbildung

Erschreckend ist die Tatsache, daß einige Teilnehmer, die nach Münster zum Sonder-lehrgang kommen, berichten, ihre Ausbil-dung in Erster Hilfe in den Fachdiensten läge zum Teil schon zehn Jahre zurück. „Eigentlich sollte die Erste Hilfe in jedem Jahr wiederholt werden“, erklärt Lehr-gangsleiter Peter Maßbeck. Das Problem der Ausbildung in den Fachdiensten auf Standortebene scheint durchgängig zu sein, denn immer wieder klagen die Verantwortli-chen in den Katastrophenschutzschulen der Länder, daß die Kenntnisse der Teilnehmer nicht den Anforderungen entsprechen.

An der DRK-Landesschule „Bernhard Salzmänn“ finden im Rahmen des Katastro-phenschutzes die Ausbildungen für Sani-tätshelfer, Gruppenführer und Zugführer statt. Die Gesamtzuständigkeit liegt dabei in den Händen von Renate Knoppka, Stellver-treterin des Abteilungs- und auch Schu-lungsleiters Ulrich Hargath.

Ausbildung in Theorie und Praxis

Die Teilnehmer eines Lehrgangs für Sani-tätshelfer aller Fachdienste, den das „Zivil-schutz-Magazin“ auszugsweise beobachte-te, kamen aus den Brandschutz-, Berg-ungs-, Instandsetzungs- und ABC-Dien-sten von der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Regieein-heiten. In einer Woche sollten sie auf ihre zusätzliche Aufgabe als Sanitätshelfer in ih-ren Fachdiensten vorbereitet werden. Der Unterricht war sowohl theoretisch als auch praktisch angelegt; den Abschluß bildete eine schriftliche und praktische Erfolgskon-trolle. Die Bescheinigung über den Lehr-

gangsabschluß des Teilnehmers erhält der zuständige Hauptverwaltungsbeamte, der den Teilnehmer auch zum Lehrgang ge-schickt hat.

Ein reichhaltiger Unterrichtsstoff steht auf dem Lehrgangsprogramm für die ange-hehenden Sanitätshelfer aller Fachdienste. Über Atmung, Herz und Kreislauf und deren regelrechte Funktion erfahren die Teilneh-mer am Anfang des Lehrganges in Münster. Wie Atemstörungen zu beseitigen sind durch assistierte Beatmung und kontrollier-te Beatmung mit Beatmungsbeutel, stand anschließend im Stundenplan. Den Teilneh-mern wurde nicht nur die Theorie vermittelt, sondern sie hatten auch die Gelegenheit, die Handhabung von Beatmungsgeräten selbst zu lernen. Einen ganz besonders breiten Raum nahm die Herz-Lungen-Wiederbele-bung ein. Es wurden die „Zwei-Helfer-Me-thode“ und die „Ein-Helfer-Methode“ geübt.



Einen breiten Raum nimmt die Herz-Lungen-Wiederbelebung in der Ausbildung ein, hier die sogenannte „Zwei-Helfer-Methode“.

„Sofortige Hilfe ist die wertvollste“

Die Teilnehmer hatten sich gerade bei der Herz-Lungen-Wiederbelebung eine Menge an Wissen anzueignen. Da ging es z. B. um die Feststellung des Druckpunktes für die Herzmassage, um die richtige Beatmung im richtigen Rhythmus, um den Idealbereich der Drucktiefe und um vieles mehr. „Durch Ihre Hilfe, die so früh wie möglich einsetzt, helfen Sie dem in Not geratenen Menschen am meisten“ – so Lehrgangsteilnehmer Maßbeck, der den Sinn und Zweck der Herz-Lungen-Wiederbelebung erklärte. „Die ersten drei Minuten nach Stillstand der Atmung sind die wichtigsten, da können Sie noch helfen. Drei Minuten bedeuten die Maximalgrenze; alles, was darüber hinausgeht, bedeutet Gehirnschäden. Und oft ist kostbare Zeit vertan, wenn ein Verletzter einer Herz-Lungen-Wiederbelebung bedarf, die Feuerwehr ihn aber erst zu den Sanitätern bringt. Die sofortige Hilfe ist die wertvollste, deshalb sollte sie jeder beherrschen.“

Harte körperliche Arbeit

Immer wieder wurden während des Lehrganges die Handgriffe an der Übungspuppe erprobt. An einer Kontrollleuchte konnten die Lehrgangsteilnehmer überprüfen, ob sie den richtigen Druckpunkt bei der Puppe gefunden hatten. Auch exakte Aufzeichnungen eines Prüfgerätes gaben Aufschluß darüber, ob der Teilnehmer mit genügend Luft beatmet und richtige Herzmassage gegeben hatte.

Daß die Herz-Lungen-Wiederbelebung harte körperliche Arbeit ist, ließen die hochroten Köpfe und die vielen Schweißperlen erahnen. In der Tat bedeutet die Herz-Lungen-Wiederbelebung harten körperlichen Einsatz, der sich im Zweifelsfall über Stunden ausdehnen kann.

In der praktischen Abschlußprüfung mußten die Lehrgangsteilnehmer denn auch mindestens fünf Minuten an der Übungspuppe – ohne Blickkontakt auf die Kontrollleuchte – die Herz-Lungen-Wiederbelebung vornehmen.

Einige Elemente aus der Ersten Hilfe wurden während des Lehrganges ebenfalls wiederholt, wie z. B. Blutstillungsmaßnahmen.

Daß es verschiedene Ursachen für einen Schock geben kann, erfuhren die Lehrgangsteilnehmer im weiteren Verlauf des Unterrichtes. Da war die Rede von einem Volumenmangelschock, von einem vasovagalen Schock, von einem anaphylaktischen Schock und einem kardiogenen Schock.

Um einen Schockverletzten entsprechend versorgen zu können, müssen die Sanitätshelfer mit den einfachsten Mitteln die



Ein „Verletzter“ wird von vier Helfern auf die Trage gebracht.



Über einen Steilhang mußten die Lehrgangsteilnehmer die Trage mit einem „Verletzten“ befördern. (Fotos: Dorothee Boeken)

Schockart erst einmal erkennen können. „Welche Erkennungsmerkmale gibt es da?“ fragte Lehrgangsteilnehmer Maßbeck in die Runde. Gesammelt wurden einige Erkennungszeichen wie z. B. Pulsanstieg, Absinken des Blutdrucks, schneller und schwächer werdender, kaum tastbarer Puls, blasse und kalte Haut, kalter, klebriger Schweiß, Verwirrtheit, flache, schnelle Atmung... Diese Merkmale müssen dem Helfer bekannt sein, denn daran kann er auch die Art des Schocks und die entsprechende Erstversorgung erfahren.

Fremdkörper-, Amputations- und Augenverletzungen, Verbrennungen, Verbrühungen und Hitzeschäden, Bauchverletzungen – die Palette der sich anzueignenden Kenntnisse des Sanitätshelfers ist breit gefächert. Sie haben eine Woche lang intensiv zu arbeiten und zu lernen, um sich zumindest die Grundkenntnisse der Aufgaben eines Sanitätshelfers anzueignen.

„Geländeübung“

Nicht nur im Unterrichtsraum fand der Lehrgang statt, sondern ein Tag stand unter dem Motto „Geländeübung“. Hierbei ging es in erster Linie um Rettung und um Transporttechniken. Wie entsteht z. B. ein Brustband, den man als Rettungsknoten braucht? Wie funktioniert der Rautek-Griff? Wie wird das Dreiecktuch gefaltet und wozu kann man zwei zusammengeknotete Dreiecktücher gebrauchen?

Im nächsten Unterrichtsteil befaßten sich die Lehrgangsteilnehmer mit dem Transport von Verletzten. Hier wurden sie eingewiesen in die Handhabung des Tragetuches und der Trage. Es wurde demonstriert und geübt,

wie man z. B. einen Verletzten in Seitenlage auf die Trage legt. Das Tragen eines Verletzten über ein hohes Hindernis hinüber und unter ein niedriges Hindernis hindurch sowie an einem Steilhang – die Teilnehmer lernten eine Menge kennen, vor allem wichtige Handgriffe, die ihre zukünftige Arbeit als Sanitätshelfer in ihren Fachdiensten erheblich erleichtern.

Erfolgskontrolle bildet den Abschluß der Ausbildung

Am letzten Lehrgangstag beschäftigten sich die Teilnehmer mit Infektionskrankheiten, Schädel-Hirn-Verletzungen, Verätzungen, Vergiftungen und mit sogenannten akuten Zuständen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Gefäßverschlüsse.

Dann ging es in die Erfolgskontrolle, die zunächst in schriftlicher Form, danach praktisch durchgeführt wurde. Schwerpunkt der praktischen Prüfung war die Herz-Lungen-Wiederbelebung, wobei der eine oder andere Lehrgangsteilnehmer erkennen mußte, daß nur ein regelmäßiges Üben zum Erfolg führen kann.

Seit 1972 findet der Lehrgang für Sanitätshelfer aller Fachdienste in der DRK-Landesschule „Bernhard Salzmann“ in Münster statt. Durchschnittlich werden zehn Lehrgänge dieser Art pro Jahr angeboten. Haben die angehenden Sanitätshelfer ihre Prüfung bestanden, so ist ihre Ausbildung beendet. Fortbildungslehrgänge sind nicht vorgesehen, höchstens eine Wiederholung des Ausbildungslehrganges nach drei Jahren – und dies dann aber auf freiwilliger Basis. boe

Gefährdung unseres Trinkwassers durch Radioaktivität?

Erkenntnisse – Folgerungen – Vorsorgemaßnahmen

Der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 hat tiefe Bestürzung ausgelöst und unser Denken verändert. Die radioaktive Belastung der Gewässer liegt inzwischen längst wieder in der Größenordnung wie vor dem Reaktorunfall, nämlich an bzw. unterhalb der Nachweisgrenze (1). Obwohl die Beobachtungen nach Tschernobyl bestätigt haben, daß trotz der unerwartet starken Belastung von Luft, Niederschlägen, Boden und Oberflächenwasser eine denkbare Gefährdung der Bevölkerung durch ein derartiges Ereignis – wenn überhaupt – vor allem über die Luft und die aufgenommene Nahrung eintreten,

das Trinkwasser lediglich in seltenen Sonderfällen Bedeutung erlangen kann, soll im folgenden hierüber berichtet werden.

Frühere Kernwaffenversuche und Tschernobyl – ein Vergleich

Bereits während der 50er bis etwa Mitte der 60er Jahre mußte sich auch die Wasserversorgung mit dem Problem der radioaktiven Kontamination der Umwelt durch die damaligen Kernwaffenversuche der Atom-

mächte beschäftigen. Die weit von Mitteleuropa entfernt, besonders im Pazifik sowie in Sibirien/UdSSR und der Wüste Nevada/USA vorgenommenen Kernwaffentests erreichten ihren Höhepunkt in den Jahren 1957 bis 1962, mit einer Unterbrechung in den Jahren 1959/60 (Bild 1). Nach Einstellung der amerikanischen und sowjetischen Kernwaffenversuche in der Atmosphäre ab Dezember 1962 und Unterzeichnung des Teststoppabkommens durch die USA, UdSSR und Großbritannien wurden oberirdische Kernwaffenversuche nur noch von Frankreich und China durchgeführt. Die beiden Großmächte gingen auf unterirdische Ver-

Radionuklid	Halbwertszeit (HWZ) in Tagen	Aktivitätsfreisetzung in 10^{15} Bq			Verhältnis Summe Tschernobyl Summe Kernwaffentests in Promille (‰)
		Kernwaffenversuche	Unfall Windscale/ England	Tschernobyl 26. 4. – 6. 5. 1986	
Sr 89	50,5	$1,3 \cdot 10^5$	$3 \cdot 10^{-3}$	$9,1 \cdot 10^1$	0,7
Sr 90	$1,05 \cdot 10^4$	$8,5 \cdot 10^2$	$7,4 \cdot 10^{-5}$	8,9	10
Zr 95	64,0	$2,0 \cdot 10^5$		$1,6 \cdot 10^2$	0,8
Mo 99	2,75	$5,2 \cdot 10^6$		$1,3 \cdot 10^2$	0,025
Ru 103	39,4	$3,3 \cdot 10^5$		$1,4 \cdot 10^2$	0,4
Ru 106	366,5	$1,7 \cdot 10^4$	$3 \cdot 10^{-3}$	$6,7 \cdot 10^1$	4
J 131	8,04	$9 \cdot 10^5$	$7 \cdot 10^{-1}$	$4,4 \cdot 10^2$	0,5
Cs 134	753,2	–	$2,22 \cdot 10^{-2}$	$2,4 \cdot 10^1$	–
Cs 137	$1,1 \cdot 10^3$	$1,3 \cdot 10^3$	$4,4 \cdot 10^{-1}$	$4,8 \cdot 10^1$	40
Ba 140	12,8	$1,0 \cdot 10^6$		$1,8 \cdot 10^2$	0,2
Ce 141	32,5	$3,5 \cdot 10^5$		$1,2 \cdot 10^2$	0,3
Ce 144	284	$4,1 \cdot 10^4$	$3 \cdot 10^{-3}$	$1,1 \cdot 10^2$	3
Summe		$8,2 \cdot 10^6$ (HWZ > 2d)		$1,85 \cdot 10^3$	0,23

Tabelle 1: Vergleich der in die Umwelt freigesetzten Aktivität durch Kernwaffenversuche und Unfälle (5)

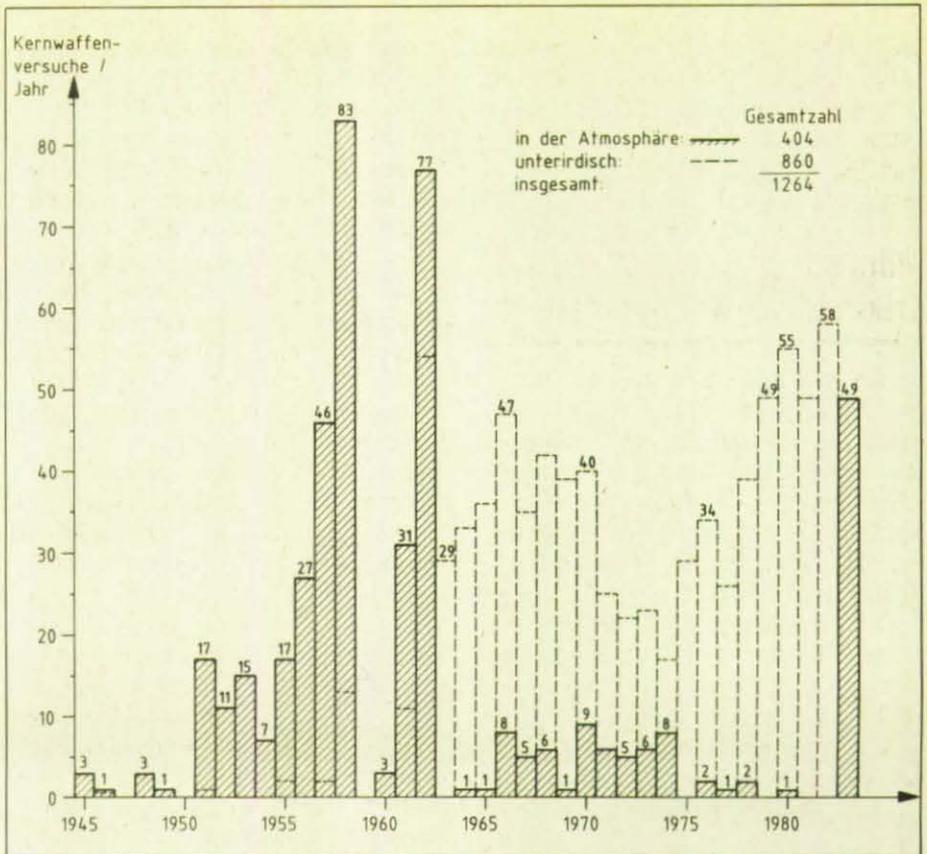
suche über. Transport, Verhalten und Verbreitung der während der umfangreichen Kernwaffentests freigesetzten Radionuklide sowie ihre Wirkung auf den Menschen wurden vielfältig untersucht. Für das Trinkwasser sind sie in einer umfangreichen Studie zusammengefaßt, die von der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Trinkwasser-Kontamination“ im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erarbeitet und im Jahre 1971 veröffentlicht worden ist (2). Die wesentlichen Aussagen dieser seither etwas in Vergessenheit geratenen Untersuchung sind nach wie vor gültig. Weiterhin wurden Erfahrungen bei den wenigen Reaktorunfällen, wie 1957 im Windscale-Reaktor in Cumberland/Nordengland und 1982 am Three Miles Island-Reaktor in Harrisburg/Pennsylvania-USA, bei denen größere Aktivitäten freigesetzt wurden, ausgewertet (3, 4).

Der durch fehlerhaftes Verhalten des Betriebspersonals, also menschliche Versagen, ausgelöste erste Super-GAU¹⁾ im Kernkraftwerk Tschernobyl, ohne umgebendes Containment aus Stahl und kupelförmiges Betongebäude als zusätzlicher Schutz ausgerüstet, wie in der westlichen Welt üblich, und seine Folgen unterscheiden sich nicht nur von den damaligen Kernwaffenversuchen, sondern auch von den in der umfangreichen „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“ durch die Gesellschaft für Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie untersuchten Freisetzungs- und Verfrachtungsbedingungen, wie sie bisher in ausländischen Kernkraftwerken aufgetreten sind und bei den simulierten Störfällen in deutschen Kernkraftwerken denkbar wären (3-5).

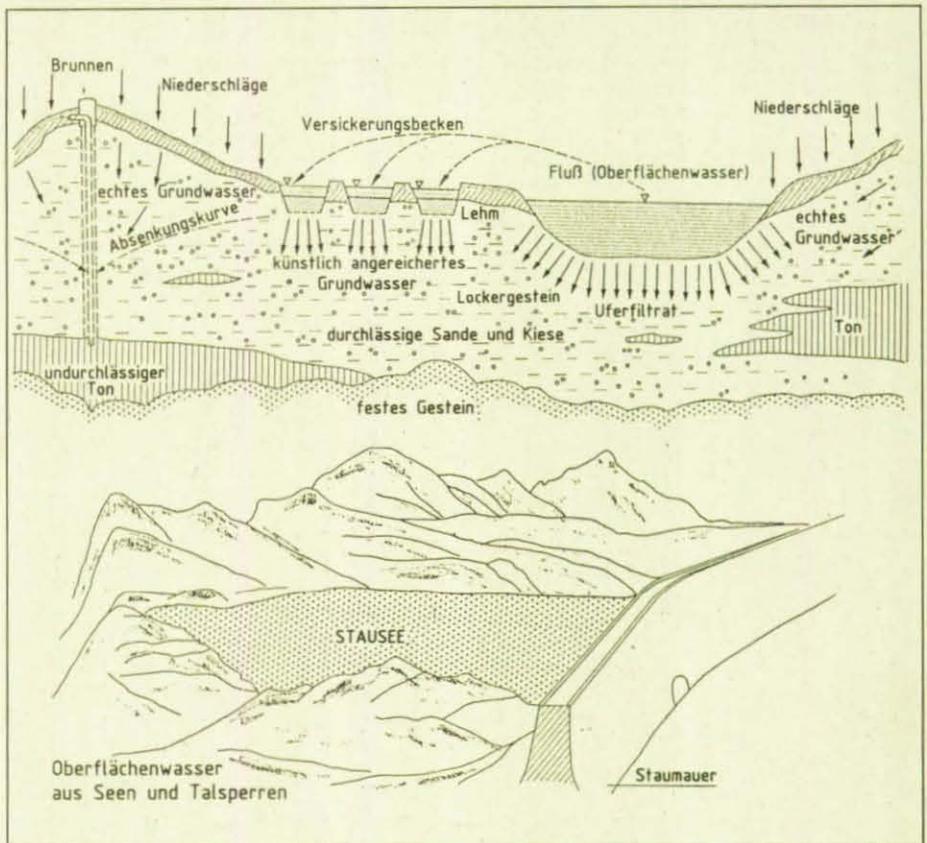
1. Der radioaktive Fallout der Kernwaffenversuche war weltweit über Wochen und Monate stark erhöht. Die einzelnen Fallouts der Kernwaffenexplosionen überlagerten sich. Auch Jahre nach den Testserien fand noch eine Zufuhr langlebiger Radionuklide statt. Vom Tschernobyl-Unfall waren dagegen nur die Gebiete stärker betroffen, über welche die radioaktive Wolke unmittelbar hinwegzog. Eine Aktivitätszufuhr erfolgte nur während eines Durchzugs. In Tabelle 1 wird jeweils die gesamte freigesetzte Aktivität während der Kernwaffenversuche, beim Windscale-Unfall und der Katastrophe von Tschernobyl verglichen. Daraus wird die weit stärkere Umweltbelastung während der Kernwaffenversuche über Jahre hinweg deutlich.

2. Die radioaktiven Spitzenkonzentrationen lagen zwar im Mai 1986 wesentlich höher, waren wegen des fehlenden Nachschubs jedoch nur über kurze Zeit meßbar.

1) Als Gau wird der Größte Anzunehmende Unfall definiert, für den die Sicherheitssysteme in einem Kernkraftwerk ausgelegt sind. Ein Super-GAU geht darüber hinaus, die Leistungserzeugung (Wärmeproduktion) kann durch die Sicherheitstechnik nicht mehr beherrscht werden.



Offiziell bekannte ober- und unterirdische Kernwaffenversuche. (Quelle: Bundesminister des Innern: Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung – Jahresbericht 1983)



Arten des zur Trinkwasserversorgung genutzten Wassers.

3. Örtlich stark unterschiedliche Aktivitätsbelastungen hatten jeweils ihre Ursache darin, ob es während des Durchzugs der Wolke regnete oder nicht. Während der Kernwaffenversuche war dagegen die Flächenbelastung durch die langandauernde

und großräumige Aktivitätszufuhr weitgehend ausgeglichen.

4. Infolge der langen mittleren Aufenthaltszeit in den hohen Schichten der Atmosphäre nach Kernwaffenversuchen fanden sich im radioaktiven Fallout vorwiegend Radionukli-

de mit langer und mittlerer Halbwertszeit²⁾. Durch den Unfall von Tschernobyl sind vor allem kurzlebige Radionuklide freigesetzt und verdichtet worden. Manche besonders gefährliche Radionuklide, wie z. B. Strontium 90, traten nach Tschernobyl nur in sehr geringen Mengen auf (5).

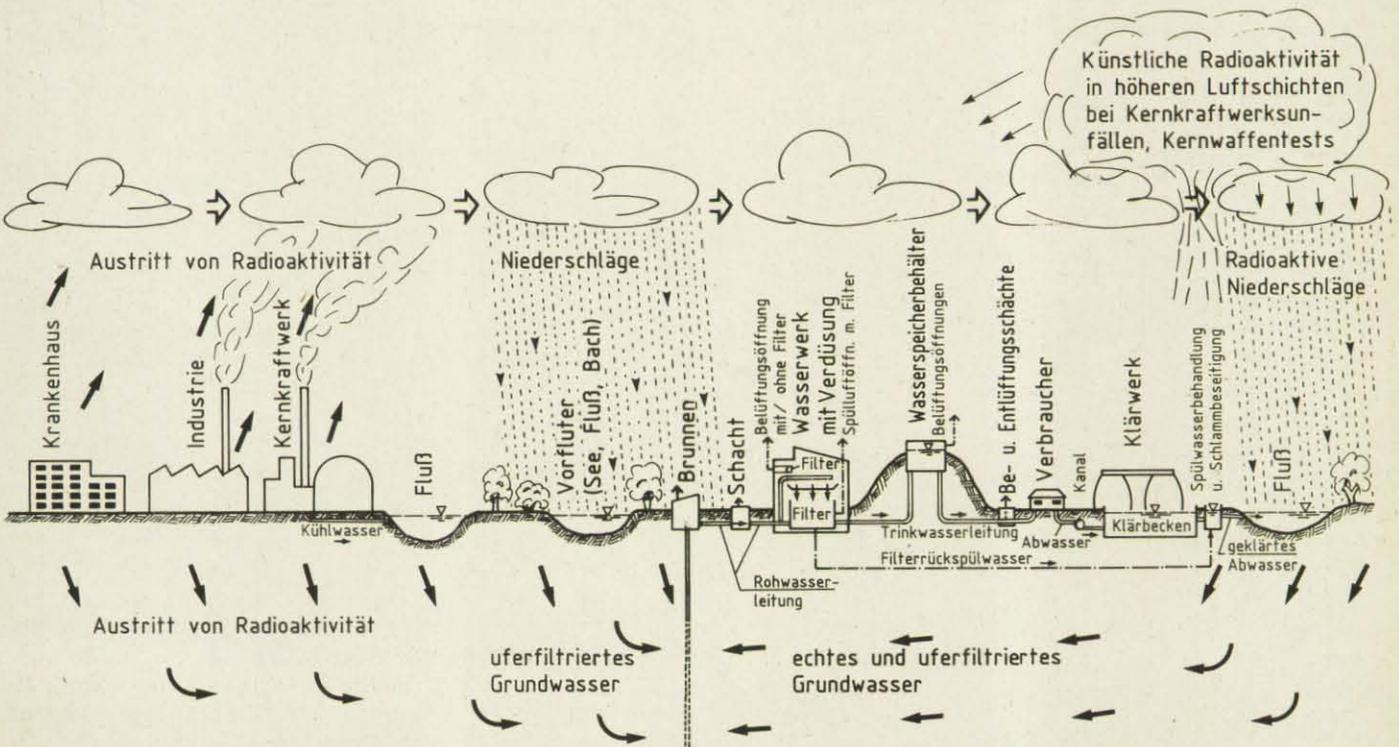
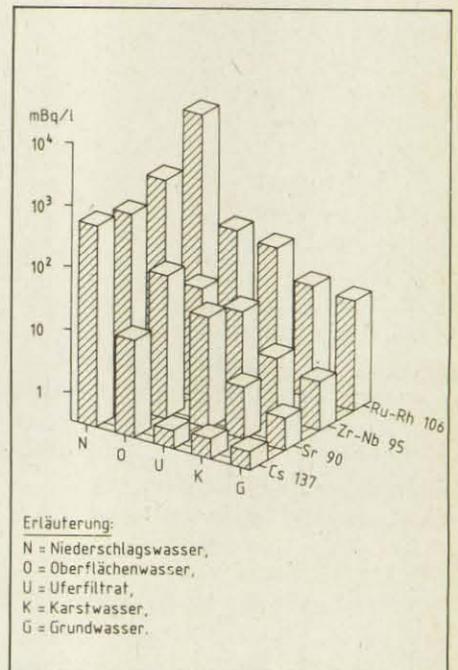
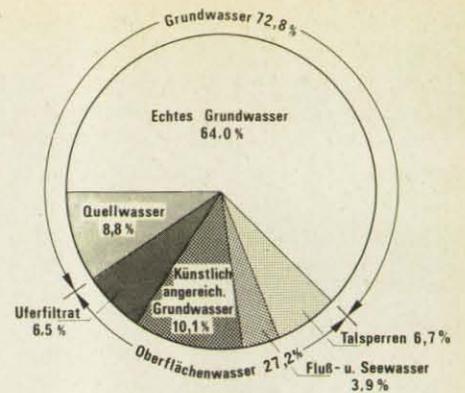
Möglichkeiten und Wege der Trinkwasser-Kontamination

Die in die Atmosphäre gelangte, an Teilchen unterschiedlicher Größe (Aerosole) gebundene Radioaktivität wird überwiegend von den Niederschlägen ausgewaschen (washout) und nur zum geringen Teil durch trockene Ablagerungen (fallout) dem Boden zugeführt. Ein kleiner Teil gelangt von der Geländeoberfläche mit mehr oder weniger großer Verzögerung in die Oberflächengewässer, die Bäche, Flüsse und Ströme. Ein anderer Teil der abgelagerten radioaktiven Stoffe wandert von der Erdoberfläche mit dem Sickerwasser in den Untergrund. Dabei passieren sie sehr langsam die obere, von

Wasser ungesättigte Bodenzone. Sie werden entweder gebunden oder in noch geringerem Maße in gelöster Form allmählich in das Grundwasser transportiert. Der Boden übt unabhängig von seiner Art und Zusammensetzung eine dreifache Funktion aus: Einmal wirkt er als mechanischer Filter für ungelöste radioaktive Stoffe. Er ist weiterhin für gelöste radioaktive Stoffe ein Absorptions- und Fällungsmittel sowie ein Ionenaustauscher. Welche Vorgänge vorrangig ablaufen, hängt in erster Linie von der Lösungsform der Radionuklide, der Korngrößenverteilung und Dichte des Bodens, seiner Bewirtschaftung usw. ab. Von großer Bedeutung ist auch der zwischenzeitlich eintretende radioaktive Zerfall. Besonders auch langlebige Radionuklide werden zunächst in den obersten Bodenschichten zurückgehalten.

In karstigen, d. h. der Auflösung durch das Sickerwasser unterliegenden, vor allem aus Kalk bestehenden sowie klüftigen, also stark durchlässigen Gesteinen kann jedoch die Schutzwirkung des Untergrundes erheblich herabgesetzt sein. Infolge der wesentlich schnelleren Versickerung gelangt im Extremfall Regenwasser durch Geröll und grobe Felsspalten innerhalb weniger Stunden in das Grundwasser.

Die radioaktive Kontamination des Flußwassers hängt von der Größe und Lage des Einzugsgebietes ab, aus dem die Zuflüsse stammen. Sie nimmt mit zunehmender Größe des Einzugsgebietes ab. Mit einer ersten Aktivitätswelle in den betroffenen Gewässern durch das Direktfallout auf die Wasseroberflächen ist schon kurze Zeit nach dem Ereignis zu rechnen. Auf Grund der Strömung im Gewässer tritt gleichzeitig eine



Verdünnung mit dem nicht kontaminierten Anteil der Wasserführung ein. Durch die schnelle und weitläufige Verfrachtung des Flußwassers gelangt die Aktivität aus dem Falloutgebiet auch in solche Gebiete, die diesem nicht ausgesetzt waren. Eine zweite Aktivitätswelle ist zu erwarten, sobald Niederschläge im Falloutgebiet einsetzen und einen Teil der an der Bodenoberfläche abgelagerten Radionuklide in die Oberflächengewässer transportieren.

Bei Trinkwassertalsperren sind sowohl das Speicherbecken als auch das gesamte Einzugsgebiet dem Fallout ausgesetzt, sofern diese in Windrichtung vom Freisetzungsort der Spaltprodukte liegen. Im Gegensatz zu Flußwasser ist bei Trinkwassertalsperren je nach Größe wegen der längeren Verweilzeit im Speicherbecken mit einer langzeitigen Kontamination des Wassers zu rechnen, sofern langlebige Radionuklide im Fallout enthalten sind (2). Weiterhin hängt die Kontamination entscheidend von der Wasserschichtung im Speicherbecken und ihrer zeitlichen Änderung nach dem Fallout ab. Bei einem Fallout auf eine ungeschichtete Talsperre, also in den Wintermonaten, ist innerhalb weniger Tage mit einer gleichmäßigen Verteilung der Aktivität im gesamten Speichervolumen, damit allerdings zugleich mit einer großen Verdünnung zu rechnen. Trifft dagegen ein Fallout während der Sommermonate auf eine stabil geschichtete Talsperre, also mit scharf voneinander getrennter, erwärmter Oberflächenwasser-schicht und kälterer Tiefenwasserzone, erreicht das kontaminierte Wasser an der Oberfläche erst nach längerer Verzögerung von bis zu einigen Monaten den Entnahmestandort des Rohwassers für die Trinkwasseraufbereitung nahe der Stauesohle, so daß kurzlebige Spaltprodukte nicht mehr in das Trinkwasser gelangen.

Für unterirdische Wasser (Grundwasser) ist im allgemeinen eine im Verhältnis zum Oberflächenwasser geringe Kontamination charakteristisch. Es wird unterschieden zwischen dem durch versickerte Niederschläge gebildeten echten Grundwasser, dem durch Uferböschungen und Gewässersohle in den Untergrund gelangten uferfiltrierten Grundwasser sowie dem durch Entnahme von Flußwasser und aus angelegten Becken zusätzlich in den Untergrund versickerten künstlich angereicherten Grundwasser (Bild 2). Bei einem genügend langen Aufenthalt im Untergrund (Bodenpassage) gleichen sich die Eigenschaften des uferfiltrierten und künstlich angereicherten Grundwassers weitgehend denen des echten Grundwassers an.

Wie aus Bild 3 ersichtlich, handelt es sich bei dem in der Bundesrepublik Deutschland von der öffentlichen Trinkwasserversorgung abgegebenen Wasser zum weitaus überwiegenden Teil, nämlich nahezu 90 %, um echtes, uferfiltriertes und künstlich angereich-

ertes Grund- sowie ebenfalls dem Untergrund entnommenes Quellwasser, für die ein hohes Maß an Sicherheit gegen radioaktive Kontamination gegeben ist. Lediglich ein Anteil von etwas mehr als 10 % stammt unmittelbar aus Flüssen und wird allerdings aus tieferen, in der Regel also über längere Zeit des Jahres geschichteten natürlichen Seen und künstlich angelegten Staugewässern (Talsperren) gewonnen.

Belastung des Wassers durch Tschernobyl

Nach der Explosion in Block 4 des Kernkraftwerkes Tschernobyl und Zerstörung des Hallendaches am 26. April 1986 wurden mit einem langandauernden Graphitbrand in den folgenden zehn Tagen insgesamt 4 % der im Reaktor eingelagerten Radioaktivität, des sog. Kerninventars, bis ca. 7 km hoch in die Atmosphäre getragen. Je nach herrschender Windrichtung waren Gebiete in Skandinavien, von Ost-, Süd- und Westeuropa sowie der DDR und der Bundesrepublik Deutschland betroffen. Erhöhte Aktivitäten in der Atmosphäre wurden schon bald, ab 3. Mai, auch in Japan, rund 8 000 km von Tschernobyl entfernt, und ab 9. Mai, mit Maxima am 10. bis 12. Mai, sogar in den USA beobachtet. Das erneute Auftreten erhöhter Aktivität in Europa Mitte Mai kann auf eine Zweitpassage der radioaktiven Wolke nach der Erdumkreisung in dieser Höhe zurückgeführt werden (5).

Die oberflächennahe Luft enthielt beim Durchzug der radioaktiven Wolke über der Bundesrepublik Deutschland etwa 10 bis 100 Bq/m³, im Mittel etwa 30 Bq/m³ an Radionukliden. Hohe Luftschichten können sehr stark abweichende Aktivitäten aufweisen.

Die ab 1. Mai einsetzenden gewittrigen Niederschläge mit örtlich stark wechselnder Intensität führten zu sehr unterschiedlichen Belastungen der Bodenoberfläche, da der nasse Fallout (washout) etwa das Fünf- bis Zehnfache der Aktivitätsmenge transportiert, wie sie durch das trockene Fallout dem Boden zugeführt wird.

Die Regenaktivitäten lagen häufig zwischen 10³ und 10⁴ Bq/l. Die Aktivität der Bodenoberfläche zeigte je nach Niederschlagstätigkeit die 100- bis 1 000fache, im

Mittel die 400fache Aktivität einer 1 m hohen bodennahen Luftschicht, also 1 000 bis 100 000 Bq/m², im Mittel etwa 15 000 Bq/m² (5). Da der Regen z. B. in den nördlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland erst später einsetzte, war die Radioaktivität in der Luft schon wieder zurückgegangen (6).

Als Folge der radioaktiven Niederschläge zeigten sich in den zur Trinkwasserversorgung von Berghütten und bewirtschafteten Berghäusern in den bayerischen Alpen dienenden Speicherbehältern für Regenwasser, den sog. Zisternen, Aktivitätskonzentrationen von über 100, maximal sogar bis zu 360 Bq/l, die zu Ersatzmaßnahmen der Gesundheitsverwaltung geführt haben (5, 7).

Je nach Lage, Größe und Einzugsgebiet der Flüsse wurden wenige Tage später maximal (in der Donau) und im Mittel 300 bzw. 10 Bq/l Jod 131, 70 bzw. 25 Bq/l Ruthenium 103, 25 bzw. 3 Bq/l Caesium 137 und 0,7 bzw. 0,3 Bq/l Strontium 90 festgestellt. In der Regel betragen die Maximalwerte nur etwa 1/100 der höchsten Niederschlagsaktivität, in der Donau etwa 1/30 (5). Der starke Abfall ist auf den geringen Anteil der über die Kanalisationen direkt in die Fließgewässer gelangenden Regenwässer zurückzuführen. Er liegt je nach Regenintensität und örtlichen Verhältnissen bei lediglich ca. 5–10 % des Gesamtabflusses.

In Seen und Talsperren war die Oberfläche maximal und im Mittel mit 60 bzw. 6 Bq/l Jod 131 belastet. Im allgemeinen wurden keine anderen Radionuklide nachgewiesen. In den Entnahmetiefen für das Rohwasser zur Trinkwasserversorgung war die Aktivitätskonzentration mindestens um den Faktor 3 bis 6 niedriger.

In den Ablagerungen auf der Sohle der Fließgewässer (Gewässersedimente) fand eine starke Anreicherung der Radionuklide statt, auf das Gewicht bezogen um das 100- bis 1 000fache, im Mittel mindestens um den Faktor 400. Allerdings ist der Anteil der in den Gewässersedimenten festgelegten Aktivität gegenüber der großen, mit der Flußwasserführung transportierten Aktivitätsmenge sehr gering.

Die Aktivitätsanreicherung in den Schlämmen von kommunalen Abwasserkläranlagen lag etwa in der Größenordnung der Gewässersedimente (5, 7).

Bild 4 faßt zum Vergleich die Ergebnisse zahlreicher Untersuchungen verschiedener Wasser in bezug auf die Belastung durch vier wichtige radioaktive Spaltprodukte während der langandauernden Kernwafferversuche zusammen. Es bestätigt die auch nach dem Unfall von Tschernobyl beobachtete stark abnehmende Belastung in der Reihenfolge Niederschläge – Oberflächenwasser – Grundwasser (Uferfiltrat, Karstgrundwasser, echtes Grundwasser). Das Bild zeigt, daß seinerzeit allein die Radionu-

3) Becquerel (Einheitszeichen: Bq) ist die Maßeinheit für die Aktivität radioaktiver Stoffe, das ist die Zahl der in der Zeiteinheit zerfallenden Atome. Die Aktivitätseinheit Bq liegt vor, wenn in einer Sekunde im Mittel ein Zerfallsakt stattfindet (1 Bq = sec⁻¹). Dabei kann Alpha-, Beta- oder Gammastrahlung ausgesandt werden. Die Kontamination durch radioaktive Stoffe wird als Konzentration in Bq/ml, Bq/l oder Bq/m³ bzw. mit Präfixen als Multiplikatoren, z. B. in mBq (Milli-Bq = 0,001 Bq), MBq (Mega-Bq = 10⁶ Bq), angegeben. Die Einheit Becquerel ist kein Maß für die Gefährlichkeit einer radioaktiven Substanz.

klide Ruthenium in deutlichem Umfang bis in das Grundwasser durchgeschlagen sind. Das radiotoxische Caesium 137 dagegen wurde im Boden vom Grundwasser weitgehend ferngehalten.

Vorsorge des Bundes – Trinkwasser-Notversorgung

Auf dem hohen Schutzwert des Grundwassers baut folgerichtig auch die im Rahmen einer wasserwirtschaftlichen Vorsorgeplanung entwickelte Konzeption des Bundes einer „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quelfassungen“ zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall auf. Die Vorsorgemaßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung gründen sich auf die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes u. a. für den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß Artikel 73 Grundgesetz. Sie finden ihre gesetzliche Grundlage im Wassersicherstellungsgesetz (WasSG), einem Zivilverteidigungsgesetz auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (8). Über den Stand der im Auftrag und auf Kosten des Bundes nach dem WasSG bisher getroffenen Vorsorgemaßnahmen, insbesondere die für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung neu errichteten, umgebauten und erhaltenen Trinkwasser-Notbrunnen, ist kürzlich wieder in dieser Zeitschrift berichtet worden (9).

Beschaffenheit von Nottrinkwasser

Während für die Beschaffenheit des Trinkwassers im Katastrophenfall gleichfalls die friedensmäßigen Anforderungen nach der Trinkwasserverordnung und DIN 2000 gelten, sind sie für die Abgabe von Nottrinkwasser im Verteidigungsfall in § 3 der Ersten Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) geregelt (10–12). Dabei sind zwangsläufig geringere Beschaffenheitsanforderungen zu tolerieren, weil gegenüber einer bestmöglichen Wasserqualität zunächst das Überleben des Menschen Vorrang besitzt.

Nach den in § 3 der 1. WasSV allgemein festgelegten Mindestanforderungen darf durch den Genuß oder Gebrauch von Nottrinkwasser die Gesundheit der Menschen sowie der Nutztiere durch Krankheitserreger nicht geschädigt werden. Es muß weiterhin frei sein von anderen Stoffen in gesundheitsschädlicher Konzentration. Eine Präzisierung dieser Vorschrift ist vorgesehen. Die bisherigen, noch nicht verbindlichen Teilergebnisse sind durch Richtwerte für die Strahlenexposition des Menschen durch radioaktiv verseuchtes Trinkwasser zu ergänzen. Es ist daran gedacht, folgende, vom Rat der Europäischen Gemeinschaften in

einer Verordnung vorgesehenen Höchstgrenzen für Trinkwasser zu übernehmen:

Radionuklide	Zulässige Höchstkonzentration Bq/l
Jod- und Strontiumisotope, insbesondere J 131, Sr 90	400
Alphateilchen, emittierende Plutoniumisotope und Transplutoniumelemente, insbesondere Pu 239, Am 241	10
Alle übrigen Radionuklide mit einer Halbwertszeit von mehr als 10 Tagen, insbesondere Cs 134, Cs 137	800

Dieser Verordnungsentwurf durchläuft derzeit die fachlich berührten Ausschüsse des Bundesrates. Grundlage für die Festsetzung von Höchstgrenzen an Radioaktivität sind die neuesten, zur Zeit auf internationaler Ebene verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse. Der Schutz der Gesundheit dürfte es auch in einem Verteidigungsfall verbieten, beim Trinkwasser als dem wichtigsten Lebensmittel eine starke Kontamination in Kauf zu nehmen.

Weitergehende Vorsorgemaßnahmen nach dem WasSG

Nach § 11 WasSG sind grundsätzlich auch Vorsorgemaßnahmen der Ausstattung vorgesehen. Dazu gehören u. a. Geräte oder sonstige Einrichtungen zur Messung von Radioaktivität; solche zur Dekontaminierung hat der Gesetzgeber nicht angesprochen. Die in § 11 WasSG enthaltene Aufzählung zusätzlicher Ausstattungsteile ist nicht abschließend, demnach könnten Einrichtungen zur Dekontaminierung vorgesehen werden. Die über die Ausstattung durch die Bundesregierung zu erlassende 3. Wassersicherstellungsverordnung ist vorbereitet. Sie konnte bisher nicht in das Gesetzge-

bungsverfahren gebracht werden, weil die daraufhin zu bewirkenden Investitionen seitens des Bundes den Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel (§ 1 Abs. 2 WasSG) überschreiten würden und auch die Leistungspflichtigen – das sind gemäß § 2 Abs. 1 WasSG im allgemeinen die Inhaber von Wasserversorgungsanlagen oder die Gemeinden – mit Kosten belastet würden (§ 11 Abs. 2 WasSG). Der Entwurf der 3. Wassersicherstellungsverordnung sieht allerdings eine Ausstattung mit Einrichtungen zur Wasseraufbereitung und Messung von Radioaktivität nur für die Notversorgung von Krankenhäusern vor. Eine Ausstattung mit Einrichtungen zur Dekontaminierung ist nicht geplant, weil für die Trinkwasser-Notversorgung geeignete Grundwasservorkommen vor radioaktiver Kontamination verhältnismäßig gut geschützt sind.

Wirkung der Trinkwasseraufbereitung

Die Aufbereitung von Oberflächenwasser aus Flüssen, Seen und Talsperren erfolgt in der Regel in mehreren Stufen. Dabei werden neben den planmäßig aus dem Rohwasser zu entfernenden dispergierten (gelösten), kolloidalen und suspendierten (ungelösten) Inhaltsstoffen als Nebeneffekt auch radioaktive Stoffe in wechselndem Umfang eliminiert. Wie wirksam radioaktive Stoffe bei dieser normalen Trinkwasser-Aufbereitung dem Rohwasser entnommen werden können, läßt sich aus verständlichen Gründen nicht in den technischen Großanlagen untersuchen, sondern kann nur in Versuchsanlagen mit stark vermindertem Durchlauf geprüft werden. Die hierbei erzielten Ergebnisse lassen sich – wie leicht einzusehen ist – nicht ohne weiteres auf die Großanlagen übertragen (5).

Während des starken Fallout der Kernwaffenversuche wurden zahlreiche Untersuchungen vorgenommen und hierbei wertvolle Erkenntnisse über die unterschiedliche Wirksamkeit der einzelnen Aufbereitungsverfahren gewonnen (2, 5, 13–20):

1. Die vielfach bei der Aufbereitung von Oberflächenwasser angewendete Filtration in mit Quarzsand gefüllten Filterbecken besitzt erfahrungsgemäß keine sehr große Wirksamkeit gegenüber den Spaltprodukten des radioaktiven Fallouts. Je nach Alter des Gemisches, also der seit der Spaltung vergangenen Zeit, werden 30–50 % entfernt.

2. In Langsandsfiltern, wie sie von den Wasserwerken zur Vorbehandlung von aus Flüssen entnommenen und zur künstlichen Anreicherung von Grundwasser dienenden Wässern verwendet werden, wurden je nach Alter des Spaltgemisches, Aufbau und Schichtdicke des Filtermaterials Dekontami-

nierungsgrade zwischen 38 und 63 % erzielt, im Mittel etwa also die Hälfte der Spalt nuklide entfernt. Der Hauptteil der Aktivität, mehr als 85 %, wird in den obersten Zentimetern der Langsandsfilter zurückgehalten, wo die an der Wasserreinigung entscheidend beteiligten Bodenbakterien konzentriert sind. Die in den Filtern angesiedelten Mikroorganismen halten die Radioaktivität besonders gut zurück.

3. Eine sehr wirksame Aufbereitungsstufe auch zur Verminderung der radioaktiven Belastung im Wasser ist die Flockung, die in den meisten Oberflächenwasserwerken planmäßig zur Entfernung sogenannter kolloidaler Trübstoffe (Teilchengrößen zwischen 10^{-4} bis 10^{-7} m, d. h. 0,1 mm bis $0,1 \mu\text{m}$) eingesetzt werden. Bei der Flockung werden die im Rohwasser in sehr stark schwankender Größe und Verteilung als Verunreinigungen vorhandenen kleinen, sonst nicht abtrennbaren Teilchen mit Hilfe sog. Flockungschemikalien zu größeren, damit aus dem Wasser zu entnehmende Flocken umgewandelt. Die wirkungsvolle Entnahme der Radioaktivität ist damit zu erklären, daß die Radionuklide zum großen Teil an den ausgeflockten feinen Trübstoffen des Wassers gebunden sind. Die statistische Auswertung der Meßergebnisse an über 460 Proben aus 7 deutschen Talsperrenwasserwerken ergab einen mittleren Dekontaminierungsgrad von 48 % mit einer sehr großen Streubreite (19). Jüngere Spaltgemische wurden zu 50–60 % und damit etwas besser entfernt als ältere Spaltgemische mit 36–56 %. In 20 Oberflächenwasserwerken in den USA, wo die Verwendung von Fluß- und Seewasser zu Trinkwasserzwecken besonders verbreitet ist, wurden durch die Flockung mit den auch bei uns üblichen Aluminium- und Eisensalzen radioaktive Spaltgemische zu 50–70 % entfernt (5).

4. Einzelne, besonders relevante Radionuklide werden bei der Trinkwasseraufbereitung in unterschiedlichem Umfang entnommen: Für die Radionuklide der Seltenen Erden gelten maximale Dekontaminierungsgrade um 99 %, bei Schwermetallen mit einigen Ausnahmen über 90 %. Nur geringe Entnahmewirkungsgrade bei der üblichen Wasseraufbereitung ergaben sich für Radiostrontium und -Jod.

5. Günstige Dekontaminierungsgrade lassen sich bei der Filtration des Rohwassers über Aktivkohle erzielen (Adsorptionswirkung), wie sie heute in Wasserwerken bei der Aufbereitung von uferfiltriertem und künstlich angereicherterem Grundwasser zur Entnahme organischer Stoffe üblich ist (20).

6. Mit sog. Ionenaustauschern, wie sie u. a. als zusätzliche Aufbereitungsstufen bei den mobilen Aufbereitungsanlagen des Katastrophenschutzes zur Versorgung kleinerer Personengruppen mit Trinkwasser ent-

wickelt worden sind (21–23), lassen sich Dekontaminierungsgrade zwischen 99 und 99,9 % erzielen. Die Entnahmefaktoren liegen also zwischen 10^2 und 10^3 , bei bestimmten Radionukliden teilweise sogar bei 10^4 .

7. Für einzelne wichtige Radionuklide, wie z. B. Radiojod, sind auch spezielle Dekontaminierungsverfahren entwickelt worden. Sie sind jedoch erst nach entsprechender Ergänzung und Umbau der für Normalbetrieb konzipierten Aufbereitungsanlagen einsetzbar (14, 15).

8. Erfahrungsgemäß erhöht sich die Entnahmewirkung, je größer die zugegebene Menge an Flockungsmitteln und Hilfsmitteln sowie an Aktivkohle ist. Der Effekt der Flockung kann auch durch Zugabe von Tonmineralien und Phosphaten zum Rohwasser verbessert werden. Besonders empfehlenswert ist die Dosierung von Pulverkohle, vor allem, wenn der Hauptanteil der Radionuklide, wie nach dem Unfall von Tschernobyl, aus Jod 131 besteht.

Aktivitätseintrag aus der Luft bei der Wasseraufbereitung und -verteilung

Die Gewinnung und Aufbereitung des Rohwassers sowie Verteilung des Trinkwassers bis zum Verbraucher bieten bei einer radioaktiven Kontamination der Umwelt ebenfalls Möglichkeiten für den Eintrag von Radioaktivität. Sie sind in Bild 5 dargestellt (24). In den Förderbrunnen zur Grundwassergewinnung wird beim Anfahren der Pumpen Luft angesaugt. Bei dem in der Wasseraufbereitung häufigen Eintrag von Luft aus der Atmosphäre zur Belüftung, Verdüsung, Entsäuerung, zur Erzeugung von Ozon usw. und bei der Rückspülung der Filter kann Radioaktivität in das Wasser übertreten. Bei der Auf- und Abbewegung des Wasserspiegels während der Befüllung und Entnahme aus den Trinkwasserspeicherbehältern findet ein Austausch mit der ggf. kontaminierten Außenluft statt. Die entsprechenden Öffnungen können allerdings mit speziellen Luftfiltern zur Dekontaminierung ausgerüstet werden. Schließlich ist auch ein Eintrag radioaktiver Luft über die in den Trinkwasserverteilungsleitungen eingebauten Be- und Entlüftungsventile möglich. Diese möglichen Kontaminationsquellen sind jedoch angesichts der Tatsache, daß der Mensch in 24 Stunden zwangsläufig etwa 20 m^3 Luft zum Atmen benötigt, während er in der gleichen Zeit nur etwa 2 l Wasser trinkt, mit einem Anteil von etwa 1–2 % an der Belastung über die Atemluft völlig zu vernachlässigen.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die folgenden zusammenfassenden Hinweise beziehen sich nicht auf den Normalbetrieb von Atomreaktoren, bei dem es auf Grund der in der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Minimierung der Abgabe von radioaktiven Stoffen in die Umwelt zu keiner Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung kommen kann. Sie gelten für den, wie wir hoffen, unwahrscheinlichen Fall einer Wiederholung von Tschernobyl (2, 5, 13, 24–26):

1. Bei der Wassergewinnung aus dem Grundwasser oder bei Oberflächenwässern nach längerer Bodenpassage mit entsprechender Aufbereitung ist die Wasserversorgung nicht ernsthaft gefährdet.

2. Ersatzlieferung von nicht kontaminiertem Trinkwasser war nur erforderlich bei der direkten Verwendung von Zisternenwasser in einzelnen darauf angewiesenen Gehöften, bewirtschafteten Berghütten usw.

3. Berechnungen und Untersuchungen bestätigen, daß selbst bei großen Umweltkatastrophen durch Kernwaffenexplosionen oder extreme Reaktorunfälle die Radioaktivität des Trinkwassers gegenüber der Belastung aus der Atemluft und den Lebensmitteln die geringste Kontaminationsquelle für den Menschen bedeutet.

4. Allein dann, wenn ein radioaktiv kontaminiertes Wasser an einem Ort genutzt wird, der frei von derartigen Umweltbelastungen ist, tritt die Radioaktivität des Trinkwassers als Belastungsquelle in den Vordergrund.

5. Die potentielle Gefährdung der als Trinkwasser genutzten Wasserarten nimmt zumindest in der Anfangszeit in folgender Reihenfolge ab:

- Regenwasser (Niederschläge)
- Zisternenwasser
- Oberflächenwasser aus Flüssen (ohne nachfolgende Bodenpassage oder Zwischenspeicherung in Sammelbecken)
- Oberflächenwasser aus natürlichen Seen und künstlich angelegten Staugewässern (Talsperren)
- Uferfiltriertes und künstlich angereichertes Grundwasser nach kurzer Bodenpassage
- Karst- und Kluftgrundwasser
- Uferfiltriertes und künstlich angereichertes Grundwasser nach längerer Bodenpassage
- Echtes Grundwasser aus Poren-Grundwasserleitern mit günstiger Untergrundbeschaffenheit

6. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen wegen des hohen Anteils an echtem Grundwasser von etwa 64 % und weiteren insgesamt etwa 25 % an uferfiltriertem, künstlich angereichertem Grundwasser sowie Quellwasser am Gesamtdargebot der

öffentlichen Trinkwasserversorgung günstige Voraussetzungen. Bei einer radioaktiven Belastung nach einem Unfall kann eine zusätzliche Erhöhung der Sicherheit durch Ersatz von Oberflächenwasser durch Grundwasser erreicht werden.

7. Nach den Erfahrungen aus dem Unfall von Tschernobyl kann sich die radioaktive Belastung innerhalb eines Tages bis zu 1000 km weit ausbreiten. Für die Wasserwerke bleibt demnach keine Zeit, um bei einem Unfall eventuell erforderliche apparative Maßnahmen zur Abwehr zu treffen.

8. Jede Maßnahme zur Minimierung der radioaktiven Belastung der Bevölkerung, wie sie auch in der Strahlenschutzverordnung (27) festgelegt ist, verringert das Ausmaß der Gefährdung und ist daher vorteilhaft. Deshalb sind Bemühungen auch um eine zumindest teilweise Dekontaminierung des Trinkwassers immer sinnvoll (5, 13). Das gilt vor allem für die Anfangsphase einer Katastrophe, in der man für einige Zeit z. B. auf Konservennahrung und Trockenmilchpulver ausweichen kann, wenn einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung steht.

9. Alle Maßnahmen, die bei der normalen Aufbereitung von Oberflächenwasser zur Entnahme von ungelösten, kolloidalen oder gelösten Störstoffen führen, können auch in ganz erheblichem Umfang zur Entfernung von Radionukliden beitragen.

10. Die Beobachtungen und Erfahrungen nach dem Unfall von Tschernobyl haben interessanterweise ergeben, daß ein Kernreaktorunfall für ein Wasserversorgungsunternehmen ähnliche Auswirkungen auf die Aufbereitung haben kann, wie ein Unfall mit wassergefährdenden organischen Stoffen im Einzugsgebiet des Wasserwerkes bzw. des Fließgewässers, aus dem das Rohwasser zur Trinkwassergewinnung entnommen wird. Diese Erkenntnis rechtfertigt bestimmte Vorsorgemaßnahmen zugleich im Hinblick auf andere denkbare Störfälle.

11. Nach den Erfahrungen werden besondere Maßnahmen bei der Wasseraufbereitung erst dann erforderlich, wenn die Gesamtbelastung (Rest-Beta-Aktivität) im Rohwasser einen Wert von 20–30 Bq/l unterschreitet. Das war nach Tschernobyl nur an wenigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland der Fall.

12. Nach dem Unfall von Tschernobyl ist es gerade bei Trinkwasser zu übereilt interpretierten Fehlmessungen gekommen, die teilweise zu unbegründeten Befürchtungen der Bevölkerung und Überreaktionen geführt haben. Die apparativ und personell entsprechend ausgestatteten amtlichen Meßstellen waren mit sehr dringenden Untersuchungen besonders an kontaminierten Lebensmitteln (Milch, Gemüse, Fleisch) überlastet. Sie sahen sich deshalb häufig außerstande, Wasserproben sehr zeitaufwendig auf geringste Spuren radioaktiver Stoffe zu unter-

suchen. Nur wenige Wasserwerkslaboratorien waren zu diesem Zeitpunkt noch in der Lage, auch nur orientierende Radioaktivitätsmessungen vorzunehmen, wie das während und auch einige Zeit nach dem Höhepunkt der oberirdischen Kernwaffenversuche in den 60er Jahren der Fall war. Daher wurden solche Meßaufgaben auch von weniger geübten Laboratorien durchgeführt. Vermutlich beruht auch zumindest ein Teil der Fehlmessungen darauf, daß mit den gleichen Apparaturen zugleich stark belastete Lebensmittelproben gemessen worden sind. Untersuchungen von Wasserproben erfordern eine besondere Sorgfalt und sollten daher künftig möglichst nur noch von Instituten vorgenommen werden, die dafür personell und apparativ besonders eingerichtet sind und auch über ausreichende Erfahrungen verfügen. Das gilt vor allem dann, wenn es um genaue Angaben über einzelne Radionuklide geht.

Literaturverzeichnis

- (1) Landesamt für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen (LWA NW): Ergebnisse der Gewässerüberwachung des Landes Nordrhein-Westfalen auf Radioaktivität, 3. Quartal 1987, Düsseldorf, November 1987
- (2) Arbeitsgruppe „Trinkwasser-Kontamination“: Radioaktive Stoffe und Trinkwasserversorgung bei nuklearen Katastrophen. Bericht, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Bonn, Nov. 1971
- (3) Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke. Eine Untersuchung zu dem durch Störfälle in Kernkraftwerken verursachten Risiko. Hauptband, 2. Auflage, und 8 Fachbände. Verlag TÜV Rheinland e.V., Köln, 1980
- (4) Roth, L. u. U. Weller: Radioaktivität – Kernwaffenexplosionen – Kernunfälle – Strahlenbelastung – Zukunftsplanung. Angewandter Umweltschutz 1987. ecomed verlagsgesellschaft mbH, Landsberg/Lech – München
- (5) Haberer, K.: Umweltradioaktivität und Trinkwasserversorgung, Teil 2–6. gwf – Das Gas- und Wasserfach 127 (1986), Heft 12, Jahrgang 128 (1987), Heft 2, 3, 6 u. 7
- (6) Landesamt für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen (LWA NW): Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl auf die Gewässer und die Trinkwasserversorgung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Juni 1986
- (7) Friedmann, L., W. Amann u. D. Lux: Radioaktive Belastungen des Wassers in Bayern nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl. gwf – Das Gas- und Wasserfach 127 (1986), Heft 12
- (8) Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz – WasSG) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 1225 ber. 1817), zuletzt geändert durch Art. 70 des Einführungsgesetzes zu Abgabenordnung 1977 vom 14. 12. 1976 (BGBl. I S. 3341, 3374)
- (9) Such, W. u. R. Keil: Aktueller Stand der Vorsorgemaßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz. Aufbau einer von den friedensmäßig genutzten Anlagen der zentralen öffentlichen Wasserversorgung unabhängiger Trinkwasser-Notversorgung steht im Vordergrund. ZS-MAGAZIN, Heft 7–8/1987, S. 35–40
- (10) Verordnung über Trinkwasser und über Wasser für Lebensmittelbetriebe (Trinkwasserverordnung – TrinkwV) vom 22. 5. 1986 (BGBl. I S. 760–773)
- (11) Fachnormenausschuß Wasserwesen (FNW) im Deutschen Normenausschuß (DNA): DIN 2000: Zentrale Trinkwasserversorgung – Leitsätze für Anforderungen an Trinkwasser-Planung, Bau und Betrieb der Anlagen, November 1973
- (12) Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) vom 31. 3. 1970 (BGBl. I S. 357)
- (13) Eberle, S. H., Fuchs, F., Haberer, K., Summers, S. u. H. Sontheimer: Radioaktiv kontaminierte Rohwässer bei der Trinkwassergewinnung. Studie im Auftrag des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten des Landes Baden-Württemberg. Agrar- und Umweltforschung in Baden-Württemberg, Band 17. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart, 1987
- (14) Bernhardt, H., Hartmann, H. u. F. Baumgärtel: Untersuchungen über Dekontaminationsverfahren an Talsperrenwässern mit Schnellfilteranlagen. Sonderdruck aus „Vom Wasser“ – Ein Jahrbuch für Wasserchemie und Wasserreinigungstechnik, XXX. Band 1963 u. XXXI. Band 1964, Verlag Chemie GmbH, Weinheim/Bergstraße
- (15) Kremmling, H., Bernhardt, H. u. H. Hartmann: Die Dekontamination Radiojod-haltiger Talsperrenwässer mit Schnellfilteranlagen unter Anwendung von Silberzalzen. Sonderdruck aus „Jahrbuch vom Wasser“, XXXIII. Band 1966. Verlag Chemie GmbH, Weinheim/Bergstraße
- (16) Bernhardt, H.: Über die Verteilung der Fallout-Radioaktivität in einer Trinkwassertalsperre. DIE WASSERWIRTSCHAFT (53) 1963, S. 450–452
- (17) Bernhardt, H. u. K. Haberer: Über die Gefährdung der Trinkwasserversorgung aus Talsperren durch stärkere radioaktive Niederschläge. DIE WASSERWIRTSCHAFT (53) 1963, Heft 11
- (18) Bernhardt, H.: Untersuchungen über die dekontaminierende Wirkung einer Schnellfilteranlage bei normalem Filterbetrieb. Atompraxis, Heft 2/Febr. 1963
- (19) Haberer, K., Spindler, P. u. J. Holluta: Untersuchungen über die Entfernung radioaktiver Stoffe bei der Trinkwasseraufbereitung. Jahrbuch „Vom Wasser“ XXVIII. Band 1961, S. 44–70
- (20) Reichert, J. K.: Entfernung anorganischer Mikroverunreinigungen einschließlich der Radionuklide. DVGW-Schriftenreihe Wasser, Nr. 206. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (Herausgeber), Vertrieb: ZIGW-Verlag GmbH, Postfach 901 080, 6000 Frankfurt/Main 90
- (21) Unverricht, P., Schmitz, D. u. W. Such: Eine neue mobile Trinkwasseraufbereitungsanlage im Rhein-Sieg-Kreis. Aufbereitetes Trinkwasser erfüllt die Anforderungen der geltenden Trinkwasserverordnung. ZS-MAGAZIN, Heft 2/Febr. 1986
- (22) Metzen, H., Stanowski, E. u. W. Such: Trinkwasser im Notfall. 1. Teil: Einsatz mobiler Trinkwasseraufbereitungsanlagen; 2. u. 3. Teil: Ausbildungslehrgänge der KSB Ahrweiler an mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen. ZS-MAGAZIN, Nr. 9–11/Sept.–Nov. 1975
- (23) Such, W.: Vom Reisefilter bis zum „fliegenden Wasserwerk“ – einwandfreies Trinkwasser auch bei Notständen, Katastrophen und im Felde – Demonstration von mobilen Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen an der Katastrophenschutzschule des Bundes. ZS-MAGAZIN, Nr. 12/Dez. 1982, S. 25–29
- (24) Ribbeck, W.: Zur Abschätzung der Aktivitätszufuhr über das Trinkwasser nach dem Reaktorunfall Tschernobyl. 3R international 26 (1987), Heft 2/März 1987
- (25) Such, W.: Radioaktivität in Gewässern und Trinkwasser. ZIVILVERTEIDIGUNG Nr. 1/1987
- (26) EUREAU Union der Wasserversorgungsvereinigungen von Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung über die Probleme, die sich aus Unfällen in Kernkraftwerken für die Wasserversorgung ergeben. Als Mitteilung im Januar 1987 der Generaldirektion der Kommission der Europäischen Gemeinschaften übergeben. gwf – Das Gas- und Wasserfach 128 (1987), Heft 7
- (27) Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) – Herausgeber: Trinkwasserversorgung und Radioaktivität. Technische Regeln, Arbeitsblatt W 253, Sept. 1982. Vertrieb: ZIGW-Verlag GmbH, Postfach 901 080, 6000 Frankfurt/Main 90
- (28) Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) vom 13. 10. 1976 (BGBl. I S. 2905).

Anmerkungen zu den seit Anfang 1986 verbindlichen Einheiten im Meßwesen

8. November 1895 –
der Entdeckungstag der Röntgenstrahlen

„Betr.: Urlaub des Prof. Dr. Röntgen. Nach einer vertraulichen Mitteilung von der K. Schwedischen Akademie der Wissenschaften hat der ehererbietigst gehorsamst Unterzeichnete den ersten Nobel-Preis für das Jahr 1901 erhalten.

Die K. Schwedische Akademie legt besonderen Wert darauf, daß die Preisgekrönten am Verleihungstag (10. Dez. d. J.) den Preis persönlich in Stockholm in Empfang nehmen. Da diese Preise einen ausnahmsweise hohen Wert haben und besonders ehrenvoll sind, so glaubt der ehererbietigst gehorsamst Unterzeichnete dem Wunsch der K. Schwedischen Akademie, wenn auch nicht leichten Herzens, nachkommen zu müssen, und bittet er deshalb, ihm für die Dauer der nächsten Woche Urlaub gewähren zu wollen. Dr. W. C. Röntgen.“

(Nachzulesen in den Akten des Bayerischen Kultusministerium, nach W. Gerlach in „Die Großen der Weltgeschichte“, Band IX). – Datiert vom 06. Dezember 1901 in München.

So bescheiden fragte der erste Nobel-Preis-Träger für Physik nach, die Lorbeeren in Empfang nehmen zu dürfen. Nun, er durfte. Allerdings genügten ihm eineinhalb Tage Aufenthalt in Stockholm, dann zog es ihn zur Arbeit zurück. Diese Arbeit war sein fast ausschließlicher Lebensinhalt. So kam es auch, daß er den Preis in Höhe von 50 000 S. Kronen seiner alten Universität Würzburg vermachte, der Stätte, an der er die weltberühmt gewordenen Strahlen entdeckte.

Dabei hatte sein Leben gar nicht so zielgerichtet angefangen.

Am 27. März 1845 in Lennep (Rheinpreußen) geboren, zog er noch als Kleinkind mit seinen Eltern nach Holland. Er besuchte die technische Schule, verließ sie vor dem Abschluß und widmete sich den klassischen Sprachen. Über die philosophische Fakultät der Universität Utrecht kam er zur Mechanisch-Technischen Abteilung des eidgenössischen Polytechnikums zu Zürich, wo er das Diplom als Maschineningenieur erwarb. Seine Promotion zum Doktor der Philosophie erfolgte mit „Studien über Gase“ im Sommer 1869.

Nach vielen seine Bedeutung für die Physik unterstreichenden Arbeiten, die ihm den Ruf eines „Präzisionsphysikers“ einbrach-

ten, wurde er am 1. Oktober 1888 an die Universität Würzburg als Professor für Physik berufen; ausgerechnet an die Universität, die ihn einst wegen fehlenden humanistischen Abiturs abgelehnt hatte.

Der 8. November 1895 muß wohl als der Entdeckungstag der Röntgenstrahlen gelten. Doch wie es für Röntgen charakteristisch ist, veröffentlichte er diese Sensation erst nach gewissenhafter Überprüfung. Vom 28. Dezember 1895 datiert sein Artikel. Explosionsartig nahm dann die Kunde ihren Lauf. Und doch dauerte es noch bis zum Jahre 1912, bis Max von Laue (1879–1960) das Rästel um das Wesen dieser neuen Strahlung lösen konnte. Ja, neu durfte sie jetzt eigentlich nicht mehr heißen. Denn es handelt sich um ganz normale elektro-magnetische Wellen, allerdings mit einer Wellenlänge, die nur 1/1 000 der des sichtbaren Lichts ausmacht.

Nun sollte es eigentlich ein leichtes sein, eine mengenmäßige Beschreibung der Röntgenstrahlung zu finden. Doch dem war nicht so. Die Physiker der Jahrhundertwende hatten mit vielen Problemen zu kämpfen. Die Grenzen der Meßgenauigkeit, die Lücken auf anderen Gebieten, die Theorien Einsteins, die vielen im Wege standen und andere so faszinierten, daß sie dort ihren neuen Schwerpunkt suchten. Röntgen selbst trug auch nicht viel zur weiteren Entwicklung seiner Strahlen bei. Aus seiner Münchner Zeit, einem Ruf der dortigen Universität war er am 1. April 1900 gefolgt, sind lediglich Arbeiten bekannt, in denen er die Röntgenstrahlen als Hilfsmittel benutzt, nie aber als eigentliches Objekt der Untersuchungen. Nur einige seiner Doktoranden promovierten über die Entdeckung ihres Doktor-Vaters.

Eine letzte Publikation von W. C. Röntgen erschien ein Jahr nach seiner Emeritierung 1921 in den Annalen der Physik. Doch auch hier geht er nicht auf das Problem der Quantifizierung ein. Sein Leben hatte sich zwischenzeitlich grundlegend geändert. Durch den Wechsel nach München war der im allgemeinen etwas verschlossene Professor, der nur in seinem kleinen Freundeskreis in Würzburg gelegentlich auftaute und dann allerdings ein lebhafter und humorvoller Unterhalter sein konnte, etwas vereinsamt. Es war die Kehrseite des Ruhms, die ihm die Öffentlichkeit unangenehm

machte. 1919, nach jahrelanger und aufopfernder Pflege, trug er seine Frau zu Grabe. Am 10. Februar 1923 folgte er ihr. Ein nur wenige Monate dauerndes Krebsleiden führte zum Darmverschluß und damit zum Tod.

Etwa zu der Zeit gab es erste Ansätze zur Definition einer Einheit für die Röntgenstrahlen. Das augenfälligste Phänomen, meßtechnisch am einfachsten zu fassen, war die Ionisierung. 1928 auf dem Internationalen Röntgenkongreß in Stockholm gab es erste Vorschläge, auf der Bildung von Ladungsträgern in der Luft basierend. Sechs Jahre wurde noch diskutiert, verfeinert, abgestimmt. Dann gab das „Komitee zur Standardisierung von X-Strahlen-Messungen“ in der Zeitschrift „Radiology“ die Definition des Röntgens als Dosiseneinheit für die sogenannte Ionendosis bekannt. Von nun an war 1 Röntgen, kurz 1 R, die Strahlungsmenge an Röntgenstrahlung, die in einem Kubikzentimeter Luft unter Normalbedingungen eine solche Menge von Ionen bildet, daß deren Gesamtladung für jedes Vorzeichen gesondert gleich einer elektrostatischen Ladungseinheit ist. Die Reproduzierbarkeit, die wesentlichste Anforderung an eine physikalische Einheit, bereitete allerdings Schwierigkeiten. Die Normalbedingungen waren 20 ° C als Temperatur und eine Atmosphäre bzw. 760 mm Hg als Druck. Dazu ist das Meßvolumen zu begrenzen, ohne daß auf das Feld rückgekoppelt wird. Viele Aufgaben also für die Meßtechniker. Wenn das alles erfüllt ist, läßt sich nachvollziehen, was die Theorie vorgibt. Eine elektrostatische Ladungseinheit, das sind $2,083 \times 10^9$ Ionenpaare. Der Elementarladung von $1,6021 \times 10^{-19}$ Coulomb entsprechend liegt also eine Ladung von $3,337 \times 10^{-10}$ C in 1 cm³ Luft vor. Unter Berücksichtigung der Dichte der Luft von $1,293 \times 10^{-6}$ kg/cm³, ergibt sich für 1 Röntgen im SI-System ein Wert von $2,58 \times 10^{-4}$ C/kg. Ursprünglich war diese Dosis nur für Röntgenstrahlen definiert. Sie wurde später auch auf andere Arten ionisierende Strahlung übertragen. Mit der gesetzlichen Anpassung an den internationalen Standard des SI-Systems wurde nun auch der Name Röntgen zu Grabe getragen. Die Ionendosis hat nicht mehr die Bedeutung von früher. Wer noch mit ihr zu tun hat, der möge von der Ladung pro Masse, sprich C/kg, reden.

(Fortsetzung folgt)

Nachrichten aus Bremen

Bremerhaven

Auf dem Gelände des Katastrophenschutz-Zentrums wurde das neue Bergungs- und Brandübungshaus des BVS eingeweiht. Wie BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer betonte, handelt es sich dabei um die erste Anlage dieser Art in der Bundesrepublik. „Und darüber freuen wir uns“, so Singer, „natürlich ganz besonders.“ Möglich wurde dies durch die Erweiterung und den Ausbau vorhandener Übungseinrichtungen.

In der Anlage kann, wie bei der Einweihung demonstriert wurde, der Einsatz im Ernstfall trainiert werden. Sie hat eine Ausdehnung von rund 6,50 mal 6 Meter. Der Einstieg in die Trümmerstrecke ist mit einer Mauer verschlossen, die ihre Festigkeit durch einen Spannrahmen aus U-Trägern und Gewindeschrauben erhält. Die Steine werden ohne Mörtel aufgeschichtet.

Der Trümmergang ist von oben mit Baustahlmatten abgedeckt, um der Lehrkraft die Beobachtung der Übenden zu ermöglichen.

Nach rund 2,50 Metern unterbricht eine von oben eingeschobene Holzwand, die mit entsprechendem Werkzeug durchtrennt werden soll, den Gang. Der rückwärtige Ausgang wird durch eine ebenfalls zu durchstehende Holzwand verschlossen.

Der Trümmergang ist teilweise durch eine Rutschfläche überdeckt, an der sich das Bergen von „Verletzten“ üben läßt.

Eine Beton-Stemmwand ermöglicht als Übungen das Überheben von „Verletzten“, das Durchstoßen der Wand und das Beseitigen von Trümmern. Der Brandübungsraum schließlich dient zum Ablöschen von Entstehungsbränden.



Ansicht der Übungseinrichtung: Brandübungshaus, Trümmergang und Rutschfläche. (Foto: Woltemath)

Quer durch Niedersachsen

Cuxhaven

Nach Gesprächen mit dem Schulleiter und der Schulaufsichtsbehörde des Landkreises Cuxhaven zeigte die BVS-Dienststelle Cuxhaven in Zusammenarbeit mit der fahrbaren Zivilschutzausstellung der Landesstelle Niedersachsen in der großen Eingangshalle der berufsbildenden Schulen der Stadt Cuxhaven die Ausstellung „Zivilschutz, mit dem Bürger – für den Bürger“.

Rege Aktivitäten entwickelten die jugendlichen Besucher an den insgesamt acht Ausstellungstagen. In Klassenformation mit Lehrkraft, in größeren und kleineren Gruppen während der Pausen, Freistunden oder auf dem

Weg zum oder vom Unterricht wurden die Informationen der BVS-Mitarbeiter aufgenommen und diskutiert.

Für viele Schüler ergab sich hier eine erste Berührung mit einem Thema, über das sie mehr erfahren wollten. Folgeveranstaltungen, in Absprache mit der Schulleitung auf bestimmte Unterrichtszeiten abgestimmt, werden dazu Gelegenheit geben.

.....

Nach zwanzigjähriger ehrenamtlicher Mitarbeit im BVS mit verschiedenen Funktionen beauftragt, schied der bisherige BVS-Bbeauftragte der Dienststelle Cuxhaven für den Landkreis Osterholz, Heiko Schröder, aus diesem Amt aus.

Dienststellenleiter Klaus Gissel bedankte sich bei dem auch weiterhin als Helfer im BVS täti-



BVS-Lehrer Josef Stute (vorn) begrüßt die Besucher der Schule (v.l.): Landesstellenleiter Peter Eykmann, MdB Bernd Wilz, MdB Joachim Kalisch, Direktor Helmut Schuch und MdB Wolfgang Zeitlmann; rechts Jochem Weck und Alexander Krapf.

gen Mitarbeiter und überreichte ihm die Ehrenurkunde des Verbandes.

Die Aufgabe des Beauftragten übernimmt Hans Oskar Thiel aus Schwanewede, der als Kontaktperson der Dienststelle Cuxhaven den Gemeinden, Behörden und Betrieben des Landkreises Osterholz beratend zur Verfügung stehen wird.

Nienburg

Idealismus, Einsatzfreude und Verantwortungsgefühl für die Mitbürger zeichnen die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Nienburg aus, erklärte Dienststellenleiter Klaus Bretz.

Klaus Bretz konnte drei verdiente Helfer auszeichnen. Heinrich Rust (Winzlar) erhielt eine Urkunde für 25jährige Tätigkeit, Paul Langner (Liebenau) eine Urkunde für 10jährige Mitarbeit. Ebenfalls geehrt wurde der BVS-Bbeauftragte für den Landkreis Schaumburg, Norbert Obertanner (Bückeburg).

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Körtlinghausen

Die Bundestagsabgeordneten Joachim Kalisch (CDU), Bernd Wilz (CDU) und Wolfgang Zeitlmann (CSU) besuchten die BVS-Schule Körtlinghausen, um sich über die Aufgaben und Ziele des BVS zu informieren. Die Politiker wurden von BVS-Direktor Helmut Schuch sowie Landesstellenleiter Peter Eykmann begrüßt.

Das besondere Interesse der Besucher galt der Arbeit der Schule, dem Lehrgangangebot sowie den Ausbildungsmöglichkeiten. Die Besucher nutzten neben einer Besichtigung der Einrichtungen die Gelegenheit, mit Lehrgangsteilnehmern Fragen zu erörtern.

Daß die BVS-Schule, insbesondere auch die Ausbildungs- und

Übungsmöglichkeiten den Beifall der Politiker fanden, bekundete Abgeordneter Kalisch. In einem Dankschreiben sprach er sich nachdrücklich für einen Ausbildungsrahmen, wie ihn Körtlinghausen biete, aus. Auch hielt er es für wichtig, daß Schulungen des BVS auch an Wochenenden stattfinden. Damit erhielten diejenigen Bürger Gelegenheit zur Aus- und Weiterbildung, die aus beruflichen Gründen keine andere Möglichkeit hätten.

Jülich

Dem Stadtdirektor von Jülich, Albert-Eduard Schröder, ist die BVS-Ehrendadel verliehen worden. Die Auszeichnung wurde dem Verwaltungschef wegen seiner Verdienste, die er sich im Selbstschutz erworben hat, verliehen.

Schröder nahm die Ehrendadel anlässlich eines Empfanges zur Vollendung seines 60. Lebensjahres aus der Hand von Verwaltungsamtsrat Wilfrid Marx entgegen, der den Leiter der BVS-Landesstelle vertrat.

Stadtdirektor Schröder fördert seit mehr als 15 Jahren den Selbstschutz in der Stadt Jülich, wobei er, wie in der Laudatio festgestellt wurde, den BVS in jeder erdenklichen Weise unterstützt. Bezeichnend für den hohen Stellenwert, den der BVS in Jülich einnimmt, ist die Tatsache, daß diese Stadt sich als eine der ersten Kommunen im Jahre 1981 am Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes beteiligte.

Mettmann

1986 haben rund 14 000 Bürger des Kreises Mettmann 269 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen des BVS besucht. Dies erklärte BVS-Dienststellenleiter Werner Hachen anlässlich einer Informationstagung zum Thema Selbstschutz, an der leitende Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie der Verwaltungen der Städte Ratingen, Mettmann und Heiligenhaus teilnahmen.

Kreissyndikus Dr. Schmieden hob in seiner Begrüßung die Wichtigkeit des Selbstschutzgedankens hervor und betonte, daß der Selbstschutz nicht nur für die Bevölkerung, sondern für Behör-

den und Betriebe von großer Bedeutung sei.

In ihren Beiträgen stellten Dienststellenleiter Hachen und sein Mitarbeiter Wolfgang Strube die Möglichkeiten der Unterstützung der Gemeinden bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes dar. Weiterhin erläuterten sie ausführlich, wie der BVS die Bürger über Notwendigkeit, Sinn und Zweck des Selbstschutzes anspricht und informiert.

Dem Bürger die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen für Notsituationen deutlicher vor Augen zu halten und ihn noch mehr zu aktivem Handeln, z. B. durch Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang, zu bewegen, dies sei, darin waren sich alle Teilnehmer einig, eine wichtige gemeinsame Aufgabe, die es zu intensivieren gelte.

Recklinghausen

Für die Ausbildungs- und Informationstätigkeit des BVS bedankte sich die Stadt Marl bei den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Recklinghausen.

Alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle wurden in die Feuerwache der Stadt eingeladen, wo sie sich über den Stand der Katastrophenschutzvorsorge informieren konnten. Vertreter der Stadt Marl stellten die planerischen, personellen und materiellen Vorsorgemaßnahmen vor.

Höhepunkt der Information war der Besuch eines ortsansässigen Chemiegroßkonzerns, der im Bereich des Katastrophenschutzes eng mit der Stadt Marl zusammenarbeitet. Die BVS-Mitarbeiter zeigten sich beeindruckt über die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Betrieb.

Euskirchen

Mit der Ausstellung „Zivilschutz, mit dem Bürger – für den Bürger“ war der BVS zweimal im Kreis Euskirchen präsent, und zwar im Kreishaus sowie in den berufsbildenden Schulen in Kall. Die Schirmherrschaft hatte dabei Landrat Josef Linden.

Bereits während der Eröffnung in den Räumen der Schule zeigten

die Schülerinnen und Schüler großes Interesse an dieser Präsentation. An den insgesamt fünf Einsatztagen machten sich 26 Klassen mit zusammen 450 jungen Leuten mit dem Zivilschutz vertraut. Und auch bei der anschließenden Präsentation im Kreishaus Euskirchen besuchten zahlreiche Schülerinnen und Schüler die Ausstellung.

Als Ergebnis der beiden Veranstaltungen registrierte der BVS mehr als 400 Interessenten für eine Selbstschutzausbildung. Fünf Selbstschutz-Grundlehrgänge wurden bereits im Dezember durchgeführt. Weitere Ausbildungsveranstaltungen sollen in den berufsbildenden Schulen in Kall angeboten werden.

Leverkusen

Gleich in zweierlei Hinsicht konnte sich die BVS-Dienststelle Leverkusen beim „Tag der offenen Tür“ im neuen Katastrophenschutzzentrum vorstellen. Neben einer Beratung an dem sehr gut besuchten Informationsstand auf dem Freigelände hatten die Besucher Gelegenheit, die Räumlichkeiten der Dienststelle zu besichtigen.

Betreut wurden sie dort von BVS-Mitarbeiterin Barbara Krenz, die Selbstschutzgeräte präsentierte und mit einer Fotoserie über die Ausbildungs- und Aufklärungstätigkeit der Dienststelle informierte.

„Die Arbeit hat sich gelohnt“, so Dienststellenleiter Jochem Weck, „ich hatte mit einem derartigen Zuspruch der Bürger nicht gerechnet“. Es war sicherlich nicht allein das gute Wetter, das den in Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk organisierten „Tag der offenen Tür“ zu einem vollen Erfolg werden ließ.

Oberhausen

Bei den „Duisburger Verkehrssicherheitstagen“ war der Sicherheitswettbewerb des BVS der Höhepunkt der Veranstaltung. Viele Bürger machten von dem Angebot Gebrauch, ihr Wissen auf den Gebieten des Selbstschutzes und der Ersten Hilfe zu testen.

Den Gewinnern des Wettbewerbs winkten am Ende zahlrei-

che wertvolle Preise. So konnte der Sieger als Preis einen einwöchigen Skiurlaub für zwei Personen in der Schweiz entgegennehmen.

Der BVS-Beauftragte für Duisburg, Werner Offergeld, ist mit der BVS-Ehrendadel ausgezeichnet worden. In einer kleinen Feierstunde würdigte Landesstellenleiter Peter Eykmann die Verdienste des Beauftragten, der seine Tätigkeit für den BVS 1963 begann.

Bereits 1966 wurde Offergeld zum Leiter der Ortsstelle Rumeln-Kaldenhausen berufen. 1972 übernahm er die Aufgabe des Fachbearbeiters und Fachlehrers in der Dienststelle Moers, um dann schließlich 1980 durch die für Duisburg zuständige Dienststelle Oberhausen als BVS-Beauftragter verpflichtet zu werden.

Düsseldorf

Einstimmig hat der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen den bisherigen Leiter der Abteilung V des Innenministeriums NW, Ministerialdirigent Hans Maier-Bode, zum neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz gewählt.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor verabschiedete den langjährigen Leiter der Abteilung Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und zivile Verteidigung in einer Feierstunde in Anwesenheit zahlreicher Ministerialbeamter sowie Vertreter von Katastrophenschutz- und Rettungsdienstorganisationen. Der Minister wies auf das außerordentliche Engagement des bisherigen Abteilungsleiters hin, das insbesondere von der Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Organisationen geprägt gewesen sei. Stets habe Maier-Bode sich dafür eingesetzt, den Hilfsorganisationen ausreichend Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit diese den freiwillig übernommenen Auftrag sachgerecht wahrnehmen konnten.

So habe sich der scheidende Abteilungsleiter insbesondere um eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz bemüht. Innenminister Dr. Schnoor wörtlich: „Sie

haben sich nachhaltig für den Erhalt der Körperschaft Bundesverband für den Selbstschutz eingesetzt und sich einer Umwandlung in eine nicht rechtsfähige Anstalt widersetzt. Seien Sie versichert, daß dies auch in Zukunft die Linie unseres Hauses bleiben wird.“

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykman dankte dem langjährigen Abteilungsleiter für eine stets vertrauensvolle, konstruktive und enge Zusammenarbeit. Ministerialdirigent Maier-Bode habe die

Notwendigkeit des Zivilschutzes offensiv in allen Gremien vertreten und die Öffentlichkeitsarbeit des BVS nachhaltig gefördert. Eykman: „Zu Ihrer einstimmigen Wahl zum Landesbeauftragten für den Datenschutz gratuliere ich Ihnen, für die partnerschaftliche Zusammenarbeit danke ich Ihnen. Ihr Ausscheiden aus dem Innenministerium bedauere ich außerordentlich.“

BVS-Landesstellenleiter Eykman (rechts) dankte Ministerialdirigent Maier-Bode für die gute Zusammenarbeit. (Foto: Goll)



Paderborn

Sicherheitswettbewerbe sind ein hervorragendes Mittel, die Öffentlichkeit über die Arbeit des BVS zu informieren und zum Erlernen der richtigen Hilfeleistung zu motivieren. Die Dienststelle Paderborn, für die Sicherheitswettbewerbe zum festen Bestandteil des jährlichen Programms gehören, hat jedenfalls beste Erfahrungen gemacht.

Der Erfolg zeigt sich bei einem Rückblick auf die Arbeit im Jahr 1987. So haben sich an fünf Veranstaltungen dieser Art, die von anderen Hilfsorganisationen mitgetragen wurden, 677 Personen beteiligt; die Übungen an den zusammen 44 Stationen wurden von fast 6 000 Zuschauern beobachtet.

Olpe

Die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen der Stadt Olpe stellten sich beim „Tag des Katastrophenschutzes“ der Öffentlichkeit vor. Viele Bürger nutzten die Gelegenheit, Ausstattung, Ausrüstung und Einsatzfahrzeuge der Hilfsorganisationen aus der Nähe zu betrachten. Darüber hinaus gab es ein buntes Rahmenprogramm, wobei die Landung des Rettungshubschrau-

bers „Christoph 25“ aus Siegen einen Höhepunkt darstellte.

Als besonders attraktiv erwies sich der von der BVS-Dienststelle Olpe organisierte Sicherheitswettbewerb, der als gemeinsame Veranstaltung der mitwirkenden Organisationen an zehn Stationen abließ. Die Schirmherrschaft hatte Stadtdirektor Dr. Elbers übernommen. Er zeigte sich erstaunt über die Zahl von 60 Bürgern, die sich freiwillig diesem Test unterzogen hatten und zeichnete die Bestplatzierten mit Sach- und Ehrenpreisen aus.



Stadtdirektor Dr. Elbers (rechts), Schirmherr des Sicherheitswettbewerbes, läßt sich über den Verlauf unterrichten und zeigt sich erfreut über die gute Resonanz. (Foto: Spilker)



Blick in einen von drei Kontrollräumen des europäischen Weltraumoperations-Zentrums in Darmstadt.

Hessenspiegel

Friedberg

Richtig helfen will gelernt sein – das wissen die Mitglieder des betrieblichen Katastrophenschutzes der Oberhessischen Versorgungsbetriebe (OVAG) in Friedberg nur zu gut, die sich im November 1987 wieder zu einer Schulungsveranstaltung im Wasserwerk Inheiden eingefunden hatten.

Zu Beginn der Veranstaltung wies Prokurist Artur Michel darauf hin, daß Arbeitssicherheit und Unfallverhütung einen hohen Stellenwert haben. Ein anschließendes Referat befaßte sich mit Erste-Hilfe-Maßnahmen. Im weiteren Verlauf der Schulung folgten Informationen über Rettungs- und Transportgriffe.

Am Nachmittag konnten die theoretischen Kenntnisse in die Praxis umgesetzt werden. In einer Halle des Wasserwerkes war ein Schadensobjekt dargestellt worden, aus dem drei „Ver-

letzte“ versorgt und geborgen werden mußten.

BVS-Dienststellenleiter Aloys Wagner überzeugte sich während der Übung von den Fachkenntnissen der Kräfte des betrieblichen Katastrophenschutzes.

Darmstadt

Darmstadt ist Sitz des europäischen Weltraumoperations-Zentrums (ESOC), fast 500 Wissenschaftler und Techniker arbeiten hier. In Darmstadt kommen die Daten des europäischen Wetter-satelliten Meteo-Sat an, außerdem werden von hier aus auch die Nachrichten- und Navigations-satelliten für Seeschiffe über Atlantik und Pazifik in ihren Bahnen gehalten und kontrolliert.

Zum Aufbau des Katastrophenschutzes dieser multinationalen Organisation wurde die BVS-Dienststelle Darmstadt um Unterstützung gebeten. Zunächst haben 369 Mitarbeiter an Informationsveranstaltungen teilgenommen, 30 Mitarbeiter sind zwischenzeitlich theoretisch und praktisch im Brandschutz ausgebildet worden. Für 1988 sind weitere Lehrgänge vereinbart.

In der BVS-Dienststelle Darmstadt wurden drei ehrenamtliche Mitarbeiter für ihre 30jährige Tätigkeit im BVS geehrt.

Oskar Schneider, Selbstschutz-Berater der Stadt Darmstadt, steht der Dienststelle nach wie vor zur Betreuung von Ausstellungen zur Verfügung.

Hans Mohr, seit 1959 Schutzraum-Berater, steht für die Dienststelle Darmstadt auch heute noch zur Bauberatung bereit.

Horst Dannhauser, langjähriger Ausbildungsleiter der Dienststelle Darmstadt, war bis 1985 BVS-Beauftragter für die Stadt Griesheim.

In der gut besuchten Jahresabschlussveranstaltung der Dienststelle dankte Stadtverordneter Helmut Schlicker den ehrenamtlichen Mitarbeitern im Namen der Bürger der Stadt. Der Helfervertreter der Landesstelle Hessen und stellvertretende Bundeshelfervertreter Peter Breitmeier überbrachte die Anerkennung der Helferschaft.

Ortenberg

Bürger zum aktiven Selbstschutz bewegen – unter diesem Leitsatz stellte die BVS-Dienststelle Friedberg der Bevölkerung der Stadt Ortenberg eine Ausstellung zum Thema Zivil- und Selbstschutz vor.

Zur Eröffnungsveranstaltung im Foyer des Alten Rathauses konnte Dienststellenleiter Aloys Wagner zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und den Katastrophenschutz-Organisationen begrüßen.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz

Zu einer Informationsveranstaltung „Zivilschutz – Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers im Rahmen des Zivilschutzes“ hatte der Ortsverband Güls des deutschen Hausfrauenbundes Mitglieder und deren Familienangehörige geladen. Die ehrenamtliche BVS-Mitarbeiterin Else Grosch erläuterte als Referentin der Veranstaltung den Zivilschutz und stellte den zur Vorsorge und Gefahrenabwehr aufgebauten Rettungsdienst, den Katastrophenschutz und Zivilschutz als einheitliches System der staatlichen Hilfe für alle Notfälle, sowohl im Frieden als auch im Verteidigungsfall, vor.

Inhalt und Lernziele des Selbstschutz-Grundlehrgangs erläuterte anschließend die Facharbeiterin der BVS-Dienststelle Koblenz, Anna Schneider. Sie ergänzte ihre Ausführungen durch praktische Vorführungen aus dem Brandschutz, wie das Ersticken



Ehrung für 30 Jahre BVS (von rechts): Stadtrat Helmut Schlicker, Hans Mohr, Horst Dannhauser, Oskar Schneider, Helfervertreter der Landesstelle Hessen Peter Breitmeier, Dienststellenleiter Willy Roth.

von in Brand geratener Kleidung sowie das Löschen eines Flüssigkeitsbrandes mit dem Feuerlöscher.

In ihren Worten des Dankes an die beiden Referentinnen konnte die Vorsitzende des DHB Güls, Evi Sauerborn, mit Befriedigung feststellen, daß die Veranstaltung einem großen Informationsbedürfnis in Sachen Zivil- und Selbstschutz abgeholfen habe.

.....

Der Leiter des Jugenddorfes Wissen, Wieland, hatte den Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz, Neuland, um ein Grußwort zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Jugenddorfes gebeten. Die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Jugenddorf und der BVS-Dienststelle sollte während der Feierstunde den Gästen vorgestellt werden.

Zweimal jährlich führen die Mitarbeiter der Dienststelle in Wissen einen einwöchigen Lehrgang durch, um die Schüler im Selbstschutz auszubilden. Nicht nur Informationen über Gefahren, die sich aus Notsituationen ergeben, sondern auch die Anleitung zur praktischen Hilfe wurde in den vielen Jahren von den Bewohnern des Jugenddorfes dankbar angenommen.

Nach der Festveranstaltung wurden zahlreiche Gespräche geführt. Eine Reihe von Ehrengästen stellte Fragen zum Selbstschutz und den Aufgaben des BVS sowie zum Ausbildungsangebot.

Ludwigshafen

Unter der Schirmherrschaft der Stadtverwaltung Speyer wurde eine Veranstaltung auf dem Festplatz durchgeführt, an der alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen teilnahmen.

Die Hilfsorganisationen hatten u. a. zwei Großübungen vorbereitet, um den Besuchern ihre Einsatzmöglichkeiten zu demonstrieren.

Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Dr. Bernhard Vogel, besuchte die Veranstaltung und informierte sich über den technischen Stand der Hilfsorganisationen.

Im Rahmen der Veranstaltung zeigte der BVS u. a. das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke. Hier fanden sich viele interessierte Besucher ein.

Mainz

Wie jedes Jahr wurden auch 1987 die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Mainz von der Stadt in das Rathaus eingeladen. In Vertretung des Bürgermeisters bedankte sich der Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz, Prof. Kurt Dörr, bei den Anwesenden für die geleistete Arbeit im Dienste der Bürger. Hervorgehoben wurde insbesondere die gute und effektive Zusammenarbeit zwischen der Stadt Mainz und dem BVS. Der Leiter des Zivilschutz-

amtes, Jürgen Franz, schloß sich im Namen seiner Mitarbeiter dieser Würdigung an.

Die Einladung durch die Stadt wurde auch dazu genutzt, um die ehrenamtlichen Mitarbeiter Hans Herden, Willi Korch und Karl-Heinz Mumm für 15jährige Tätigkeit im BVS zu ehren. Der Leiter der Landesstelle Rheinland-Pfalz, Hans-Dieter Awiszus, bedankte sich bei ihnen für die sehr große Einsatzbereitschaft, mit der sie die Arbeit der Dienststellen wirkungsvoll unterstützen.

Die Geehrten erhielten aus der Hand des Landesstellenleiters Dankurkunden und Prof. Dörr überreichte ein Geschenk der Stadt Mainz.

Lahnstein

Der BVS beteiligte sich am „Lahnsteiner Schaufenster“, einer aktuellen Verkaufs- und Informationsausstellung, mit einem Info-Stand und dem Filmwagen. Neben den Filmspots demonstrierten die BVS-Mitarbeiter auch praktische Beispiele aus der Selbstschutzausbildung.

Besonders großen Anklang fand das Ablöschen brennender Kleidung mit Hilfe einer Decke.

Südwest aktuell

Grenzach-Wyhlen

Die BVS-Dienststelle Freiburg führte im November 1987 in der Bärenfelsschule in Grenzach-Wyhlen einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. In einem selbstverfaßten Beitrag für das gemeindeeigene Informationsblatt taten die Schülerinnen und Schüler danach ihre Meinung über den Lehrgang kund:

„Vergangenen Montag und Dienstag wurden wir, die 9. Klasse der Bärenfelsschule, über Selbstschutzmaßnahmen im Katastrophenschutz- und Verteidigungsfall aufgeklärt.“

Herr Rolf Fringer von der Freiburger Dienststelle des BVS stellte sich dafür zur Verfügung. Anhand von Filmen, Vorträgen und in praktischen Übungen lernten wir das richtige Verhalten im Ernstfall. Wir übten das Retten,

Schwäbisch-Hall

Bergen, Transportieren und Versorgen von Verletzten. Außerdem erfahren wir, welche lebensrettenden Sofortmaßnahmen wir bei einem Schock, bei Bewußtlosigkeit, bei starken Blutungen, bei Knochenbrüchen und bei Brandwunden durchführen müssen. Nach ausführlichem Erklären und Demonstrieren der entsprechenden Maßnahmen durfte jeder Schüler diese selber ausprobieren. Zum ersten Mal sahen wir die Schutzräume in unserer Schule. Herr Fringer erklärte uns bei dieser Gelegenheit deren Funktionsweise.

Zum Schluß des Lehrganges lernten wir in der Praxis das Löschen eines Feuers mit Hilfe von Feuerlöschern. An einer brennenden Puppe übten wir schließlich das Ersticken von Flammen mit Hilfe einer Decke. Der Lehrgang war für uns alle sehr interessant, machte er uns doch bewußt, wie wichtig Selbstschutz im Katastrophen- und Verteidigungsfall sein kann und wie entscheidend das Wissen, wie man sich selbst helfen kann, ist.

Silvana Di Sevo, Sabine Dockhorn, Claudia Kramer, Marianne Sciascia, Jasmin Saum"

Waldshut/Lörrach

Die Teilnehmer am ersten Fortbildungslehrgang für Selbstschutzberater im Landkreis Waldshut/Lörrach haben erkannt, daß es im täglichen Lebensablauf durch Technik, Industrie und Natur immer wieder Gefahren gibt, mit denen die Betroffenen nicht alleine fertig werden, weil sie nicht darauf vorbereitet sind. Deshalb braucht die Bevölkerung fachlichen Rat und Auskunft in Selbstschutzfragen vor Ort.

Um diesem Manko abzuweichen, möchten die Selbstschutzberater regelmäßige Sprechstunden in der Gemeinde abhalten und erwarten andererseits eine kontinuierliche Weiterbildung und ihre Einbindung in das Gefahrenabwehrkonzept ihrer Gemeinden. Die Selbstschutzberater sehen in ihrer Tätigkeit – anderen mit Rat und Hilfe beizustehen – eine humanitäre Aufgabe, die sie im Auftrag ihrer Gemeinde gerne leisten.

Die BVS-Dienststelle Schwäbisch-Hall sowie die Gesellschaft für Wehrkunde, Sektion Hohenlohe, unternahmen eine Informations- und Besichtigungsfahrt zum Thema „Der Zivilschutz in der Schweiz“.

Es konnten in Aarau (Schweiz) nicht nur verschiedene Zivilschutzanlagen und öffentliche Sammelschutzräume, sondern auch private Personenschutzräume besichtigt werden. Daneben gab es Informationen zum Zivilschutz im Kanton Aarau und in der 14 000 Einwohner zählenden Stadt Aarau.

In Aarau war die Zivilschutzanlage „Zelgli“ das Hauptziel. Nach einem Referat von Kanton-Ausbildungschef Martin Widmer folgte eine Besichtigung des Kommandopostens mit einer Sanitätshilfsstelle, ausgerichtet für rund 180 Verletzte.

Ein weiteres Referat mit anschließender Diskussion gab es mit dem „Ortschef“ Willy Furrer, der speziell auf den Zivilschutz in der Stadt Aarau einging. Er führte anschließend in den öffentlichen Sammelschutzraum für rund 400 Personen, dann in einen privaten Personenschutzraum und schließlich in den Sammelschutzraum „Kasinopark“, wo im Ernstfall rund 2 500 Personen Schutz finden könnten. In Friedenszeiten wird diese Anlage als Tiefgarage genützt.

Daß in der Schweiz jeder männliche Einwohner zwischen dem 20. und 60. Lebensjahr im Zivilschutz seinen regelmäßigen Dienst abzuleisten hat und jährlich an ausgedehnten Übungen teilzunehmen hat, war sicher für viele Besucher eine Überraschung.



Aufmerksam werden die Ausführungen des Referenten verfolgt.

(Foto: Grab)



Bürgermeister Spitzmüller (2. v. r.) und BVS-Dienststellenleiter Riebauer (rechts) bei der Siegerehrung. (Foto: Wolf)

Ulm

Anläßlich der Gesundheitstage 1987 stand die Gemeinde Allmendingen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. 17 000 gesundheitsbewußte Besucher informierten sich bei den einzelnen Veranstaltungen und vor allem in der Mehrzweckhalle.

Auch die BVS-Dienststelle Ulm beteiligte sich wieder mit einem Informationsstand in der Halle. Am Infostand konnten sich die

Besucher über Lebensmittelversorgung informieren. Der „Renner“ war dabei eindeutig der Computer, der förmlich belagert wurde.

Eine weitere Attraktion war der am Sonntag vor der Halle stattfindende Sicherheitswettbewerb. Zahlreiche Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr, ihr Wissen an den neun Stationen zu überprüfen, und 6 000 Zuschauer dokumentierten ihr Interesse an der Veranstaltung.

Bayern heute

München

Mit rund 500 000 Besuchern, darunter Interessenten aus 30 Ländern, und ca. 500 Ausstellern ist das Bayerische Zentrallandwirtschaftsfest die größte aller deutschen Landwirtschaftsausstellungen.

An der durch den bayerischen Ministerpräsidenten, Franz Josef Strauß, und den Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Senator Gustav Sühler, eröffneten Landwirtschaftsschau betei-

ligte sich auch der BVS mit der Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“.

Zahlreiche Besucher nutzten das Angebot des BVS, sich über Zivil- und Selbstschutz zu informieren.

Ein Erfolg sind auch die vielen Anmeldungen zu Selbstschutz-Grundlehrgängen und den BVS-Informationsveranstaltungen.

„Wir wollen nun Nägel mit Köpfen machen und unsere Mitarbeiter optimal ausbilden.“ So formulierte die Geschäftsleitung eines Münchener Hotels ihre Bitte, 26 Angestellte des Hauses im „Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutz“ zu unterrichten.

Sehr interessiert folgten die Lehrgangsteilnehmer in zwei achtstündigen Ausbildungsveranstaltungen den Ausführungen der BVS-Lehrkräfte Popp und Neuenfeldt zu den Grundlagen des Brandschutzes und der theoretischen Unterweisung in der Handhabung der Kleinlöschgeräte. Danach ging es in die Praxis, um das Erlernte in die Tat umzusetzen.

Mit großem Eifer wurden brennende Flüssigkeiten mit Handfeuerlöschern bekämpft und der Umgang mit der Einstellspritze geübt. Anschließend wurde

das Ablöschen brennender Kleidung gezeigt und jeder Teilnehmer hatte Gelegenheit, diese Maßnahme der Menschenrettung selbst durchzuführen.

Die Ehefrau des Hoteldirektors, die sehr engagiert an der Ausbildung teilnahm, sagte zum Abschluß: „Die Mitarbeiter des Hotels haben damit sicherlich

wichtige Informationen und praktische Erfahrung erhalten, um im Brandfall richtig zu handeln und Panikreaktionen in den Griff zu bekommen.“



◀ Auch die praktische Handhabung von Kleinlöschgeräten wurde den Lehrgangsteilnehmern nahegebracht.

Treuchtlingen

Mit dem „Tag des Katastrophenschutzes“ und einem Sicherheitswettbewerb wurde die Selbstschutzwoche 1987 in Treuchtlingen beendet. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt Treuchtlingen hat die BVS-Dienststelle Ansbach 31 Veranstaltungen, angefangen von Straßenaktionen über Schaufensterwerbungen, bis zu Selbstschutz-Grundlehrgängen sowie Pressegesprächen durchgeführt. 184 Bürger haben sich persönlich über Schutzraumbau und Selbstschutz beraten lassen. Mit der Aktion „Wartezimmer“ wurden 14 Monate lang alle Ärzte und Apotheken mit dem „Zivilschutz-Magazin“ versorgt.

Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Wolfgang Herrmann wurde der „Tag des Katastrophenschutzes“ auf dem Festplatz eröffnet. „Der Zivil- und Katastrophenschutz hat mehr politische Aufmerksamkeit verdient“, sagte der Bürgermeister in seiner Eröffnungsansprache. „Spätestens die Unglücke von Tschernobyl und Sandoz haben uns gelehrt, daß großflächige Gefährdungslagen auch in Friedenszeiten entstehen können.“ Über die Bedeutung des Zivilschutzes sprach auch Dienststellenleiter Dietmar Peter.

Neben Vorführungen der Hilfsorganisationen wurde der Sicherheitswettbewerb mit 16 Teilnehmern innerhalb des Stadtkernes durchgeführt. Die Siegerehrung nahmen Landrat Dr. Karl Friedrich Zink und Bürgermeister Wolfgang Herrmann mit Facharbeiter Weiß vor.



Landrat Dr. Karl Friedrich Zink und die drei „Erstplatzierten“ sowie Bürgermeister Wolfgang Herrmann und Dienststellenleiter Dietmar Peter (v. l.).

Nürnberg

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurde im Rahmen der Jahresabschlußveranstaltung der BVS-Dienststelle Nürnberg der neue Dienststellenleiter Erhard Hosemann offiziell in sein Amt eingeführt. In seiner Laudatio erinnerte Landesstellenleiter Günther Kopsieker an die zahlreichen Stationen im Leben von Hosemann.

Für seine neue Aufgabe hat er in den verschiedenen Tätigkeiten seines bisherigen BVS-Werde-

gangs umfassende Erfahrungen sammeln können. 1966 fing er bei der Landesstelle Bayern in München an und war dann anschließend in Landshut, Nürnberg, Fürth, Erlangen und wieder in Nürnberg für den BVS tätig.

Landesstellenleiter Kopsieker, Landes Helfervertreter Peter Rockrohr sowie eine Reihe von Ehrengästen sagten dem neuen Dienststellenleiter ihre Unterstützung zu und wünschten viel Erfolg und eine glückliche Hand bei der Erfüllung der vor ihm liegenden Aufgaben.



Bei der Amtseinführung (v.l.): Dienststellenleiter Erhard Hosemann und Landesstellenleiter Günther Kopsieker. (Foto: Guttenberger)

Nachruf

Am 19. Dezember 1987 verstarb im Alter von 70 Jahren der ehemalige hauptamtliche Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Würzburg,

Richard Merkle

nach langer, schwerer Krankheit.

Merkle hatte verschiedene Aufgaben im BVS wahrgenommen. So war er u. a. Ausbilder an der BVS-Landesesschule in Tutzing und später Fachbearbeiter der Dienststelle Würzburg.

Durch sein kollegiales, kameradschaftliches Verhalten und seine humorvolle Art war er nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei den Behörden, Verwaltungen und Institutionen geachtet und beliebt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Würzburg trauern um einen beliebten Kollegen, dem sie ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Höchberg

Zu einer Info-Tagung der BVS-Dienststelle Würzburg trafen sich 83 Ortsbäuerinnen aus dem Landkreis Würzburg. Kreisbäuerin Elisabeth Bauer, Bayer. Bauernverband, stellte die BVS-Mitarbeiter Adam Pfister und Othmar Mahler als Referenten vor.

In seinem Vortrag stellte Othmar Mahler besonders die Gefahren des Alltages heraus und zeigte anhand von Beispielen die Notwendigkeit des Selbstschutzes auf.

Große Beachtung fanden auch die praktischen Vorführungen mit Feuerlöschern, Einstellspritze und das Ablöschen brennender Kleidung.

Kleines Museum gibt Einblick in die Geschichte des THW

Ein Blick zurück

Engagierter THW-Helfer im Ortsverband Leverkusen sammelt Requisiten vergangener Zeiten

Oft ist es als erstes ein längst ausgedientes, altes Requisite, das sich irgendwo findet und an die Vergangenheit erinnert. Dann kommt der Gedanke: „Eigentlich könntest du ja versuchen, noch mehr Altertümchen zu kriegen.“ Der Ehrgeiz ist geweckt, die Suche beginnt, und mit etwas Glück wird aus Einzelstücken eine Sammlung.

So war es auch bei Paul Becker, Helfersprecher und Hausmeister des THW-Ortsverbandes Leverkusen. Er begann vor Jahren, Uniformen, Mützen, Abzeichen und technisches Gerät aus dem Bereich des THW und weiterer Hilfsorganisationen zusammenzutragen. Wie das so ist mit Sammelleidenschaften, man hängt sich voll rein, spricht mit vielen Freunden, Kollegen und Bekannten, „nervt“ sie mit den Fragen: „Hast Du nicht ...?“ – „Kannst Du nicht ...?“ – und hofft, etwas zu ergattern. Beharrlichkeit wird oft belohnt, und so brachte es auch Becker durch diese Tugend zu einer ansehnlichen Zahl von Requisiten vergangener Zeiten.

Bald waren die Räumlichkeiten im eigenen Zuhause zu klein, auch drängten die „Schätze“ ans Licht. Was ist schon eine Sammlung, wenn keiner weiß, was da im Verborgenen blüht. Der Ortsverband zeigte Einsehen und überließ dem engagierten Sammler einen Raum, in dem Becker seine Exponate einem größeren Kreis interessierter Helfer präsentieren konnte.

Seit rund einem halben Jahr hat nun jedermann Gelegenheit, anhand der vielen Ausstellungsstücke einen Blick rückwärts zu tun. An den Wänden des kleinen Museums hängen alte Uniformen, Arbeitskleidung, Geräterucksäcke, eine ausgemusterte Schwimmhose – alles aus den 50er und 60er Jahren. Ein ganzes Regal ist gefüllt mit Kopfbedeckungen und Schutzhelmen der

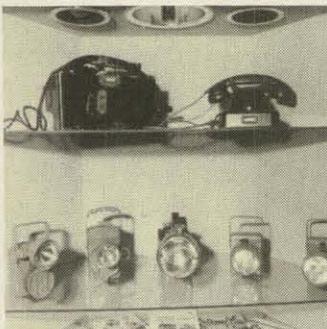
verschiedenen Hilfsorganisationen. Präsentiert werden auch Ehrenzeichen, Anstecknadeln und Abzeichen.

Zu den technischen Raritäten zählen eine Zwei-Mann-Motorsäge, die erste Ein-Mann-Motorsäge des THW, eine Schmutzwasserpumpe und viele alte Werkzeuge. Auch Handlampen, Kopfleuchten und ein Feldtelefon sind zu sehen. Daneben stellt Becker von ihm selbst gebastelte Schadenselemente aus, in denen die Arbeit der einzelnen THW-Dienste dargestellt wird. Einige Sammelstücke finden sich auch an den Flurwänden und tragen so zur Verschönerung der Unterkunft bei.

Beckers Wunsch ist es, die Sammlung zu mehren. „Eine Tauschbörse wäre das Richtige“, meint er. Interessenten wenden sich an: Paul Becker, THW-OV Leverkusen, Schlangenhecke 3, 5090 Leverkusen 3.



Liebevoll gepflegt werden die einzelnen Ausstellungsstücke von Paul Becker. (Fotos: Sers)



Ein altes Feldtelefon sowie Hand- und Kopfleuchten.



Viele Jahre dauerte es, bis der Sammler die verschiedenen Kopfbedeckungen zusammengetragen hatte.



Dicht gedrängt hängen an den Wänden alte Uniformen und Ausstattungsgegenstände des THW.



THW-Arbeitskreis 3 tagte

Hamburg. Unter der Leitung von Referatsleiter Eugen Duzelt tagte kürzlich der Arbeitskreis 3 in Hamburg. Die Tagung wurde in der neuen THW-Landesverbandsdienststelle durchgeführt. Neben einem umfangreichen Programm informierten sich die Mitglieder bei einer Hafensrundfahrt über die Hochwasserschutzanlagen der Hansestadt. Ein Gespräch mit Führungskräften des THW Hamburg ließ Meinungen der Helferschaft in die Beratungen einfließen. A. K.

Übungen für gemischte Bereitschaften

Hamburg. An drei Katastrophenschutz-Übungen, die als Probelauf für den Einsatz einer gemischten Führungsgruppe Bereitschaft dienen sollten, nahm auch das THW Hamburg mit verschiedenen Einheiten und Teileinheiten teil. Je ein Bergungszug mit WI-Ausstattung hatte den Auftrag, zusammen mit Brandschutz- und Sanitätseinheiten nach einer Gasexplosion eine große Anzahl „Verletzter“ aus zum Teil verträmmerten Gebäuden zu bergen.

Mit Hilfe des Schlauchbootes der WI-Ausstattung mußten in einem angrenzenden Kanal „Verletzte“ von einem Ponton unter schwierigen Bedingungen geborgen werden. Schiedsrichter des THW Hamburg werteten die Leistungen der Bergungszüge und der Freiwilligen Feuerwehr.

In der Übungsleitung und der Führungsgruppe Bereitschaft waren bei allen drei Übungen Führungskräfte des THW Hamburg vertreten. Für 1988 sind bereits vier Übungen, bei denen auch der Instandsetzungsdienst mit eingebunden wird, fest terminiert. A. K.



Unter fachmännischer Leitung erfolgt die Vorbereitung zur Sprengung.

(Foto: Krüger)

THW vernebelt Elbtunnel

Hamburg. „Brennendes Fahrzeug im Elbtunnel, Tunnelröhre stark verqualmt, Feuerwehr kann nur unter großen Schwierigkeiten zum Einsatzort.“ Das war die Ausgangslage für eine Übung des THW Hamburg, der Feuerwehr, der Bundeswehr und der Baubehörde der Hansestadt. Durch Sprengberechtigte des THW wurde die gesperrte Weströhre vernebelt.

Im letzten Übungsteil wurde durch die Bundeswehr ein Schützenpanzer mit einem Wärmebildsichtgerät eingesetzt, der auch bei der starken Verqualmung durch den Tunnel fahren konnte. Die Baubehörde prüft nach dem erfolgreichen Einsatz die Beschaffung eines solchen Sichtgerätes.

Ein großes Aufgebot von Journalisten war bei der Übung zugegen und berichtete ausführlich im Rundfunk und Fernsehen darüber. A. K.

Sicherheits-Roboter getestet

Hamburg. Auf dem Gelände des Bezirksverbands Hamburg-Mitte wurde von einer Entwicklungsfirma Vertretern des Landesverbandes, an der Spitze LB Günter Trautvetter, der Prototyp eines Roboters vorgestellt. Der Roboter wurde mit Mitteln des Forschungsministeriums für den Einsatz bei Sicherheits- und Kata-

strophendiensten entwickelt. Da es sich hier um einen Prototyp handelt, sollten die Möglichkeiten für Einsätze im Katastrophenschutz ausgelotet werden.

Unter anderem ist das Gerät mit einer auf 4 Meter Höhe ausfahrbaren Fernsehkamera, einem Feuerlöschsystem und einer automatischen Temperaturmeßeinrichtung ausgestattet. Die Konstrukteure nahmen dankbar Anregungen der THW-Fachleute, wie z.B. zu Geländegängigkeit oder Sensoren für Geräusche bei Verschüttungen auf. A. K.

Jährliche Atemschutzübung für 42 Helfer

Hamburg. Unter Aufsicht des Atemschutzausbilders Remeyn vom Bezirksverband Hamburg-Altona wurden 42 Atemschutzgeräteträger bei der jährlichen Übung der Atemschutzgeräteträger auf dem BVS-Übungsplatz geschult.

Das DRK Hamburg stellte die „Verletzten“. Nach einer Einweisung und Überprüfung der Atemschutzgeräte wurden die Trupps in verqualmten Kriechgängen eingesetzt, um unter Atemschutz die „Verletzten“ zu bergen. Die nachfolgende Erste Hilfe wurde vom Sanitätsdienst übernommen.

Danach mußten die Atemschutzgeräteträger in einem Trümmerhaus mehrere versperrte Räume öffnen, um an die dahinterliegenden „Verletzten“ zu gelangen. Abschlußbesprechung und Auswertung beendeten die Atemschutzübung. A. K.

Jährliches Belehrungssprengen

Winsen. Alle Sprengberechtigten wurden auf dem Übungsplatz des Bundesgrenzschutzes in Winsen beim jährlich vorgeschriebenen Belehrungssprengen geschult. Unter der Leitung der „verantwortlichen Person“ des THW Hamburg, wurden nach einer theoretischen Schulung praktische Sprengarbeiten durchgeführt.

Der Sprengberechtigte des Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf, J. Walter, hatte verschiedene Stationen für Holz-, Metall- und Gesteinsprengung vorbereitet. Durch den BGS erfolgte eine praktische Unterweisung in der Handhabung verschiedener Sprengstoffe. An der Übung nahm auch der Abteilungsleiter des zuständigen Amtes für Arbeitsschutz (Gewerbeaufsicht) teil.

A. K.

Ausbildung der Elektro-Gruppen

Hamburg. Erstmals wurde bei den Hamburger Electricitätswerken mit den E-Gruppen des LV Hamburg der Bau einer 110-kV-Leitung geübt. Die Leitung wird von den HEW für Katastrophenfälle bei Ausfall von Überlandleitungen verwendet. Durch eine andere Bauweise kann auch eine 380-kV-Leitung errichtet werden.

Nach einer theoretischen Einweisung in die Stromversorgung in Hamburg wurde bei einer praktischen Übung der Zusammenbau und das Aufrichten der Masten und Portale geübt. Beim ersten Mal war noch die fachkundige Unterstützung von Ingenieuren der HEW erforderlich. Im neuen Jahr werden zwei Masten für jeweils vier Wochen den E-Gruppen zum Üben überlassen, um den Aufbau noch schneller bewerkstelligen zu können. Für die Zukunft ist geplant, daß die Aufgabe im Katastrophenfall vom THW Hamburg übernommen wird. A. K.



Dank und Anerkennung für fünfzigjähriges Mitwirken im Katastrophenschutz

Hannover. Ein besonderes Dank- und Anerkennungsschreiben des Direktors THW, verbunden mit Verleihung der THW-Plakette, die durch Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Ralph Dunger, übergeben wurde, erhielt dessen Vorgänger im Amt und jetzige Kreisbeauftragte für den Landkreis Hameln-Pyrmont, Friedrich Lubach, am 19. Dezember 1987, bei der Jahresabschlussfeier des Ortsverbandes Hameln:

„Sehr geehrter Herr Lubach, das Jahr 1987 beinhaltet für Sie, bewußt oder unbewußt, drei Jubiläumsdaten im Hinblick auf Ihr langjähriges Engagement im Katastrophen- und Zivilschutz, speziell aber im Technischen Hilfswerk, die ich mit diesem Schreiben in Erinnerung rufen möchte, sie sollen gleichzeitig aber auch die verdiente Würdigung erfahren:

Vor fünfzig Jahren, am 1. Oktober 1937, traten Sie als Siebzehnjähriger und damit jüngster Helfer in den motorisierten Bergungszug „Widukind“ der Technischen Nothilfe (TN), Ortsgruppe Hannover, ein. Bei den ersten Luftangriffen 1939/40 auf Hannover waren Sie als Führer einer TN-Studentenbereitschaft im Einsatz, bevor Sie anschließend trotz

Reklamation durch die TN zur Wehrmacht eingezogen wurden.

Am 1.4. 1952, vor nunmehr 32 Jahren, kamen Sie als ehrenamtlicher Helfer zum THW, wo Sie im soeben gegründeten Landesverband Niedersachsen am 18. August 1952 als technischer Sachbearbeiter übernommen wurden. Ihre Leistungen in dreißigjähriger Mitarbeit aufzuführen, würde Seiten füllen. So sei zusammenfassend gesagt, daß Sie in dieser Zeit ein maßgebliches Stück THW-Geschichte bei Einsätzen und in der Ausbildung mitgeschrieben haben.

Trotz Schwerbehinderung übernahmen Sie nach Ihrem Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand vor fünf Jahren das Ehrenamt eines Kreisbeauftragten für den Landkreis Hameln-Pyrmont, wobei Sie sich großer Wertschätzung sowohl im Ortsverband Hameln als auch im Stabe des Hauptverwaltungsbeamten erfreuen. Selbstverständlich sind Sie auch heute noch gern gesehener Gast und Ansprechpartner beim THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen und seinen Mitarbeitern.

Lieber Kamerad Lubach, ich danke Ihnen herzlich für Ihr fünfzigjähriges, vorbildliches Wirken im Dienst am Nächsten und spreche Ihnen für die bis heute bewiesene Einsatz- und Leistungsbereitschaft meinen außerordentlichen Dank und meine hohe Anerkennung aus.

Mit den besten Grüßen an Ihre verehrte Frau Gemahlin und einem herzlichen Glückauf für 1988 verbleibe ich

Ihr
gez. Gerd Jürgen Henkel
Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ R. B.

Friedrich Lubach bei der Ernennung zum „Ehrenzugführer“ des Fernmeldezuges Lehrte.
(Foto: Bormann)



Informationsveranstaltungen zum Jahresende

Hannover. Zur verbesserten Information seiner wichtigsten ehren- und hauptamtlichen Funktionsträger führte der Landesbeauftragte für Niedersachsen in den Monaten November und Dezember 1987 eine Reihe von Ganztags- oder Wochenendveranstaltungen durch, die bei den über 200 Beteiligten durchweg auf eine positive Resonanz gestoßen sind.

Jeweils rund 50 ehrenamtliche Führungskräfte, begleitet von ihren betreuenden Geschäftsführern, trafen Ende Oktober und Anfang November in den neuen Unterkünften der THW-Ortsverbände Braunschweig und Oldenburg zusammen, um vom Landesbeauftragten und seinen Mitarbeitern Neues in Sachen THW zu erfahren.

Neben den Beiträgen aus den Hauptsachgebieten Einsatz, Ausbildung, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit nahmen vor allem die Anmerkungen von Landesbe-

auftragten Eckhard Leiser zum übergeordneten Teil des THW-Geschehens einen breiten Raum ein.

Positive Tendenzen aber auch ungelöste Probleme kennzeichnen dabei die Situation des THW zum Jahreswechsel 1987/88. Positiv angemerkt wurden u.a. die Anhebung der Mehraufwandsentschädigung um ca. 30 % ab 1988 und die Erweiterung des Empfängerkreises in den nächsten beiden Jahren. Die Schaffung einer Helferreserve in Zehn-Jahresstufen von bundesweit jährlich 1700 auf insgesamt 17000 Helfer bis zum Jahr 1988 wurde ebenso mit Zufriedenheit aufgenommen, wie die haushaltsmäßige Absicherung der Kosten für die Unterhaltung des nicht STAN-gemäßen Gerätes (NSG-Gerät).

Unter dem Strich und als Fazit der Veranstaltungen bleibt festzustellen, daß die Ansätze für Kritik seitens der ehrenamtlichen Führungskräfte von Jahr zu Jahr abnehmen, da geräte- und fahrzeugspezifische sowie finanzielle Probleme nur noch in Ausnahmefällen anzutreffen sind.

Helfer für Öffentlichkeitsarbeit geschult

Bassum. 45 Helfer Öffentlichkeitsarbeit aus Niedersachsen und - traditionsgemäß eingebunden - aus Bremen, kamen am letzten November-Wochenende unter der Leitung von Sachgebietsleiter Reiner Bormann in der Sportschule Bassum zusammen ... Informationsvermittlung mit dem Ziel der Wissensbildung ist gerade bei diesem Helferkreis, der eine Multiplikatorfunktion hat und die Kontakte zu den örtlichen Medien pflegt, von großer Bedeutung.

Der Lehrgang gliederte sich

- a) in einen Rückblick auf den Bundeswettkampf 1987 in Hannover, mit Einspielung von Videoaufnahmen,
- b) in ein Hauptreferat vom Leiter der Film- und Fotostelle im BZS, Kurt Hilberath, und
- c) in einen sonntäglichen Vortrag des Lehrgangleiters über Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsverbänden des THW.

Natürlich wurden auch die wichtigsten Termine des Jahres 1988, die INTERSCHUTZ vom 28. Mai bis 2. Juni '88 in Hannover, und der Tag der Niedersachsen am 22./23. August 1988 in Uelzen, angesprochen. Erstmals wird dazu als Parallelveranstaltung der Landeswettkampf der THW-Jugend Niedersachsen stattfinden.

Sitzung des Landesausschusses mit personellen Veränderungen

Hannover. Die Verabschiedung von zwei Führungskräften und Landesausschußmitgliedern aus dem aktiven THW-Dienst und die Vorstellung ihrer Nachfolger standen im Mittelpunkt der letzten Landesausschußsitzung 1987 am 8. Dezember in Hannover.

Mit den Ortsbeauftragten Friedel Beckmann, OV Springe, und Tjark Backhaus, OV Jever, schieden zwei verdiente Männer aus

gesundheitlichen und persönlichen Gründen aus dem aktiven Dienst des THW aus.

Sein Dankeschön und seine besondere Anerkennung für die vorbildliche Mit- und Zusammenarbeit verband Landesbeauftragter Eckhard Leiser mit einem herzlichen Willkommen für die neuen Landesausschußmitglieder, Ortsbeauftragter Hermann Gesell aus Burgdorf und Ortsbeauftragter Lothar Sopp vom OV Wilhelmshaven. Der neue Landesausschuß Nie-

dersachsen setzt sich wie folgt zusammen:

Eckhard Leiser, Landesbeauftragter;
Willi Kunze, Landessprecher;
Jürgen Bötzel, stellv. Landessprecher;
Ortsbeauftragter Hermann Gesell, Burgdorf;
Kreis- und Ortsbeauftragter Karl-Heinz Markmann, Wolfenbüttel;
Kreis- und Ortsbeauftragter Wilhelm Willenbockel, Soltau, sowie Ortsbeauftragter Lothar Sopp, Wilhelmshaven. R. B.

Berlin



Höchste THW-Auszeichnung für Friedrich-Wilhelm Grunst

Berlin. Mit Ablauf des Jahres 1987 schied der langjährige Abteilungsleiter beim Senator für Inneres, Ltd. Senatsrat Friedrich-Wilhelm Grunst, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Dienst aus.

Über 20 Jahre lang führte er die Abteilung Sicherheit und Ordnung. Ihm oblag damit auch die Aufsicht über den Katastrophenhilfsdienst in der Stadt.

Für seine großen Verdienste um das THW wurde er bereits im Jahre 1978 als erste Persönlichkeit außerhalb des THW in Berlin mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Am 8. Dezember 1987 wurde ihm nun im Rahmen eines Empfangs mit THW-Führungskräften durch den Direktor des THW, Gerd Jürgen Henkel, die höchste THW-Auszeichnung, das Ehrenzeichen in Gold überreicht, das ihm der Bundesminister des Innern verliehen hat.

In seiner Laudatio führte der THW-Direktor u. a. aus: „Es ist das große Verdienst von Herrn Grunst, daß das Technische Hilfswerk in Berlin auch gesetzlich in

die Katastrophenabwehr fest eingebunden ist und diese Einbindung auch praktiziert wird. Die gute Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr beweist, daß der politische Wille der Einbindung des THW auch ausgeführt wird. Die Verbindung zum Senat und die Unterstützung durch den Senat sind bekannterweise in Berlin außerordentlich gut.

Herr Grunst hat immer – auch außerhalb Berlins – eindrucksvoll dargelegt, daß das THW ein unentbehrlicher und unersetzbarer Teil der Gefahrenabwehr in Berlin ist. Im Arbeitskreis 5 und bei anderen Sitzungen der Innenministerien hat Herr Grunst seine positive Einstellung zum THW immer sehr deutlich gezeigt.“

In seiner Dankrede stellte Ltd. Senatsrat Grunst fest, daß die Einbindung des THW in die alltägliche Gefahrenabwehr sich großartig bewährt habe und heute von allen Seiten anerkannt sei. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr sei dafür Zeugnis und Beweis, daß es zusammen eben besser gehe.

Bei dem anschließenden gemüthlichen Beisammensein, das von den Helferinnen und Helfern des Bezirksverbandes Tempelhof vorbildlich organisiert wurde, konnten noch viele Gespräche auch mit den ebenfalls anwesenden Mitarbeitern der Senatsinnenverwaltung, Senatsrat Annusek, Regierungsdirektor Pischon und Oberregierungsrat Tepper, geführt werden und der THW-Direktor konnte sich aus erster Hand über den Stand des Berliner Katastrophenhilfsdienstes informieren. G. B.

Nordrhein-Westfalen



Gemeinsam Autobahn-Behelfsbrücke abgebaut

Unna. Unter der Leitung von Edgar Peters, des Führers des Brückenbauzuges im THW-Ortsverband Mönchengladbach, haben rund 60 Helfer der Ortsverbände Unna und Mönchengladbach in der Nacht vom 6. auf den 7. November 1987 in Unna die Seitenteile eine Krupp-D-Brücke demontiert. Die Fahrbahndecke der zweistöckigen Brücke, die als Autobahn-Behelfsbrücke gedient hatte, war bereits von einem Privatunternehmen entfernt worden.

Da der THW-Ortsverband Unna über keine Brückenbaueinheit verfügt, beauftragte der THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen den Brückenbauzug des Ortsverbandes Mönchengladbach mit der Leitung der Demontage. Sieben Mönchengladbacher Brückenbauer und rund 50 Bergungshelfer aus Unna sollten die vier jeweils 21 Meter langen Seitenteile der Brücke zerlegen und transportfähig machen.

Rund 500 Schraubverbindungen mußten mit Druckluftschraubern und zum Teil von Hand gelöst und knapp 90 Tonnen Stahl bewegt werden. Dafür stellten die Ortsverbände Bielefeld und Mönchengladbach ihre Autokräne zur Verfügung. Die Ausleuchtung der Einsatzstelle übernahm der Ortsverband Neheim-Hüsten, die Verpflegung der rund 60 am Einsatz beteiligten Helfer der Verpflegungstrupp aus Unna.

Der Einsatz begann am Freitagabend gegen 20 Uhr und war am Samstagnachmittag, fünf Stunden früher als geplant, beendet. Die Schlafplätze, die die Straßenmeisterei Unna den Helfern in einer Lagerhalle eingerichtet hatte, blieben unberührt.

Die Mönchengladbacher Brückenbauer waren rund um die Uhr im Einsatz; zwei vom OV Unna gestellte Bergungseinheiten, die in dieser Nacht zum ersten Mal im Brückenbau eingesetzt und vor Ort eingewiesen wurden, lösten sich nach jeweils acht Stunden ab.

„Obwohl die Bergungshelfer aus Unna keine Erfahrung im Umgang mit Brückenmaterial besaßen, hat das Ganze nicht zuletzt dank der guten Koordination einwandfrei geklappt“, freute sich Einsatzleiter Peters, als er nach 19 Stunden am Samstagnachmittag erschöpft, aber zufrieden den Einsatz für beendet erklären konnte.

Hessen



1. Helfertag in Johannisberg

Geisenheim-Johannisberg. An diesem Samstag war alles ganz anders. Die Katastrophenschutzschule des Landes Hessen, über die sich am Wochenende normalerweise Stille breitet, war Ort für buntes Treiben. Und die Helfer von THW, FFW, DRK, MHD, JUH, ASB, DLRG und der Rettungswacht Bergen-Enkheim, die Volksfeste und Veranstaltungen in erster Linie aus der Perspektive des Sanitätsdienstes oder des Retters in der Not kennen, kamen allesamt

in „Zivil“, um selbst ein Fest zu feiern.

Für alle Helfer sollte dies ein Tag der Begegnung und des gemüthlichen Beisammenseins werden. So hatten es sich zumindest die Initiatoren des Ganzen, Katastrophenschutzdezernent Ulrich Lüdke und Schulleiter Johannes Hinse, gedacht. Und es wurde ein Erfolg.

Dies nicht zuletzt wegen des herrlichen Wetters. Strahlender Sonnenschein, blauer Himmel und eine herrliche Fernsicht lockten fast 2 000 Gäste auf den Hansenberg. Manche machten einen richtigen Betriebsausflug daraus. Sie hatten Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und sich einmal bei den anderen Hilfsorganisationen umzusehen.

Viele brachten ihre Familien und Freunde mit und nutzten die

Gelegenheit, ihnen zu zeigen, auf welchen Fahrzeugen und mit welchen Arbeiten sie so viele Stunden ihrer „Freizeit“ verbringen. Eine ganze Reihe von Berge-, Lösch- und Rettungsfahrzeugen war aufgeföhren. Der neueste Rettungshubschrauber vom MHD wurde genauso bestaunt wie der Gelenkbus des Blutspendedienstes, der Radlader des THW und die große Drehleiter der Feuerwehr.

Dazwischen wurden Würstchen und Steaks gebrutzelt, die Gulaschkanone kochte, und für Gourmets gab' sogar komplette Menüs aus der Feldküche.



Großes Interesse zeigt Staatsminister Gottfried Milde an der Modellausstellung des THW. (Foto: Hartmann)

THW-Helfer bauten Zelte auf als Notunterkünfte für Asylanten

Eschborn. Auf Weisung des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Innenministeriums sollten möglichst rasch 200 zusätzliche Unterkunftsplätze in der hessischen Gemeinschaftsunterkunft Eschborn geschaffen werden. Die Weisung kam für Ulrich Lüdtke, Regierungspräsidium Darmstadt, zwar überraschend, war für ihn jedoch nichts Neues, denn im August 1986 mußten schon einmal Zelte zur vorübergehenden Unterbringung von Asylanten durch THW-Helfer aufgebaut werden.

So wurde von Lüdtke auch diesmal das THW beauftragt. Insgesamt 130 THW-Helfer aus den Ortsverbänden Darmstadt, Hofheim und Bad Homburg/Oberusel standen kurzfristig zur Verfügung.

Als erstes starteten die Transportfahrzeuge, um die 23 Zelte –

Hessens Innenminister Gottfried Milde besuchte die Veranstaltung und nutzte die Gelegenheit zu Gesprächen mit den Helfern.

Am frühen Nachmittag spielte das große Hessische Polizei-Orchester zur Unterhaltung auf. Abgelöst wurde es später vom Feuerwehr-Spielmanszug Bad Schwalbach.

Der 1. Helfertag war ein voller Erfolg. So ist es nur allzu naheliegend, daß die Frage laut wurde, ob man so etwas nicht öfter machen sollte, vielleicht auch mal in einem anderen Regierungsbezirk.

H. G. H.

von der Landesregierung für Notfälle vorgehalten – aufzuladen und nach Eschborn zu bringen. Ebenfalls galt es, 200 Betten, Matratzen und Decken herbeizuholen. In der Zwischenzeit hatten die THW-Helfer das Gelände in Eschborn mit ihren Beleuchtungsgeräten taghell ausgeleuchtet. Auch ein schmackhafter Eintopf köchelte bereits.

Einsatzleiter Hans-Peter Walter, der in der THW-Unterkunft in Darmstadt verblieben war, konnte mit den Zwischenberichten, die ihm von Zugführer Klaus Brüllke übermittelt wurden, zufrieden sein. Auch Ulrich Lüdtke, der beim gesamten Einsatz in Eschborn anwesend war, lobte die THW-Helfer.

Gegen 3.00 Uhr waren die Zelte aufgebaut. Nüchtern wurde im THW-Einsatzbericht vermerkt: „Einsatzende 3.15 Uhr, 23 Zelte aufgebaut und ordnungsgemäß an Regierungspräsidium Darmstadt übergeben.“

H. G. H.



Die neuen GKW des THW-OV Frankfurt.

(Foto: Hartmann)

Drei neue Gerätekraftwagen

Frankfurt. Auf dem Frankfurter Messegelände drehte sich bei der IAA 1987 alles um das Auto. Den Weg in eine mobilere Zukunft schlägt auch das THW der Mainmetropole ein und verbesserte seine Ausstattung durch drei neue Einsatzfahrzeuge. Der Dezernent für Brand- und Katastrophenschutz, Stadtrat Heinz

Daum, taufte die Gerätekraftwagen am Sachsenhäuser Mainufer mit dem dort typischen Getränk Apfelwein.

Neben Fahrzeugen, die vor allem Helfer zum Einsatz bringen, bilden Gerätekraftwagen das mobile Rückgrat der THW-Bergungszüge. Sieben Personen haben einschließlich Fahrer in der Doppelkabine des allradgetriebenen Fahrzeugs Platz, den ein 168 PS starker Dieselmotor selbst durch schweres Gelände zieht.

H. E.

THW bei 150-Jahr-Feier der Herderschule Gießen

Gießen. Im Rahmen der 150-Jahr-Feier der Herderschule in Gießen wurde unter dem Motto „Helfer in der Not“ die Arbeit der Hilfsorganisationen vorgestellt. Feuerwehr, THW, DRK, JUH, DLRG, Caritas und Polizei beteiligten sich an der Ausstellung.

Großen Anklang fand bei der Fahrzeugschau auf dem Schulhof der Gerätekraftwagen des THW mit seiner Ausrüstung. Ob Notstromaggregat, Brennschneidgerät, Hydraulikheber, Greifzug oder Atemschutzgerät, alles wurde von den Jugendlichen untersucht. Auch das Fahrzeug selbst mußte dieser Belastungsprobe standhalten.

„Begreifen“ – und das nicht nur gedanklich – war angesagt. Erstaunlich für alle beteiligten Hilfsorganisationen war neben dem Spieltrieb der jungen Leute, mit welchem Sachverstand sie die Ausstattung begutachteten und oftmals kritische Fragen stellten.

Die Frage nach dem Sinn und Zweck des Katastrophenschutzes wurde mit Lehrern und Schülern eingehend diskutiert.

Das Interesse der Jugendlichen an dieser Ausstellung hat

wieder einmal gezeigt, wie notwendig und sinnvoll es für alle Hilfsorganisationen ist, sich in der Öffentlichkeit darzustellen.

H. G. H.

Großfeuer im Gymnasium

Offenbach. Ob es ein verärgerter Schüler war oder wer auch immer, mit großer Wahrscheinlichkeit aber war es Brandstiftung, der ein Teil des Dachgeschosses des Offenbacher Albert-Schweitzer-Gymnasiums zum Opfer fiel.

Gegen 6.00 Uhr morgens gab es für die Feuerwehren der Stadt Offenbach Großalarm. Das Feuer hatte bereits einen Teil des in Holzbauweise um 1911 errichteten Dachgeschosses erfaßt. Nach zwei Stunden konnte „Feuer unter Kontrolle“ gemeldet werden; die Nachlöscharbeiten dauerten den ganzen Tag.

Nach Rücksprache mit dem Einsatzleiter der Feuerwehr alarmierte stv. THW-Ortsbeauftragter Heiko Rehwagen über Funkalarmempfänger Helfer des THW-OV Offenbach. Zunächst galt es, ein-sturzgefährdete Gebäudeteile zu sichern bzw. einzureißen, den Brandschutt zu räumen und vor allem zwei freistehende Giebel-

wände gegen Einsturz mit Hilfe des Greifzugs abzuspannen. Zusätzlich wurde die in Mitleidenschaft gezogene Bibliothek der Schule geräumt.

Rund sechs Stunden waren die Helfer im Einsatz. Der Schaden wird auf über 1,5 Millionen DM geschätzt. H. R.

Ehrenbrief für Rudolf Schiller

Melsungen. Der Ehrenbrief des Landes Hessen wurde dem Ortsbeauftragten des THW-OV Melsungen, Rudolf Schiller, verliehen.

Schiller leistete einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des Ortsverbandes, an dessen Spitze er heute steht. Unter seiner Leitung ist der Ortsverband zu einer leistungsfähigen Stütze im Katastrophenschutz des Schwalm-Eder-Kreises geworden.

Schiller ist Mitglied im Planungsstab „Katastrophenschutz“ des Schwalm-Eder-Kreises.

H. G. H.

Jürgen Maier an der Spitze des THW-OV Frankfurt

Frankfurt. Jürgen Maier steht jetzt an der Spitze des THW-OV Frankfurt. Seit Jahren ist er bereits THW-Einsatzleiter und hat Erfahrungen bei unterschiedlichen Einsätzen gesammelt. In seiner neuen Funktion als Kreis- und Ortsbeauftragter für Frankfurt wird Maier künftig das THW repräsentieren und dem Katastrophenschutz der Mainmetropole weitere Impulse geben.

Welch hohes Ansehen Maier genießt, zeigte die Amtseinführung im Frankfurter Römer. Die Ernennungsurkunde überreichte THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel. Unter den Gästen waren u. a. Stadtrat Heinz Daum, Dezernent für den Frankfurter Brand- und Katastrophenschutz, sowie Professor Ernst Achilles, Leiter der Frankfurter Berufsfeuerwehr.

Maiers Verdienste um das THW wurden bei der Amtseinführung mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold gewürdigt. H. E.



Bei der Amtseinführung (v.l.): THW-Landesbeauftragter Lossen, Ortsbeauftragter Maier, Stadtrat Daum, THW-Direktor Henkel. (Foto: Hartmann)

Baden-Württemberg



Städtepartnerschaft einmal anders

Sinsheim. Einen Auslandseinsatz ganz besonderer Art konnte der THW-Ortsverband Sinsheim verzeichnen. Die Stadt Sinsheim wollte ihrer französischen Partnergemeinde Longuè anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Partnerschaft Sinsheim-Longuè ein ganz besonderes Gastgeschenk überreichen: Das THW errichtete in der Partnergemeinde einen Pavillon zur Komplettierung eines Spielplatzes.

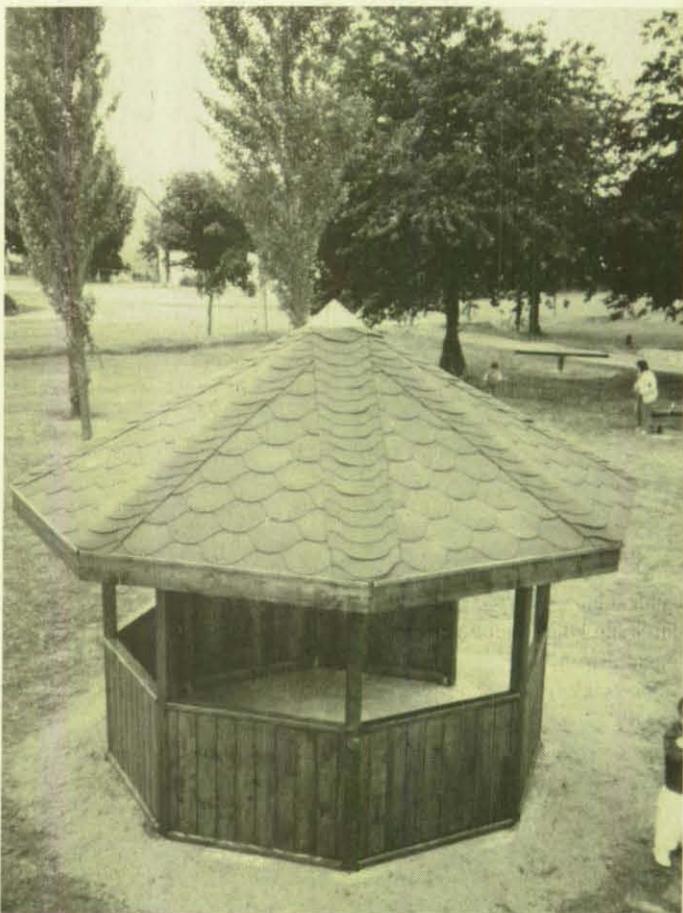
Vier Wochen vor der offiziellen Jubiläumsfeier erhielt der OV Sinsheim den Auftrag für dieses Projekt. Unter der Leitung von Rainer Huxel und Joachim Amend führte das THW an drei Wochenenden die Vorbereitungsarbeiten in Sinsheim aus. Die Einzelteile des Pavillons – Seitenteile, Dachkonstruktion, Gebälk – wurden

vorgefertigt und auf einen Lastwagen verladen. Dann fuhren 18 THW-Helfer unter der Leitung von OB Link mit diesem Fahrzeug sowie einem GKW und einem Kombi nach Frankreich ab. Der Konvoi bewältigte die 900 km lange Strecke nach Longuè bis zum nächsten Morgen, so daß noch am Vormittag am Aufstellungsort mit den Arbeiten für das Fundament begonnen werden konnte.

Am zweiten Tag wurden die Seitenteile aufgestellt und verankert und das aufwendige Dachgebälk aufgeschlagen; abends konnte bereits Richtfest gefeiert werden. Am nächsten Tag wurde schließlich das Dach fertiggestellt und alle Holzteile gestrichen.

So konnte wie geplant der Oberbürgermeister der Stadt Sinsheim, Dr. Sieber, im Rahmen einer Feier der Partnergemeinde Longuè den Pavillon „überreichen“.

Die Bevölkerung von Longuè war über dieses besondere Gastgeschenk sehr erfreut und beeindruckt, mit welcher Genauigkeit die THW-Helfer dieses Bauwerk erstellten. Im Rahmen einer Geräteschau wurde der Bevölkerung



Hervorragend gelungen ist die Arbeit der Sinsheimer THW-Helfer in der Partnerstadt Longuè.

auch der GKW vorgestellt und ein Einblick in die Einsatzmöglichkeiten des THW gegeben, was mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Der vom THW erstellte Pavillon ist nun ein sichtbares Zeichen der Partnerschaft Sinsheim-Longuè und gleichzeitig eine Erinnerung an das THW Sinsheim.

Für die Sinsheimer THW-Helfer bedeutete diese Aktion einer-

seits über 500 Arbeitsstunden, andererseits aber auch die Chance, an fünf aufeinanderfolgenden Tagen miteinander zu arbeiten, was beim normalen Ausbildungs- und Übungsbetrieb kaum möglich ist. Dies trug nicht nur zur Kameradschaft, sondern auch zur Verbesserung des Ausbildungsstandes bei, so daß damit auch der Einsatzwert im Katastrophenfall gesteigert werden konnte. K. B.

THW erstellte Notstromversorgung nach Großbrand

Dußlingen. Am Dienstag, dem 18. August 1987, blieben um 3.37 Uhr die Uhren in der Müllverwertungsanlage Dußlingen, Kreis Tübingen, stehen. Meterhohe Flammen und Rauch füllten die 4 000 m² große Halle. Kurz darauf trafen die ersten Löschzüge der Feuerwehren am Brandort ein. Im Laufe des Morgens waren die Flammen erstickt und die Löschzüge bis auf die Brandwache abgezogen.

Die Einsatzkräfte des THW wurden durch die Verwaltungsstelle Tübingen alarmiert mit der Einsatzaufgabe, die Notstromversorgung für das Betriebsgelände zu sichern, da die Stromversorgung aus dem Netz durch zerstörte oder unter Löschwasser stehende Trafo und Schalträume nicht mehr möglich war. Ein Teilbetrieb der unversehrt gebliebenen Anlagen sollte gewährleistet werden, um noch größere Schäden zu verhindern.

Da die Versorgung von einem zentralen Einspeisungspunkt nicht möglich war, mußte für jedes Gebäude eine spezielle Lösung gefunden werden. Außerdem sollten die ausgebrannte Halle für die Arbeit der kriminalpolizeilichen Spurensuche bei Tag sowie das Gelände um den Gebäudekomplex zur Sicherung durch die Polizei bei Nacht ausgeleuchtet werden.

Diese Aufgaben wurden von den Ortsverbänden mit Notstromaggregaten und zusätzlichem Beleuchtungsmaterial gelöst. Der THW-OV Rottenburg sicherte mit seinem 50 kVA Diesellaggregat die Versorgung für den Verwaltungstrakt, in dem die Büroräume und Labors untergebracht sind. Mit einem aus Mannheim bereitgestellten 190 kVA Diesellaggregat wurde der Betrieb der Rotthalle, in der organische Abfallprodukte mit Hilfe von biologischen Zersetzungsprozessen zu Humus umgewandelt werden, gesichert.

Mit einem 8 kVA Aggregat und einem 30 kVA Benzin-Notstromaggregat des THW-OV-Reutlingen wurde die Hallen- und Außenbeleuchtung sichergestellt.

Insgesamt waren von den beiden Ortsverbänden Rottenburg

und Reutlingen ab Dienstagmorgen zehn THW-Helfer mit sechs weiteren Fahrzeugen rund um die Uhr in Wechselschichten im Einsatz. Die gesamte Einsatzdauer betrug acht Tage. In diesem Zeitraum kamen noch die Ortsverbände Ofterdingen und Tübingen zur Ablösung der Bedienungsmannschaften an den Aggregaten zum Einsatz. B. T.

Autobahneinsatz nach Verkehrsunfall

Baden-Baden. Auf der A 5 Karlsruhe-Basel ereignete sich zwischen Baden-Baden und Rastatt ein schwerer Verkehrsunfall. Ein mit neun Personen besetzter Kleinbus durchbrach nach einem Auffahrunfall die Mittelleitplanke und stieß auf der Gegenfahrbahn mit einem Pkw zusammen, der gerade einen Reisebus überholte.

Der Kleinbus ging nach dem Aufprall in Flammen auf. Der mit 31 Personen besetzte Reisebus stürzte ebenso um wie ein in Richtung Karlsruhe fahrender Kleinkombi, der wegen der herumfliegenden Trümmerteile von der Fahrbahn abkam.

THW-Helfer des Ortsverbandes Baden-Baden, die an diesem Wochenende Autobahndienst leisteten, und die sofort alarmierte Schnelleinsatzgruppe des Ortsverbandes rückten sofort mit VW-Kombi, Geräte- und Mannschaftskraftwagen aus.

Beim Eintreffen an der Unfallstelle bot sich den Rettungskräften ein Bild des Grauens. In dem brennenden Kleinbus waren mehrere Personen eingeklemmt, für fünf Insassen kam jede Hilfe zu spät. Vier Personen konnten mit lebensgefährlichen Verletzungen geborgen werden.

Die Insassen des Reisebusses überlebten mit zum Teil schweren Verletzungen. Der Fahrer des Pkw wurde getötet, die Beifahrerin schwer verletzt. Sie wurde mit Hilfe des Hydrauliksatzes befreit.

Die THW-Helfer leisteten vielfach Erste Hilfe und unterstützten die Rettungssanitäter und Notärzte am Unfallort. Um die Schwerverletzten fachgerecht versorgen zu können, waren neben mehreren RTW und NAW vier Rettungshubschrauber im Einsatz.

Da der Tankinhalt des Reisebusses auslief, führte das THW die Ölschadensbekämpfung durch. Außerdem wurde die Mittelleitplanke der Autobahn demontiert, um ein Abfließen der Fahrzeuge zu ermöglichen, die sich in beiden Richtungen über viele Kilometer gestaut hatten.

Traurige Bilanz bei Einsätzen: 7 Tote waren zu beklagen. 34 Feuerwehrleute aus Rastatt und Baden-Baden, vier Rettungsfahrzeuge, zehn Notärzte mit Rettungssanitätern sowie 26 THW-Helfer waren eingesetzt, dazu noch 46 Polizeibeamte. Auch bei diesem schrecklichen Verkehrsunfall hat sich die zweckmäßige Ausrüstung des THW-Ortsverbandes Baden-Baden bewährt. Der gute Ausbildungsstand wurde erneut unter Beweis gestellt. J. H.

Brückenschlag über die Donau

Ulm. Im Rahmen einer Zweitages-Übung rückte das THW Schwäbisch Gmünd einschließlich seines Stützpunktes Wißgoldingen aus. Ziel der Übung war Ulm an der Donau. Dort wurden drei Zelte aufgestellt, um eine Übernachtungsmöglichkeit für die 43 Helfer zu bieten. Ein anschließendes gemütliches Beisammensein rundete den ersten Tag ab.

Am frühen Morgen ging es an die eigentliche Aufgabe. Es galt, einen Bretterschnellsteg (Schwimmsteg) aus einfachsten Materialien wie z. B. Holzdielen zu fertigen, um die an dieser Stelle 60 Meter breite Donau zu überbrücken. Trotz starker Strömung gelang dieses Vorhaben hervorragend. Gegen Mittag konnten sich neben den zahlreichen Zuschauern auch die Geschäftsführer des THW aus dem Ostalbkreis und aus Ulm von dem vollen Erfolg dieser Übung überzeugen. Am Mittag wurde die Brücke dann wieder abgebaut. Ortsbeauftragter Hans-Dieter Schmid dankte den Helfern für ihr Engagement. Er hob hervor, daß anhand der Übung der Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit des THW deutlich geworden seien. H.-D. S.

Neue Unterkunft ihrer Bestimmung übergeben

Ellwangen. THW-Ortsbeauftragter Hans Weber konnte anlässlich der Übergabe der neuen Unterkunft zahlreiche Gäste aus Politik, der THW-Leitung sowie aus den benachbarten und befreundeten Hilfsorganisationen und Vereinen willkommen heißen. An der Spitze der Politiker begrüßte Weber Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Abelein, Landtagsvizepräsident Dr. Geisel und Staatssekretär Dr. Volz. Als oberster Katastrophenschutzbeauftragter des Landkreises war Landrat Dr. Winter gekommen. Aus Bonn waren Ministerialrat Dr. Ammermüller als Vertreter des Bundesinnenministeriums und THW-Direktor Henkel angereist. Als höchster Repräsentant der ehrenamtlichen THW-Helferschaft war Bundessprecher Peter Merck vertreten. Weiter konnte Weber den Vorsitzenden der THW-Helfervereinigung Baden-Württemberg, Bundestagsabgeordneten a. D. Biechele, und THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Göbel begrüßen.

In seiner Rede ging Weber auf den Neubau ein, der auf dem vom Bund erworbenen Grundstück in knapp neunmonatiger Bauzeit errichtet worden war.

Am Schluß seiner Ansprache bedankte sich Weber bei Prof. Dr. Abelein für seine Unterstützung.

Mit der Kapelle „Hüttmoser“ klang der offizielle Teil aus; das für den Abend angesagte „Schwäbische Sommernachtfest“ im Zelt wurde ein voller Erfolg.

Am Sonntag wurde die kirchliche Weihe der neuen Unterkunft vorgenommen. Flankiert durch die Fahnenabordnungen aus den Ortsverbänden Rosenheim und Landshut konnte die Ellwanger THW-Fahne in der Fahrzeughalle aufgestellt werden. Im anschließenden Zeltgottesdienst ging Pfarrer Rau in seiner Predigt auf das Wirken und Tun des THW und der weiteren Hilfsorganisationen ein. Dies sei, so meinte er, der praktische Teil des Glaubens und christlichen Handelns.

Zur Mittagszeit kamen viele Besucher zum „Tag der offenen Tür“. Reichhaltige Verpflegung,

Spiele für die Kleinen und praktische Vorführungen sorgten dafür, daß die Gäste einen vergnüglichen und interessanten Nachmittag verlebten.
W. R.

Nachruf

Am 3. Oktober 1987 verstarb im Alter von 50 Jahren völlig unerwartet

Herr Hans Fischer

Der Verstorbene ist am 10. 8. 1966 als Gründungsmitglied in den THW-ÖV Öhringen eingetreten. In seinem über 20-jährigen Wirken hat Hans Fischer die Arbeit des Ortsverbandes entscheidend geprägt.

Als Führer des Brückenbauzuges Öhringen verfügte Herr Fischer über ein umfangreiches Fachwissen. Bei seinen ungezählten Einsätzen bewies er in hohem Maße Organisationstalent und Verantwortungsbereitschaft.

Für seine Verdienste um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde Hans Fischer am 13. 12. 1983 mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Wegen seiner Umsicht und Tüchtigkeit, Kameradschaft und Freundlichkeit war der Verstorbene bei allen Helfern, Kollegen und Vorgesetzten beliebt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg

Auf, auf, der Wald wird gefegt

Mannheim. „Das paßt ja gar nicht in den Beutel rein“, so nicht nur einmal die Feststellung eines „Saubermanns“, der bei einer gemeinsamen Ökotag-Aktion der Mannheimer Katastrophenschutz-Organisationen im Rheinauer Wald vor einer ausgedienten Waschmaschine oder gar einer Couch stand.

Rund 120 Helferinnen und Helfer des THW, des DRK, der JUH und der Freiwilligen Feuerwehr hatten sich getroffen, um den Wald auf ca. 200 ha zu „fegen“. Die Stadt Mannheim unterstützte die Aktion mit Großcontainern und 400 Müllsäcken.

Lange suchen mußte man schließlich nicht. Überall hatte die Wohlstandsgesellschaft ihre traurigen Spuren hinterlassen. Gerümpel füllte bald die Großcontainer, die von zwei THW-Kippern, die die Müllsäcke einsammelten, angefahren wurden.

Als man bei Abschluß der Aktion rund 20 Kubikmeter Abfallmaterial eingesammelt hatte, war man mit dem 1. Ökotag des Katastrophenschutzes zufrieden. Dem Forstbeamten gefiel's mit dem Hinweis, so etwas sollte man öfters machen.

Der Vertreter der Stadt Mannheim, Abteilung Zivilschutz, dankte den Helfern für ihren Einsatz. THW-Ortsbeauftragter Manfred Stiegel freute sich über die Resonanz und die Bereitschaft aller Hilfsorganisationen zu einer solchen und weiteren gemeinsamen Aktionen.

Erkundung endete erfolgreich

Tübingen. Zwei Wochen nach der Katastrophenschutzübung des Landkreises Tübingen war das Obere Neckartal erneut Schauplatz einer Erkundungsübung. 14 Züge des THW waren im Kreis Tübingen, Zollernalbkreis und Kreis Freudenstadt im Einsatz.

Zwei Technische Einsatzleitungen aus Tübingen und Balingen hatten je sieben Züge zu führen. Die Übungsleitung unter Fritz Rebstock vom THW-Ortsverband Reutlingen war in der Eichenberghalle in Hirrlingen untergebracht.

Der Bergungszug aus Rottenburg, um 7.00 Uhr in Rottenburg ausgerückt, übernahm bereits eine halbe Stunde später seine Aufgabe im Übungsgebiet. Diese reichten vom Erkunden eines Biwak-Platzes für 500 Helfer bei Obernau bis zum Zugang zum Tunnel bei Haigerloch.

Weitere Aufgaben für die Helfer waren Brückenbau in Bad-Imnau, Eutingen, Börstingen und Bierlingen, die Kräfte- und Zeitermittlung für einen Hausabbruch sowie der Abbau einer Strom-Freileitung.

Im stillgelegten Umspannwerk in Bierlingen hatten sich Sprengexperten mit der geplanten Niederlegung des gesamten Gebäudes befaßt. Für Kinderspielplätze wurden Spielgeräte gefertigt und aufgestellt.

Nachdem die Einheiten tagsüber ständig den Stand der Erkundungsarbeiten über die Technischen Einsatzleitungen der Übungsleitung mitgeteilt hatten, mußte nach Abschluß der Arbeiten ein schriftlicher Bericht bei der Einsatzleitung abgegeben werden. Die hervorragenden Ergebnisse bewiesen den guten Ausbildungsstand der beteiligten Einheiten.

Für die 200 THW-Helfer mit ihren 60 Fahrzeugen war um 17.00 Uhr Übungsende. Die Übungsleitung mußte sich noch mit der Abwicklung eines wirklichen Unfalles in Haigerloch-Stetten, in das ein THW-Fahrzeug verwickelt war, beschäftigen.
G. E.

Teilnahme an Feuerwehrrübung

Neckarrems. Anlässlich ihres 110-jährigen Jubiläums hatte die Freiwillige Feuerwehr Neckarrems eine große Übung geplant. Eingeladen war auch der Fernmeldezug des THW Ludwigsburg. Dieser rückte mit einem Fahrzeug und vier Helfern an, deren Aufgabe darin bestand, eine Telefonleitung von der Technischen Einsatzleitung in ein Wohnhaus zu legen und dort über einen Hauptanschluß an das Netz der Deutschen Bundespost anzuschließen.

Die Übungsbeobachter waren erstaunt, wie schnell und problemlos es möglich ist, eine solche Telefonleitung zu legen. Im Gegensatz zum Funkverkehr hat eine Telefonverbindung entscheidende Vorteile: Die Verbindung kann stets aufrechterhalten bleiben, ohne daß der übrige Funkverkehr gestört wird.
D. G.

Nachruf

Am 18. November 1987 verstarb im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer heimtückischen Krankheit

Herr Konrad Heilig

Der Verstorbene ist vor über 30 Jahren in das THW eingetreten. Seit 1970 leitete er als Ortsbeauftragter mit großer Umsicht und Ausdauer den Ortsverband Friedrichshafen. Zusätzlich engagierte er sich ab 1975 als Kreisbeauftragter für den Bodenseekreis. Mehrere Auslandseinsätze unterstrichen seine Führungsqualitäten.

Für seine Verdienste um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde Konrad Heilig das Ehrenzeichen in Silber verliehen.

Mit Herrn Heilig verlieren wir einen Kameraden, der sich durch beispielhafte Fürsorge und fundiertes Fachwissen auszeichnete.

Wir werden des Verstorbenen ehrend gedenken.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg



Pausenlos schafften die THW-Kipper Müllsäcke zu den Sammelcontainern.

Ausbildung im Warndienst

I. Das Ausbildungsreferat in der Abteilung Warndienst des Bundesamtes für Zivilschutz ist zuständig für die Erarbeitung der Grundlagen, die im Interesse der Einzelbereitschaft des Warndienstes eine einheitliche Aus- und Fortbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter und freiwilligen Helfer sowie sonstiger mit dem Warndienst zusammenarbeitende Kräfte sicherstellen.

Die Aus- und Fortbildung wird von den Warnämtern, den WD-Verbindungsstellen und den WD-Leitmeßstellen sowie von anderen Stellen, z.B. Bundesverband für den Selbstschutz, Bundeswehr, Katastrophenschutzschulen und Firmen, durchgeführt. Der Warndienst verfügt über keine besonderen eigenen Ausbildungseinrichtungen.

Ausgebildet wird im allgemeinen in abendlichen Ausbildungsveranstaltungen sowie durch Übungen – meist an Wochenenden. In den Übungen werden die erworbenen Kenntnisse angewendet, z.B. die Arbeitsverfahren zur Erfassung der Gefahrenlage und zur entsprechenden Umsetzung in Warn- bzw. Entwarnungsmaßnahmen.

Die Ausbildung erfaßt drei verschiedene Zielgruppen:

1. Freiwillige Helfer und nebenberufliche Mitarbeiter der Warnämter, WD-Verbindungsstellen und WD-Leitmeßstellen.

2. Hauptamtliche Mitarbeiter
a) Mitarbeiter der Abteilung Warndienst im BZS,

b) Verstärkungskräfte,
c) Mitarbeiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen.

3. Dritte (Mitarbeiter von mit dem Warndienst zusammenarbeitenden Stellen)

a) Warnstellenbedienungspersonal

b) Auslösebeauftragte,
c) Helfer der Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt) sowie der ABC-Melde- und Auswertstellen (AMAST).

Die Einheitlichkeit der Ausbildung wird durch Dienst- und Aus-

bildungsvorschriften gewährleistet, die regelmäßig unter enger Berücksichtigung der Praxis vom BZS erarbeitet und immer wieder aktualisiert werden.

II. Besonders wichtig ist die Ausbildung der vom Wehrdienst freigestellten etwa 1800 Helfer, die unter der Anleitung und Führung hauptamtlicher Mitarbeiter die Funktion des Warndienstes sicherstellen.

Die Helfer durchlaufen drei Ausbildungsabschnitte, und zwar die Grund-, Fach- und Vollausbildung mit einem Grund- und Fachlehrgang, einem Erste-Hilfe- und einem Selbstschutzlehrgang in den ersten beiden Ausbildungsabschnitten.

Großes Gewicht wird auf die spezifische Einweisung in den Funktionsplatz gelegt, den jeder Helfer wahrnehmen muß. Im Abschnitt Vollausbildung werden die Kenntnisse gefestigt und vertieft. In dieser Ausbildungsphase soll der Helfer auch möglichst so geschult werden, daß er über seinen Arbeitsplatz hinaus mindestens eine weitere Funktion ausüben kann.

Im allgemeinen werden im Jahr vier Übungen durchgeführt, nämlich INTEX, MAYTEX, SEPEX und NATEX. Das sind drei natio-

nale Übungen, eine davon – die NATEX – unter Beteiligung von Stellen außerhalb des Warndienstes, wie z.B. von Einheiten und Einrichtungen der Führung des Katastrophenschutzes, Dienststellen der Bundeswehr, der Bundesbahn, des Deutschen Wetterdienstes sowie der Rundfunkanstalten.

Die Dauer der Übungen beträgt bei den nationalen Übungen zwölf Stunden, bei der internationalen Übung INTEX 26 Stunden, wobei die zeitliche Mitwirkung der hieran beteiligten NATO-Staaten unterschiedlich sein kann.

Alle zwei Jahre findet eine Stabsrahmenübung von ca. 14 Tagen Dauer statt, an der im allgemeinen der Warndienst zeitlich begrenzt beteiligt ist.

III. Neben der Aus- und Fortbildung der Helfer kommt der Ausbildung der hauptamtlichen Kräfte, vor allem der Ausbilder, große Bedeutung zu, da mit dem Kenntnisstand und der pädagogischen Eignung dieses Personenkreises die Ausbildung steht und fällt.

Auf die Einweisung von neuen Mitarbeitern (WD-Führungskräften) wird deshalb großer Wert gelegt. Hauptteil der Einweisung ist eine dreimonatige fachliche

Ausbildung, in der die Grundlagen des Zivilschutzes und damit des Warndienstes als Teil des Zivilschutzes vermittelt und die erforderlichen Arbeitsverfahren zur Erfassung und Auswertung von Ereignissen erlernt werden.

Diese Einweisung verläuft nach einem festen Plan in insgesamt vier Blöcken und ist für künftige Mitarbeiter

- in der Abteilung WD im Bundesamt für Zivilschutz,
- als sog. Verstärkungskräfte,
- den Warnämtern und
- in den WD-Verbindungsstellen vorgesehen.

Die Ausbildung beginnt mit einer zweitägigen Kurzeinweisung.

Kernstück der weiteren Einweisung ist ein dreimonatiger Lehrgang mit folgenden Arbeitsschwerpunkten:

- Gefahrenerkennung
- konventioneller Gefahren,
- radioaktive und chemische Gefahren

Warnmaßnahmen.

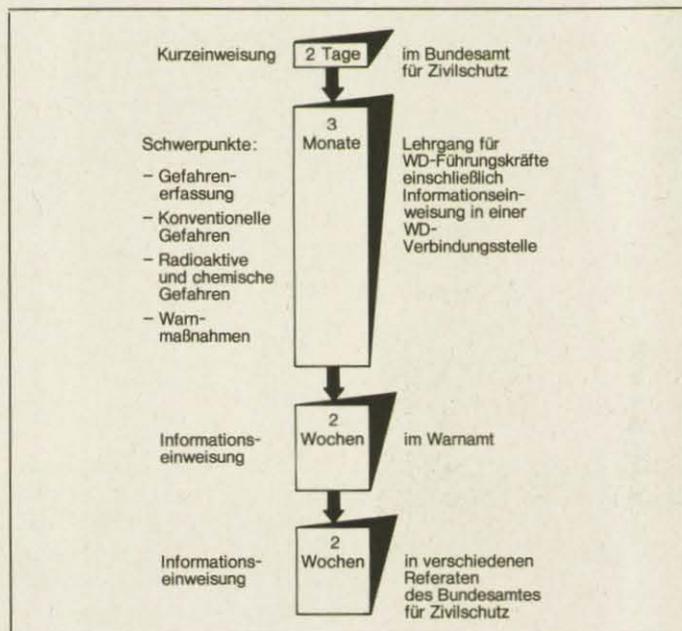
Mit Lernerfolgskontrollen überprüft der Ausbilder sein Konzept und der Einzuweisende seinen Wissensstand.

Es folgt eine zweiwöchige Informationseinweisung in die Aufgaben der Sachgebiete eines Warnamtes und eine zweiwöchige Informationseinweisung bei verschiedenen Referaten des Bundesamtes für Zivilschutz.

Nach Absolvierung dieser Ausbildungsblöcke wird der neue Mitarbeiter in sein künftiges Aufgabensachgebiet am endgültigen Dienstort eingearbeitet.

Für die sog. Verstärkungskräfte – das sind Mitarbeiter, die zu ¼ ihrer Arbeitszeit Dienst in einer Verbindungsstelle verrichten sollen – wird die Einweisung noch um einen zweimonatigen Fachlehrgang in der WD-Verbindungsstelle erweitert, in der sie später zu einem Teil ihrer Arbeitszeit tätig werden sollen.

Seit Einführung dieses Blocksystems schlossen bereits drei



Leiter von Warnämtern, zehn Einsatzleiter, ein WD-Verbindungsführer und vier Verstärkungskräfte diese Ausbildung erfolgreich ab.

IV. Selbstverständlich ist auch die Fortbildung insbesondere der hauptamtlichen Kräfte unverzichtbar. Dies geschieht durch Lehrgänge u. a.

- bei der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung,
- an der Katastrophenschutzschule des Bundes,
- an den Katastrophenschutzschulen der Länder,

- an Schulen der Bundeswehr,
- bei Firmen.

Eine generelle Fortbildungsplanung, die den Fortbildungsbedarf einheitlich steuert, steht kurz vor dem Abschluß.

V. Durch Lehrgänge wird auch das Warnstellenbedienpersonal geschult; in lebens- und verteidigungswichtigen Behörden und Betrieben hat es Durchsagen der Warnämter aufzunehmen und den jeweiligen Behördenselbstschutzleitern Informationen zu vermitteln, die notwendig sind, um entsprechende Selbstschutzmaßnahmen treffen zu können.

VI. Geschult werden auch die Auslösebeauftragten; sie haben auf Anforderung der Warnämter oder aufgrund eigener Lagebeurteilung auf Gemeinde- oder Kreisebene, also dezentral, die Sirenen auszulösen.

VII. An der Schulung der Helfer der BAMSt und AMAST ist der Warndienst ebenfalls beteiligt; sie melden dem Warndienst Waffenwirkungen aller Art und führen einen eingehenden Informationsaustausch mit dem Warndienst durch. Die entsprechenden Lehrgänge werden federführend vom Katastrophenschutz an den Kata-

strophenschutzschulen der Länder durchgeführt.

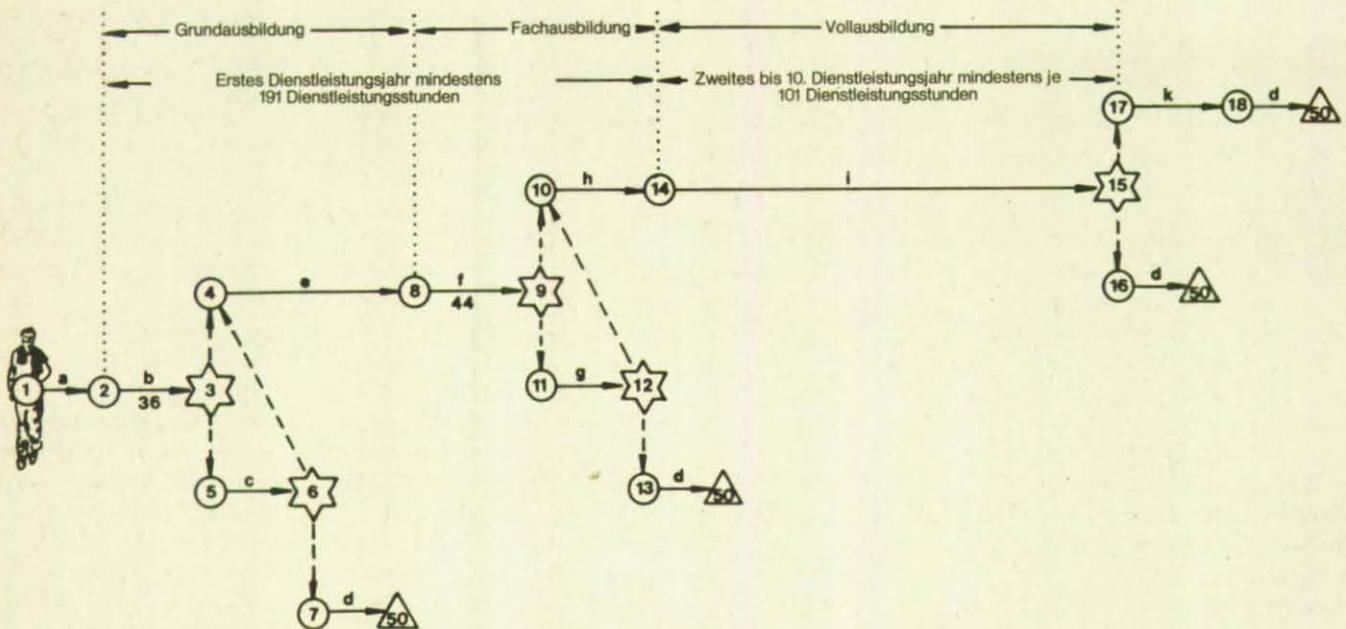
Änderungen in der Technik, neue organisatorische Regelungen und laufende Verbesserungen in den Arbeitsverfahren ebenso wie die regelmäßig notwendige Ergänzung des Personals infolge natürlicher Fluktuation lassen die Aufgaben der Ausbildung zu einer Daueraufgabe werden. Von ihrem Erfolg oder Mißerfolg werden die Einsatzbereitschaft und die Leistungsfähigkeit des Warndienstes - qualitativ und quantitativ - in maßgebender Weise mitbestimmt.

Ausbildung für Helfer im Warndienst

Dargestellt nach der CRITICAL PATH METHOD.

Pfeil bedeutet einen Vorgang, ein Kreis den erreichten Ausbildungsstand.

(BZS - WD 2, Dez. 1986)



Legende:

Vorgang	Dauer (Stunden)	Vorgang	Dauer (Stunden)	Vorgang	Dauer (Stunden)
a) Verpflichtung		Selbstschutzlehrgang	(12 h)	i) Vollausbildung	
b) Grundlehrgang	36 h	Erste-Hilfe-Lehrgang	(16 h)	- je 1 „INTEX“ à 26 h	} mindestens 101 h/Jahr
c) Vorbereitung auf Wiederholung der Lernerfolgskontrolle		f) Fachlehrgang	44 h	- je 3 „... EX“ à 12 h	
d) Entpflichtung		- Einsatzgruppe } Auswahl		- je 14 Ausbildungsveranstaltungen à mindestens 2,5 h	
e) Allgemeine Einweisung in die Aufgaben der ABC-, Einsatz- und Fernmeldegruppe einschließlich		- ABC-Gruppe } nach		- je 1 Ausbildungsveranstaltung à 4 h	
		- Fernmeldegruppe } Eignung			
		g) Vorbereitung auf Wiederholung der Lernerfolgskontrolle Fachlehrgang		k) Fortsetzung der Dienstleistung mit mindestens je 101 Dienstleistungstunden/Jahr	
		h) Ausbildung am Funktionsplatz			

Ausbildungsstand	Ausbildungsstand	Ausbildungsstand
1 Bewerber	8 Grundausbildung abgeschlossen	bestanden (Helfer ungeeignet)
2 Verpflichteter Helfer	9 Lernerfolgskontrolle Fachlehrgang	14 Ausbildung am Funktionsplatz abgeschlossen
3 Lernerfolgskontrolle	10 Lernerfolgskontrolle Fachlehrgang bestanden	15 Abschluß der 10-jährigen Verpflichtungszeit
4 Lernerfolgskontrolle bestanden	11 Lernerfolgskontrolle Fachlehrgang nicht bestanden	16 Entschluß auszuschneiden
5 Lernerfolgskontrolle <u>nicht</u> bestanden	12 Wiederholung der Lernerfolgskontrolle Fachlehrgang	17 Entschluß zur Fortsetzung der Dienstleistung
6 Wiederholung der Lernerfolgskontrolle	13 Wiederholte Lernerfolgskontrolle <u>nicht</u>	50 Helfer nach Entpflichtung
7 Wiederholte Lernerfolgskontrolle <u>nicht</u> bestanden (Helfer ungeeignet)		



Zur Geschichte und zur Gliederung der
„Bewegung des Internationalen Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes“

125 Jahre: das Internationale Rote Kreuz

Das Internationale Rote Kreuz, heute auch „Bewegung des Internationalen Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes“ genannt, kann in diesem Jahr auf sein 125jähriges Bestehen zurückblicken.

Geschichte

Der Schweizer Henry Dunant hat im Juli 1859 an einer Schlacht zwischen Österreichern und Franzosen bei Solferino in Oberitalien als Beobachter teilgenommen und angesichts von 40 000 Verwundeten und Toten noch auf dem Schlachtfeld erste Hilfe geleistet. Seine Erfahrungen veröffentlichte er 1862 in einer Schrift: „Erinnerung an Solferino“. In dieser Schrift machte er zwei Vorschläge, nämlich die Neutralisierung der Verwundeten und Kranken und die Schaffung von freiwilligen Hilfsgesellschaften für die Verwundetenhilfe. Aus dem ersten Vorschlag erwuchs später das humanitäre Völkerrecht – vor allem waren es die Genfer Abkommen –, aus dem zweiten Vorschlag die Institution des Roten Kreuzes.

So entstand am 17. Februar 1863 aus der Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft ein Komitee von fünf Personen. Dieses Komitee ist in gradliniger Fortsetzung das heutige Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Im Sommer 1863 lud das Komitee zu einem Kongress ein. Dieser fand vom 26. bis 29. Oktober 1863 in Genf statt. An ihm nahmen 31 Delegierte aus 16 Ländern teil, darunter sieben deutsche: Baden, Bayern, Hannover, Hessen, Preußen, Sachsen, Württemberg. Die Konferenz faßte zehn Beschlüsse, die sich vor allem auf die Bildung von nationalen Gesellschaften bezogen.

Noch im Jahre 1863 wurde als erste nationale Gesellschaft in Stuttgart der „Württembergische Sanitätsverein“ gegründet. Ihm folgten in den Jahren 1864 bis 1866 Neugründungen in Oldenburg, Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Baden und Bayern. Im Jahre 1866 entstand in Preußen auch der „Vaterländische Frauenverein“, dem weitere Frauenvereine folgten.

Auch in allen übrigen europäischen Ländern entstanden sehr frühzeitig Hilfsgesellschaften, die sich von den 80er Jahren an Rotkreuzgesellschaften nannten.

Im Jahre 1919 wurde auf amerikanische Initiative hin ein Weltbund aller nationalen Gesellschaften gegründet, die „Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften“. 1928 kam es schließlich zur formellen Zusammenfassung aller Institutionen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes im „Internationalen Roten Kreuz“.

Struktur

Das Internationale Rote Kreuz ist demnach keine Einzelorganisation, sondern eher ein Geflecht

von selbständigen Verbänden, die in sinnvoller Weise zusammenwirken. Man kann hier drei Partner unterscheiden:

- das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, gegründet 1863;
- die Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, gegründet 1919;
- die gegenwärtig 145 nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes.

Das Internationale Rote Kreuz besitzt drei Organe, in denen es wirksam wird:

- die Internationale Rotkreuzkonferenz, die alle vier Jahre tagt. Ihr gehören die oben aufgezählten drei Partner aus dem Roten Kreuz an sowie die Vertreter aller Regierungen, die die Genfer Abkommen ratifiziert haben (gegenwärtig 165). Die Regierungen verfügen über eine Mehrheit.
- den Delegiertenrat: Es besteht aus den Mitgliedern der Konferenz, jedoch ohne Regierungsvertreter.
- die ständige Kommission. Sie besteht aus je zwei Vertretern des IKRK und der Liga sowie fünf hinzugewählte Persönlichkeiten.

Sie ist das Koordinierungsgremium während der Zeit, in der keine Tagungen der beiden Gremien stattfinden. Hervorzuheben ist, daß Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein vom Deutschen Roten Kreuz seit 1986 Vizepräsident dieses wichtigen Organs ist.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Am wichtigsten ist nach wie vor das IKRK. Es hat in bewaffneten Konflikten – also Kriegen und Bürgerkriegen – die Hauptlast zu tragen. Es gewährt den Kriegsoptionen Schutz und Hilfe, kümmert sich um politische Häftlinge. Es entwickelt das humanitäre Völkerrecht und erkennt neugebildete nationale Gesellschaften an. Es besteht nur aus schweizer Bürgern – höchstens 25, heute 21 – und ergänzt sich durch Zuwahl. Es hat seinen Sitz in Genf und wirkt in aller Welt durch seine rund 400 Delegierten.

Trotz mancher Anfechtungen hat das IKRK seine Schlüsselstellung bis heute behaupten können.

Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften

Die Liga ist der Weltbund der nationalen Gesellschaften. Die meisten (über 120) führen das Rotkreuzzeichen, Gesellschaften in vielen – nicht allen – mohammedanischen Ländern (ca. 22)



Nach der Schlacht von Solferino (1859) besucht der französische Kaiser Napoleon III die Verwundeten.

Mehr Frieden durch mehr Menschlichkeit

1 000 Delegierte aus allen Landesverbänden in Berlin

den Roten Halbmond. Der Iran führte von 1924 bis 1980 ein drittes Zeichen, den Roten Löwen mit der Roten Sonne. Israel hat sich – leider bisher vergeblich – darum bemüht, auch den Roten Davidstern anerkennen zu lassen. Das Deutsche Rote Kreuz hat Israel immer bei seinen Bemühungen unterstützt.

Die Liga koordiniert die Friedensaufgabe des Roten Kreuzes, hilft bei internationalen Notständen, fördert den Blutspendedienst und das Gesundheitswesen, das Jugendrotkreuz und die verschiedenen Ausbildungsprogramme.

Die nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond

Heute gibt es praktisch in jedem Land eine Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft. Ihre Organisation und ihre Aufgaben sind so verschieden wie die Länder, denen sie angehören.

Die Gesellschaften bedürfen einer doppelten Anerkennung, nämlich einmal durch ihre eigene Regierung, sodann durch das IKRK. Letzteres prüft vor allem, daß die Gesellschaft bestimmte Bedingungen erfüllt, von denen die wichtigste die Achtung der Grundsätze des Roten Kreuzes ist.

Zu diesen Gesellschaften gehört auch das Deutsche Rote Kreuz, das im Rahmen der internationalen Rotkreuzbewegung einen geachteten Platz einnimmt.



Henry Dunant

(Fotos: IKRK)

„Wo immer das Rote Kreuz sichtbar wird, sehen wir das menschliche Antlitz. Mehr Menschlichkeit ist möglich. Mehr Frieden durch mehr Menschlichkeit. Beides durch Menschen, die dienen und helfen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ich wünsche dem Deutschen Roten Kreuz, daß es viele Gefährten auf diesem Weg findet. Das Ziel lohnt alle Anstrengungen!“

Mit diesen Worten des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger, ging die 37. Bundesversammlung des DRK im Berliner Reichstag zu Ende.

Fast 1 000 Delegierte, Mitglieder, Helfer und Mitarbeiter erlebten an diesem 7. November 1987 eine eindrucksvolle, stille und bescheidene Feierstunde als Höhepunkt und Abschluß einer ereignis- und inhaltsreichen Mitgliederversammlung.

Nach einem arbeitsreichen Jahr tat dies vielen Helferinnen und Helfern, Mitgliedern und Spendern, aber auch den Mitarbeitern besonders gut: Der Dank und die öffentliche Anerkennung für hervorragende Leistungen im Dienste hilfsbedürftiger Mitmenschen! Wie ein „roter Faden“ zogen sich Ermutigung, Respekt und Hochachtung vor der Idee und Aufgaben des Roten Kreuzes durch die Ansprachen der Festredner: Der Bundestagspräsident sprach von dem vorbildlichen, lautlosen Rotkreuz-Dienst, von den Menschen, die nicht reden, sondern handeln. Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth dankte im Namen der Bundesregierung „einer Organisation, die national wie international einen Spitzenrang auf den Gebieten der Katastrophenhilfe, des Rettungswesens, der humanitären Hilfe ganz allgemein einnimmt.“ Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen schließlich griff unser Motto „Helfen ohne Grenzen“ auf, um allen Helfern und Mitarbeitern

für die vorbildliche und viele „Grenzen“ überwindende Tätigkeit in Berlin, zum Beispiel im Blutspendedienst, bei der Flüchtlingsbetreuung oder bei der AIDS-Beratung herzlichen Dank zu sagen.

Lob für Einsatzbereitschaft und fachliches Können, die ehrenamtliche Mitarbeit als „Markenzeichen und Gütesiegel“, die bürgernahe Basisarbeit und Stärkung der Selbsthilfe standen im Mittelpunkt des Dankes des DRK-Präsidenten, Prinz zu Sayn-Wittgenstein und bestimmten auch das Grußwort des Präsidenten des DRK-Landesverbandes, Dr. Schmidt.

Auch hier gab es große Übereinstimmung in Diskussionen von Gremien und Delegierten, von Rednern und Ehrengästen: die Zukunft stellt unsere Gesellschaft vor schwierige, aber nicht unlösbare Probleme, zum Beispiel bei der Erhaltung eines leistungsfähigen und finanzierbaren Gesundheitswesens, beim Schutz unserer Umwelt, bei der Überlebenshilfe für die „Dritte Welt“ und ganz vorrangig bei der Schaffung von mehr Frieden und Menschlichkeit in unserem Alltag, wie draußen in der Welt. Das Deutsche Rote Kreuz muß sich in allen Bereichen seiner humanitären Aufgaben den Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung, dem Wandel von Wertvorstellungen, den veränderten Notlagen und Bedürfnissen der Menschen stellen. Die über Grenzen aller Art wirkende und verbindende Idee des Roten Kreuzes muß für die nachwachsenden Generationen erlebbar gemacht werden, muß vor allem „vor Ort“ bürgernah gestaltet und unserer Jugend weiter geöffnet werden. Ein neues Gleichgewicht zwischen Fremdhilfe und Selbsthilfe muß gefunden werden, wir müssen daran arbeiten, „mehr Menschen mehr Verantwortung zuzutrauen und zuzumuten. Denn ohne diese Verant-

wortungsfähigkeit des Menschen und seine Entwicklung verspielen wir unsere Zukunft. Und deswegen muß auch das Rote Kreuz eine Organisation bleiben – trotz ihrer Größe – in der Hauptamtliches und Ehrenamtliches gleich starke Stützen bilden, keiner kann ohne den anderen. So wie die Hauptamtlichen nicht ohne die Ehrenamtlichen können, sind auch die Ehrenamtlichen überfordert, wenn es nicht hauptberufliche Rotkreuz-Mitarbeiter gibt“ (Süßmuth).

Die Delegiertenversammlung nahm am 6. November einen umfassenden, auf Aufgabenschwerpunkte und wesentliche Leistungsbereiche konzentrierten Geschäftsbericht 1986 des Generalsekretärs Dr. Schmitz-Wenzel mit großem Beifall und Zustimmung entgegen. Einstimmig wurden Jahresrechnung und Bilanz des DRK-Präsidiums angenommen und Entlastung erteilt. Nach ausführlicher und teilweise kontroverser Diskussion wurde der Haushalt 1988 mit den Stimmen von 13 der 15 Mitgliedsverbände (die Delegierten der Landesverbände Bayerisches Rotes Kreuz und Hessen stimmten dagegen) verabschiedet. Schließlich wurden wichtige Resolutionen zur AIDS-Bekämpfung und zur Zukunft des Rettungsdienstes verabschiedet.

Eine Pressekonferenz führte zu einer überregionalen Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Schließlich trugen ein rotkreuz-gemäßes Rahmenprogramm, der Empfang im Schöneberger Rathaus und die Gastfreundschaft des DRK-Landesverbandes Berlin – 750 Jahre Berlin ließen die Stadt in besonderem Glanz erstrahlen – zum Gelingen dieser Bundesversammlung bei. Für drei Tage Information und Unterhaltung sorgte schließlich ein gemeinsamer Informationsstand von Präsidium und Landesverband vor der Gedächtniskirche. Rolf Herzbach

ASB feiert 100jähriges Jubiläum in Berlin

Vom 16. 11. bis 20. 11. 1988 geht's rund



1922: Krankentransport per Fahrrad-Rischka.

Die Vorgeschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes beginnt im Jahre 1884. Am 28. November 1884, einem Freitag, vormittags um 11 Uhr, gab es am Flakensee bei Erkner, einem Vorort von Berlin, auf dem Gelände der mär-

methode recht schnell. Täglich waren Unfälle oft schwerer Natur zu verzeichnen. Irgendwelche Vorkehrungen für Unfallverletzte waren damals noch böhmische Dörfer, Verbandkästen waren nur dem Namen nach bekannt, Ärzte nur schwer zu haben. Für den Transport Verunglückter war nichts vorhanden, allenfalls wurden diese von einem leeren Klammottenwagen mitgenommen oder die Verunglückten blieben in einer schmutzigen Baubude liegen, um nach Feierabend von ihren mitleidigen Kollegen oft auf einem elenden Handkarren nach ihrer Behausung gebracht zu werden. Unfallstationen gab es nicht. Ein paar Sanitätswachen in der

methode recht schnell. Täglich waren Unfälle oft schwerer Natur zu verzeichnen. Irgendwelche Vorkehrungen für Unfallverletzte waren damals noch böhmische Dörfer, Verbandkästen waren nur dem Namen nach bekannt, Ärzte nur schwer zu haben. Für den Transport Verunglückter war nichts vorhanden, allenfalls wurden diese von einem leeren Klammottenwagen mitgenommen oder die Verunglückten blieben in einer schmutzigen Baubude liegen, um nach Feierabend von ihren mitleidigen Kollegen oft auf einem elenden Handkarren nach ihrer Behausung gebracht zu werden. Unfallstationen gab es nicht. Ein paar Sanitätswachen in der

Stadt waren nur des nachts geöffnet. Da erkannte die Arbeiterschaft, daß nur der Weg der Selbsthilfe hier Wandel schaffen könne."

Gustav Dietrich, Hauptkassierer des Verbandes Deutscher Zimmerleute und Besitzer des Beerdigungsvereins der Zimmerleute Berlins, berührte es natürlich besonders, daß bei diesem Unglücksfall seine Kollegen so tragisch ums Leben kamen.

Zusammen mit seinen Vorstandskollegen des Verbandes der Zimmerleute, Lokalverband Süd, Wilhelm Zippke, Hermann Neumann, August Laubsch, Josef Schmidt und Wilhelm Nittat, begann er mit den Vorbereitungen



Fabrikunfall Ende des 19. Jahrhunderts.

zur Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen. Zu dieser Zeit hielt bereits der Arzt Dr. Alfred Bernstein Kurse beim „Verein für ärztliche Hilfeleistung“ ab. Bei diesem als freie Hilfskasse für die Arbeiter und deren Frauen und Kinder am 10. Juli 1885 gegründeten Verein, konnte man mit einem Beitrag von 25 Pfennig freie Arztwahl und Vergünstigungen bei Medikamenten, Präparaten und Bandagen erhalten.

An diesen Kursen nahm auch Gustav Dietrich teil. Beeindruckt war er, daß Dr. Alfred Bernstein am Schluß einer seiner Vorträge sagte: Was nützt es Euch, wenn ich Euch den Vortrag halte und Ihr könnt ihn nicht praktisch verwenden?“

Gesagt getan: Man tat sich zusammen, und Dr. Bernstein sorgte in praktischen Lehrgängen dafür, daß Arbeiter die Erste Hilfe erlernten und ihr Wissen nicht nur anwenden, sondern auch weitergeben konnten. So kam es 1888 zur Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes.

Erste Hilfe lehren und selbst leisten ist auch heute, 100 Jahre nach der Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes, nach wie vor der Leitgedanke. Doch beschränken sich diese Ideale nicht mehr ausschließlich auf Unfälle am Arbeitsplatz. Inzwischen hat sich der ASB zu einer Organisation entwickelt, die in allen sozialen Bereichen stark geworden ist. Ob Alten- und Behindertenbetreuung, ob Kranken- und Notfalltransporte, ob häusliche Krankenpflege, „Essen auf Rädern“, Jugendarbeit, Auslandshilfe, Katastrophen- und Zivilschutz. Helfen kennt für den ASB keine Grenzen. Daß das eine gute Sache ist, bezeugen 700 000 Menschen durch ihre Mitgliedschaft. Für alle gilt das Motto:

Arbeiter-Samariter-Bund
... für Menschen, die helfen wollen
... für Menschen, die Hilfe brauchen

Und dieser 100. Geburtstag wird gefeiert. In Berlin. Dort nahm 1888 die Arbeiter-Samariter

Bewegung ihren Anfang, dort wird die nachfolgende Samariter-Generation 1988 die hundertjährige Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes gebührend feiern.

Vier Tage lang geht es rund: Auf dem Programm stehen:

Festakt mit historischem Schauspiel, Besichtigungsfahrten zu ausgewählten Einrichtungen des ASB-Landesverbandes Berlin, Podiumsdiskussion über Vergangenheit und Zukunft des ASB, KFZ-Ausstellung ausgesuchter Fahrzeuge des ASB. Am letzten

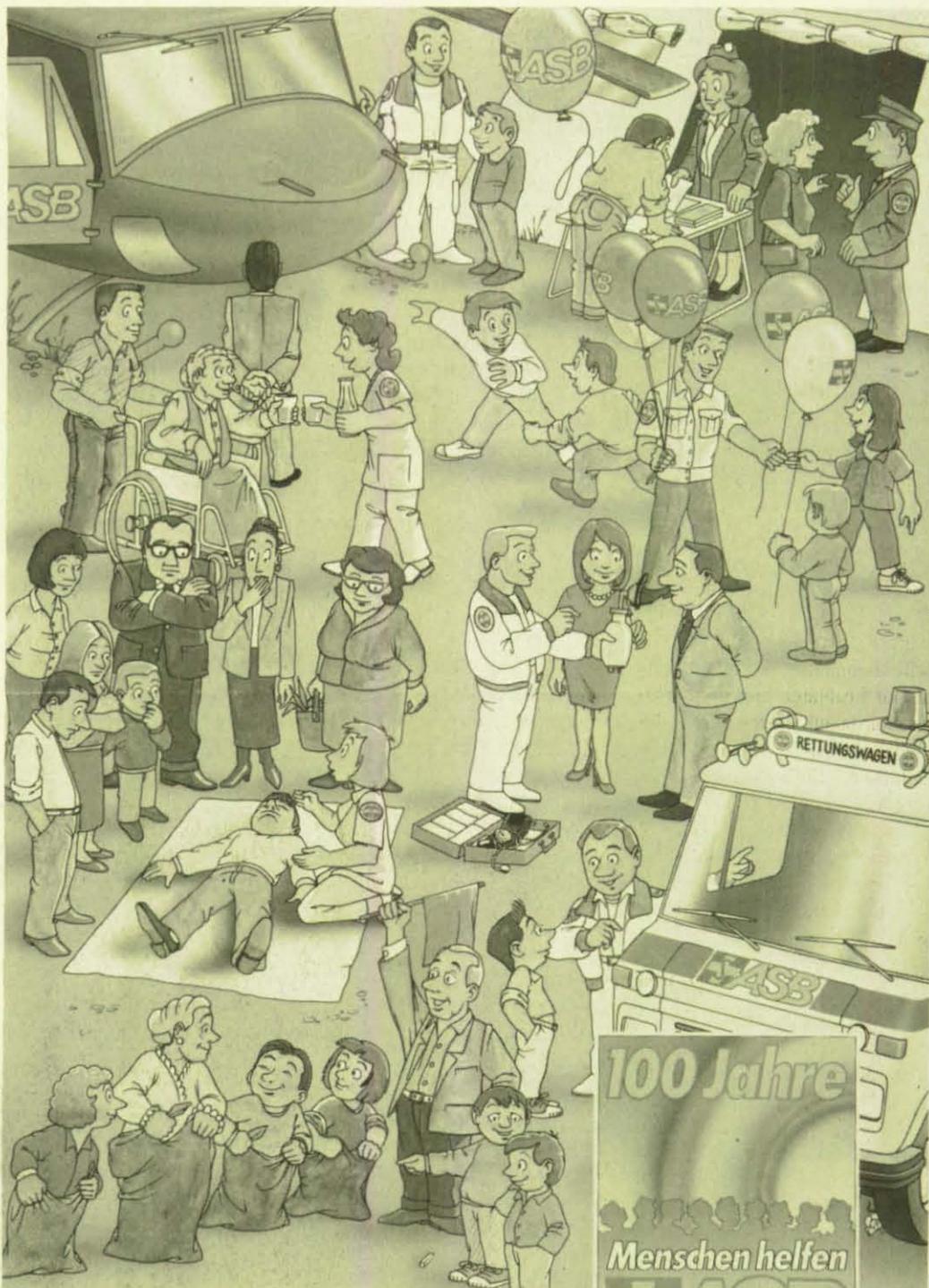
Abend findet im ICC Berlin ein großer Festball statt.

Neben offiziellen Veranstaltungen bleibt genügend Zeit, Berlin auf eigene Faust zu erkunden oder an einem Rahmenprogramm teilzunehmen.

Wer Interesse hat, mit uns zu feiern, kann kostenlos und unverbindlich unser Programmheft anfordern: Arbeiter-Samariter-Bund, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sülzburgstraße 140, 5000 Köln 41.



Gustav Dietrich, Mitbegründer des Arbeiter-Samariter-Bundes 1888.



100 Jahre

Menschen helfen

ASB
 Arbeiter-Samariter-Bund

Wechsel in der Bundesgeschäftsführung

Nach sieben Jahren Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) trat Paul-Georg Kleffel (67) Anfang Dezember in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Andreas von Block-Schlesier, vormals Leiter des Präsidialbüros des DRK und dessen Bundesbeauftragter für die Genfer Konventionen.

Die JUH hat derzeit rund 19 000 aktive Mitglieder, die sich vor allem im Rettungsdienst, in der Ausbildung, im Katastrophenschutz, in Sozialen Diensten und in der Jugendarbeit einsetzen. Über 300 000 Fördermitglieder unterstützen dieses Engagement finanziell. Die JUH gehört damit zu den großen Hilfsorganisationen in Deutschland.

JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin dankte Kleffel während einer Feierstunde in Bonn für seine engagierte und wirkungsvolle Arbeit und führte aus: „Zukunftsweisende Umstrukturierungen im Gesamtverband wurden von ihm entworfen, durchgeführt und begleitet. Seine analytische Denkweise, sein Verständnis für Realitäten und sein Organisationstalent halfen ihm, die Vielfalt der Aufgaben einer ehrenamtlichen Hilfsorganisation zu koordinieren.“

Paul-Georg Kleffel, 1920 in Pommern geboren, wurde nach dem Abitur, einem Praktikum und dem Reichsarbeitsdienst 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Nach Ende des II. Weltkrieges arbeitete Kleffel zuerst in der Speditionsbranche und dann in der Filmindustrie, zuletzt als Produktionsleiter von Spiel- und Fernsehfilmen. 1956 trat er in die Bundeswehr ein. Nach verschiedenen Verwendungen wurde Kleffel 1978 Kommandierender General des III. Korps. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1980 übernahm er die Bundesgeschäftsführung der JUH.

Kleffel ist Träger höchster Auszeichnungen, darunter des Großen Verdienstkreuzes des

Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. Seine Hobbys sind moderne Literatur und kulturelle Reisen.

Andreas von Block-Schlesier, geboren 1945 in Goslar, ist Volljurist und zugelassener Rechtsanwalt. Daneben absolvierte er ein Zweitstudium mit den Schwerpunkten Pädagogik, Deutsch und Geschichte. Von 1976 bis 1987 war er in verschiedenen Positionen beim Deutschen Roten Kreuz tätig. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Von den beruflichen Anstrengungen entspannt er sich gerne mit handwerklicher Arbeit. **Zum Schluß seiner Dienstzeit stellte sich der scheidende Bundesgeschäftsführer Paul-Georg Kleffel zu einem Kurzinterview.**

Was hat Sie während Ihrer Amtszeit an der JUH besonders beeindruckt?

Paul-Georg Kleffel: Der Geist, der unser Ordenswerk trägt, aus dem ein ungeheurer Ideenreichtum und eine große Flexibilität erwachsen, mit der sich wandelnde Aufgaben gemeistert werden.

So hat die notwendige Hinwendung zu den Sozialen Diensten Impulse ausgelöst, die in den letzten Jahren an der Basis, bei den Kreis- und Ortsverbänden zu neuen Initiativen und erstaunlichen Aktivitäten geführt haben, um behinderten, kranken und alten Menschen zu helfen.

Sie haben sich besonders für eine straffe und schlagkräftige Bundesgeschäftsführung eingesetzt. Welcher Stellenwert kommt dieser Ihrer Ansicht nach im Gesamtgefüge der JUH zu?

Paul-Georg Kleffel: Solange die JUH ein auf Bundesebene eingetragener Verein mit nicht selbständigen Untergliederungen ist, haben wir eine zentrale Verantwortung und Haftung. Das beginnt bei der Personalführung und geht über Richtlinien für die Ausbildung, den Einsatz und die Verwaltung bis zur Bilanz und einem einheitlichen äußeren Erscheinungsbild der JUH, um nur einiges zu nennen.

Da das Präsidium, dem die Leitung der JUH obliegt, wie auch die Beauftragten auf allen Ebenen, ausschließlich aus ehren-

amtlichen Mitarbeitern bestehen, die zeitlich oft nicht in der Lage sind, die laufende Dienstaufsicht ausüben zu können, hat der Bundesgeschäftsführer laut Satzung im Rahmen von Richtlinien des Präsidiums die Geschäfte selbstständig zu führen. Dazu ist ein effektives Führungs- und Verwaltungsorgan notwendig.

An welches Erlebnis in den sieben Jahren JUH denken Sie besonders gern zurück?

Paul-Georg Kleffel: Für mich haben die Bundeswettkämpfe in Erster Hilfe einen besonders starken Eindruck hinterlassen, weil hier die Siegermannschaften der Wettkämpfe auf Landesebene zusammenkamen. Man spürt die Verbundenheit und Kameradschaft einer starken Gemeinschaft, die mit großem Teamgeist und Hingabe zeigen will, daß sie im Notfall helfen kann.

Wir danken Ihnen herzlich für die Beantwortung unserer Fragen und wünschen Ihnen für die kommenden Jahre Gesundheit und alles Gute.



Der Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm-Karl Prinz von Preußen, im Gespräch mit Paul-Georg Kleffel.

Landesschule der Johanniter öffnet Pforten in Wertheim Gräfin-von-Stosch-Haus: Johanniter übernehmen Gebäude von Frankensteiner Diakonissen

Mit einem traditionellen Festgottesdienst und einer Übernahmefeier wurde Ende Januar in Wertheim-Hofgarten die neue Landesausbildungsstätte der Johanniter-Unfall-Hilfe eröffnet. Das Gebäude, ein freigewordener Trakt des Diakonissen-Mutterhauses Frankenstein e. V., wurde von den Schwestern der Johanniter zur Verfügung gestellt.

Der Schwerpunkt der Ausbildung an der Landesschule wird im Bereich der (Mobilen) Sozialen Hilfsdienste der Sanitätsorganisation liegen. Das heißt: Aus- und Fortbildung von Helferinnen, Helfern und Zivildienstleistenden für die Bereiche Häusliche Alten- und Krankenpflege, Alten- und Behindertenhilfen, Behinderten-Fahrdienste.

Die neue Schule ergänzt damit das Programm anderer Johanniter-Schulen in anderen Bundesländern. Daher werden zu diesen Lehrgängen nicht nur Teilnehmer der 29 Orts- und Kreisverbände der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. in Baden-Württemberg kommen, sondern auch aus der ganzen Bundesrepublik.

Die Ausbildung „Mobile Soziale Hilfsdienste“ dauert z. B. drei Wochen: Theorie und Praxis aus der Altenpflege, Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich Tätigen, einiges über Grundpflege.

Der Kurs „Behindertenfahrdienst“ dauert zwei Wochen und beinhaltet die Zusammenwirkung mit den speziellen Fahrgästen, die Technik des Rollstuhls, weitere häusliche Hilfen.

Um diese langdauernden Kurse abzuhalten, ist die Schule mit Übernachtungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für 40 Teilnehmer ausgestattet. Zwei Lehrsäle, Gruppenarbeitsräume und Aufenthaltsräume bieten alles, was für die Ausbildung erforderlich ist.

Neben dieser Hauptausbildung werden auch Schwesternhelferinnen, Pflegehelfer sowie Führungskräfte für alle Bereiche der Sanitätsorganisation herangebildet und fortgebildet.

Die in Baden-Württemberg einmalige Johanniter-Einrichtung

zentralisiert auch Ausbildungen, die bisher unter hohem organisatorischem Aufwand an mehreren Orten in Baden-Württemberg stattfinden mußten. Damit wird auch ein einheitlicher Standard der Helfertätigkeiten für alle Standorte erreicht.

Auch den Bürgern der Stadt soll diese Einrichtung zugute kommen: An das Angebot von Erste-Hilfe-Kursen, Häuslicher Krankenpflege und der Ersten Hilfe am Kind ist gedacht. Firmen werden hier ihre Betriebshelfer ausbilden können.

Und ein erfreulicher, wenn auch geringer Nebeneffekt: Die Übernahme des Hauses bedeutete für die Johanniter auch die Übernahme des Reinigungspersonals sowie Arbeitsbeschaffung für einen Ausbilder und eine Sekretärin.

Gräfin von Stosch-Haus, so der Name der neuen Schule, erinnert an die erste Oberin der in Frankenstein/Schlesien im Jahre 1866 gegründeten Ausbildungsstätte für Kranken- und Kinderschwester, aus der das Frankensteiner Mutterhaus und nach dem Zweiten Weltkrieg das heutige Diakonissen-Mutterhaus und Altenheim in Wertheim hervorgingen.

Hedwig Gräfin von Stosch leitete die Schwesternschaft von 1869 bis 1906.

Die Zusammenarbeit der Johanniter und der Frankensteiner Diakonissen hat Tradition, waren schon zur Gründungszeit einige der Schwestern mit den bis zum Zweiten Weltkrieg im Gebiet des heutigen Polens existierenden über 50 Krankenhäuser und Altenheimen der Johanniter eng verbunden, wie auch mit mehreren Häusern in Schlesien.

Als Dank für die Bereitstellung des Schulgebäudes wurde nun von Johannitern und Diakonissen mit diesem Namen an diese mehr als ein Jahrhundert bestehende Zusammenarbeit erinnert. Auch heute sind einige Johanniter-Schwesterhelferinnen im Feierabendheim tätig. Von der Ausbildung für die Sozialen Dienste werden auch die Frankensteiner Diakonissen und das Wohnstift profitieren.

Eine gelungene Rettungsaktion

Katastrophenalarm in Essen: Vermutlich aufgrund zweier Explosionen brach am Abend des 23. November 1987 im Operationstrakt des Essener Luther-Krankenhauses Feuer aus. Zum ersten Male in der Bundesrepublik mußte ein ganzes Krankenhaus evakuiert werden. 74 Rettungswagen mit 264 Helfern aus Essen waren in kürzester Zeit alarmiert worden, um den Kranken im Luther-Haus zur Hilfe zu eilen. Wenig später, als das ganze Ausmaß des Brandes erkannt worden war, beteiligten sich auch Retter aus den umliegenden Städten an der Evakuierung der Klinik und der Versorgung der Patienten – die JUH Essen und Mülheim waren mit insgesamt 77 Helfern, vier Rettungstransportwagen, 17 Krankentransportwagen, zwei Mannschaftswagen und einem Bluttransportfahrzeug im Einsatz.

Erschütternde Szenen spielten sich an diesem Montagabend vor dem Evangelischen Krankenhaus in Essen ab. Hier war gegen 18.45 Uhr der Anbau des Hospitals, in dem vor allem Operationssäle, die Intensivstation und andere Krankenstationen untergebracht waren, in Brand geraten. Innerhalb weniger Minuten brannte die gesamte 3 000 Quadratmeter große Decke des Flachdaches. Die Flammen schlugen ins Innere, dichter Rauch und starke Hitze durchzogen die Gänge.

Bereits um 18.57 Uhr rückten die ersten Krankentransportwagen der JUH aus. Unverzüglich wurden acht Patienten aus der Intensivstation verlegt, darunter vier Menschen, die beatmet werden mußten. Gegen 21.30 Uhr entschloß man sich, das gesamte Krankenhaus zu räumen. 170 akut Kranke wurde nach kurzem Aufenthalt in einer zum Lazarett umfunktionierten Turnhalle auf umliegende Krankenhäuser verteilt, etwa 200 Patienten nach Hause entlassen.

Nach 90 Minuten war das Hospital geräumt. Die Evakuierung und Versorgung der Patienten war gegen 23.30 Uhr abgeschlossen. 370 Patienten waren zur Zeit des Unglücks im Krankenhaus und mußten von den Helferinnen und Helfern versorgt werden. Zu einer Panik oder übergroßen Hektik ist es während des Einsat-

zes zu keiner Zeit gekommen. Alle Beteiligten – Feuerwehr, Polizei, Krankenhaus, Bundeswehr und die Hilfsorganisationen – lobten den reibungslosen Ablauf der Rettungsaktion.

Ein Dankeschön aus Polen

Die völlige Unterversorgung auf medizinischem Sektor in Polen hatte die JUH zu einer Aktion veranlaßt. Über den ersten Transport von Hilfsgütern nach Polen berichteten wir in unserer letzten Ausgabe. Mittlerweile hat ein zweiter Transport mit 40 Tonnen Hilfsgütern im Wert von rd. einer Million DM sein Ziel erreicht.

Wie dringend Medikamente und medizinische Geräte in Polen benötigt werden, beweisen nicht zuletzt die kürzlich angelieferte Hilfskation der EG und die Postkarte mit einer Danksagung, die uns neulich erreichte. Diesen Dank möchten wir an alle weitergeben, die dem Spendenaufruf gefolgt sind. Denn frühzeitiges Erkennen und rasche Reaktion einer Hilfsorganisation verlaufen im Sande, wenn die Bevölkerung, Ärzte, Firmen und Apotheker auf einen Hilferuf nicht reagieren.

Auch nach dem ersten Transport von Hilfsgütern trafen laufend Sachspenden ein, die in Baunatal und Heilbronn zwischengelagert wurden. Dabei handelte es sich nicht nur um Medikamente aller Art, medizinische Großgeräte und Krankenbetten, sondern auch um Kleidung, Schuhe und andere Sachgüter.

Mitte Oktober waren somit noch einmal 40 Tonnen Hilfsgüter im Werte von rd. einer Million Mark zusammengeliefert. Unternehmen aus Baunatal und Heilbronn stellten kostenlos zwei Lastzüge für den Transport zur Verfügung. Fünf Johanniter machten sich dann mit der wertvollen Fracht auf die 2 500 Kilometer lange Reise.

Ohne größere Schwierigkeiten an der DDR-Grenze erreichten sie ihre Anlaufstellen in Stettin, Stolp und Gdingen, wo sie bereits von evangelischen Pastoren erwartet wurden, die bei der weiteren Verteilung an die Krankenhäuser halfen. Insgesamt waren die fünf Johanniter vier Tage lang unterwegs, bevor sie ihre Heimorte wohlbehalten wieder erreichten.

Lepra: Moderne Medizin und alte Vorurteile

Als ich an jenem kühlen Novembermorgen im Flugzeug Richtung Bombay saß, hatte ich doch ein flaues Gefühl im Magen. Nicht etwa vom Fliegen, das war ich in den letzten Jahren ausreichend gewohnt, nein, mehr von meinem Bestimmungsort, einem großen Leprakrankenhaus am Stadtrand von Hyderabad, der chaotischsten Großstadt, die ich je gesehen hatte, 4 Millionen-Hauptstadt einer der ärmsten und am wenigsten entwickelten Provinzen Indiens, Andhra Pradesh.

Im Sivananda Rehabilitation Home, wie das riesige Leprosarium unauffällig heißt, sollte ich meine „Grundausbildung“ in Lepra-Medizin absolvieren, um anschließend im thailändischen Flüchtlingslager das Lepra-Projekt der Malteser zu übernehmen. Denn wie alle Ärzte, die in der Bundesrepublik studieren, hörte ich im Medizinstudium nichts von dieser eher mystischen Erkrankung, an der allein in Indien immerhin etwa 4 Millionen Menschen leiden, weltweit sind es um die 16 Millionen.

Dabei ist es eigentlich gar keine richtige Tropenkrankheit, denn noch vor 100 Jahren gab es in Europa und auch in unseren Land genügend Leprakranke, Aussätzige, wie es in unserer Sprache abwertend heißt. Noch wußte ich nichts von dieser tückischen Krankheit, die die Ärmsten der Armen befällt (aber gelegentlich auch einen indischen Millionär) und von der in der Regel nur Unwahrheiten, Vorurteile und geschmacklose Witze bekannt sind.

In Hyderabad lernte ich schnell: Im Sivanada Home werden 900 Leprapatienten stationär und über 3 000 ambulant betreut, von 6 Ärzten und 15 katholischen Ordensschwwestern. Trotzdem waren die Krankenräume sauber,

die Kleidung der Patienten ordentlich, das Essen ausreichend und die Behandlung nach dem neuesten Stand der Medizin.

In den letzten zehn Jahren hat sich viel geändert in der Behandlung von Lepra. War mit dem in den 40er Jahren eingeführten Sulfonamid Dapson nach einer Behandlungszeit von mindestens sechs Jahren bis zu lebenslänglicher Behandlung nötig, konnte mit der Einführung einer modernen Mehrmedikamententherapie mit zwei oder drei kraftvollen Antibiotika (Rifampicin und Lamprene) die Behandlungszeit drastisch verkürzt werden, im günstigsten Fall auf sechs Monate, in der Regel auf zwei bis drei Jahre.

Heilung ist möglich

Vier Wochen blieb ich in Hyderabad und lernte alles über die frühen Symptome der Krankheit, über die notwendigen Laboruntersuchungen, über die normale Therapie und die Behandlung von Komplikationen der Lepra vor allem über die soziale Problematik der Absonderung und der Wiedereingliederung der Patienten in die Gesellschaft. Die Isolation war notwendig und sinnvoll in einer Zeit, in der es noch keine erfolgreiche Therapie gab und die Patienten deshalb ansteckend waren. Aber heute ist ein lepromatöser Patient mit Milliarden von Leprabazillen bereits nach zwei Wochen moderner Therapie nicht mehr infektiös und somit keine Gefahr mehr für die Gemeinschaft. Nur die jahrtausende alten Vorurteile sind mit Antibiotika nicht auszurotten.

Anfang Dezember saß ich wieder im Flugzeug, jetzt aber ohne

flaues Gefühl und mit vielen neuen Eindrücken, viel neuem Wissen und hohen Erwartungen. Mein neuer Bestimmungsort war Aranyaprathet, eine Kleinstadt an der thailändisch-kambodschanischen Grenze, dem Hauptversorgungsort für die etwa 250 000 kambodschanischen Flüchtlinge, die in großen Lagern an der Grenze von Thailand und Kambodscha leben.

Ich kannte die Stadt und viele der Lager schon von meinen früheren Einsätzen in Jahren 1980 und 1981, als der Malteser-Hilfsdienst dort ein chirurgisches Team einsetzte.

Der Flüchtlingsstrom in Richtung Thailand setzte im Herbst 1979 ein, nachdem die Vietnamesen das Land besetzt hatten und die fast vierjährige Schreckensherrschaft Pol Pots und den Völkermord der Roten Khmer beendeten. Die Vietnamesen waren und sind nach wie vor die Erzfeinde der Kambodschaner und so flohen die ausgehungerten und ausgezehrt Menschen an die thailändische Grenze. Dort gab es seit Ende 1979 Essen und schon bald eine ausgezeichnete medizinische Versorgung.

Des öfteren kamen Patienten mit komplizierten chirurgischen Erkrankungen von Phnom Penh bis zum Malteser-Hospital in Khao-I-Dang, um sich operieren zu lassen.

Die Hauptaufgabe damals war aber die Versorgung von Kriegsverletzten und davon gab es mehr als genug: täglich wurden Patienten mit Schußverletzungen, abgerissenen Beinen und Granatsplittern operiert.

Ende 1981 konnte das chirurgische Team des MHD abgezogen werden, da sich die Lage stabilisiert hatte und das Internationale

Rote Kreuz die chirurgische Versorgung voll übernahm. Der Malteser-Hilfsdienst betreut seither weiterhin die Leprakranken.

Traum vom neuen Leben

Vieles erkannte ich wieder in Khao-I-Dang, damals dem größten Lager, leben heute „nur“ noch 23 000 Flüchtlinge. Dafür gibt es neue Lager an der Grenze, so etwa Site 2 mit 150 000 Flüchtlingen und auch ein Lager der Roten Khmer, Site 8, mit etwa 40 000 Menschen. Viele von ihnen träumen von einem neuen Leben in den Vereinigten Staaten oder einem anderen westlichen Land, aber nur für wenige geht der Traum in Erfüllung.

Unter diesen Flüchtlingen gibt es 200 Leprakranke und auf deren Betreuung hat sich der MHD spezialisiert. Das MHD-Team besteht aus einem Arzt, einer deutschen Krankenschwester, einer thailändischen Krankenschwester und kambodschanischen Hilfskräften. Die Ausbildung von kambodschanischen „medics“ ist sehr wichtig. In einem Schnellkurs erhalten interessierte Flüchtlinge ein Basiswissen, um die eigene Bevölkerung auch ohne Mithilfe der „farangs“, der Ausländer, betreuen zu können.

Medikamente gibt es genug. Sie werden von einer UN-Organisation geliefert und die Apotheke ist reichhaltig bestückt. Sie liefert auch die Medikamente für das MHD-Programm und so können die Patienten nach den neuesten Erkenntnissen behandelt werden.

Hauptproblem: Die Früherkennung

Die Krankheit beginnt oft mit unauffälligen und schmerzlosen Hautflecken, die nur langsam innerhalb von Monaten an Größe zunehmen und so oft nicht mit dem nötigen Ernst beachtet werden. Treten dann an einer Hand Muskelschwächen auf, so wird auch das oft verharmlost, und die Patienten kommen oft erst zu uns, wenn die Muskellähmung komplett ist, die wir dann mit Medikamenten nicht mehr rückgängig machen können.

Lepra ist eine Erkrankung der Haut und der peripheren (rückmarksnahen) Nerven. Je nach Immunitätslage (Abwehrlage) der Patienten unterscheiden wir drei Haupttypen der Lepra: bei guter Immunität die tuberkuloide Form, bei schlechter oder fehlender Immunität die lepromatöse Form, und dazwischen gibt es die unterschiedlichsten Mischformen, sogenannte borderline-Lepra. So gibt es eine ungeheure Vielfalt an Hauterscheinungen und Nervenbeteiligungen, die eine Diagnostik (Erkennung) der Lepra für den Nichtfachmann als Hexerei erscheinen läßt.

Oft werden Patienten monatelang mit Pilzsalben oder schädlichen Cortisonsalben behandelt, bevor sie zu uns überwiesen werden. Deshalb sind Aufklärungskampagnen so wichtig, um rechtzeitig mit der Therapie beginnen zu können. Kommt ein Patient im Anfangsstadium zu uns, noch ohne Nervenschäden, so können wir meist die Krankheit folgenlos ausheilen. Treten im Verlauf der Krankheit gefährliche Nervenentzündungen auf, so können wir auch dafür wirksame und starke Medikamente geben und oft Folgeschäden verhindern.

Falls dann trotzdem ein Muskel durch eine Nervenentzündung gelähmt und zerstört worden ist, stehen chirurgische Möglichkeiten zur Verfügung. Wurde rechtzeitig mit Physiotherapie (Übungsbehandlung) begonnen, können wir die Sehnen der geschädigten Muskeln mit gesunden Muskeln verbinden, die nun eine andere Funktion bekommen.

Sehnentransfer nennt sich dieses nicht ganz leichte Verfahren in der Fachsprache.

Entscheidend ist die Früherkennung. Dazu gehört auch eine spezielle Laboruntersuchung, bei der die Erreger der Lepra, kleine Bakterien ähnlich dem Tuberkelbakterium, durch eine Spezialfärbung im Mikroskop erkannt werden können.

Fehlende Schmerzen

Die Behandlung erfolgt nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO mit der modernen Mehrmedikamententherapie. Die Patienten kommen wöchentlich ins Hospital, um die Medikamente einzunehmen, gleichzeitig wird nach den Hauptkomplikationen gefahndet, nach Nervenentzündungen und Geschwüren an den oft gefühllosen

Fußsohlen. Die Patienten bekommen dann spezielle Schuhe, damit sie sich nicht verletzen können. Denn Verletzungen führen oft zu Knochenerkrankungen, die wegen der fehlenden Schmerzen (Nervenschaden) langfristig zum Verlust von Zehen führen können. Dabei handelt es sich um eine chronische Entzündung und nicht etwa um ein Abfallen von Zehen oder Fingern, wie häufig falsch vermutet wird.

Da sich Behandlungserfolge herumsprechen, kommen immer mehr Patienten zu uns, teilweise von weit her aus dem Inneren von Kambodscha. Im Land selbst gibt es bis heute kein effektives Lepra-Programm. Leider kommen viele Patienten sehr spät mit schon vielen Nerven- und Muskelschäden. Auch dann beginnen wir die gleiche Therapie, können die Krankheit aber nicht mehr ausheilen, sondern nur zum Stillstand bringen.

„Überflüssige Schmarotzer“

Wir bemühen uns, die Leprösen baldmöglichst wieder in ihr normales Leben einzugliedern und ihnen auch eine Beschäftigung zu geben. Dafür steht ihnen unser skill-center, das Handarbeitszentrum zur Verfügung. Dort können sie zum Beispiel das Weben erlernen und in der Produktion von Kromas, speziellen Tüchern, die Frauen und Männer tragen, der Umwelt beweisen, daß sie nicht „überflüssige Schmarotzer“ der Gesellschaft sind, sondern für ihren Lebensunterhalt arbeiten können. Dies trägt entscheidend zur Selbstfindung und Selbstsicherheit der Leprapatienten bei und führt auf diese Weise auch zu einer Besserung der Krankheit.

Die Vielseitigkeit der Lepra und die damit verbundenen Probleme macht diese Krankheit für den Arzt interessant. Es wird eben die gesamte Palette der Medizin berührt, zumal psychologische und sozialmedizinische Probleme aufgeworfen werden.

Der Malteser-Hilfsdienst betreut die Leprapatienten unter den kambodschanischen Flüchtlingen bereits seit 1979. Viele konnten bereits aus der Behandlung entlassen werden oder wurden in westliche Länder umgesiedelt. Doch jeden Monat kommen neue Patienten dazu, so daß ihre Zahl nicht sinkt. Die an der thailändisch-kambodschanischen Grenze tätigen UN-Organisationen sowie die anderen internationalen und freiwilligen Hilfsorganisationen haben die Malteser aufgefordert, dieses wichtige Programm fortzuführen, weiterhin den Ärmsten der Armen zu helfen, im Dschungel des andauernden Krieges ein menschenwürdiges Leben zu finden.

Dr. Peter Hartmann, München



Viele Patienten kommen leider erst ins Malteser-Hospital, wenn die Nerven- und Muskelschäden bereits weit fortgeschritten sind.



Dr. Hartmann (Mitte) im Kreis seiner Helfer.

Aufgabenabgrenzung zwischen kommunalen Feuerwehren und Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Resolution des Präsidiums des DFV vom 23. 1. 1988

Nachfolgende Schreiben sandte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, am 27. 1. 1988 an folgende Herren:

An die Herren
Innenminister/-senatoren der Bundesländer

nachrichtlich den Herren:

- Bundesminister Dr. Schäuble, Bundeskanzleramt
- Bundesminister Dr. Stoltenberg, Bundesministerium der Finanzen
- Bundesminister Dr. Zimmermann, Bundesministerium des Innern
- Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien
- Präsident Dr. Zavelberg, Bundesrechnungshof
- Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände

Sehr geehrte Herren Innenminister, sehr geehrte Herren Innensenatoren!

Aufgrund der uns bekanntgewordenen Initiativen des Bundes sah sich das aus den Vorständen der Mitgliedsverbände bestehende Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes am 23. Januar 1988 veranlaßt, hierzu Stellung zu nehmen.

Wir dürfen uns erlauben, Ihnen als für die Feuerwehren Verantwortlichen diese einstimmig gefaßte Resolution zu überreichen. Im Wissen um Ihre stets bewiesene Verantwortung für die Feuerwehren gehe ich davon aus, daß Sie sich im Sinne unseres Anliegens einsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Hinrich Struve
Präsident

Herrn Bundesminister
Dr. Zimmermann
Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Str. 198
5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Zimmermann!

Durch die uns bekanntgewordenen Initiativen Ihres Ministeriums sah sich das aus den Vorständen der Mitgliedsverbände bestehende Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes am 23. Januar 1988 veranlaßt, beiliegende Resolution einstimmig zu fassen.

Waren wir bisher immer noch der Hoffnung, daß es zu einer sinnvollen Lösung kommt, so mußten wir leider feststellen, daß Ihr Ministerium alles unternimmt, dem THW neue friedensmäßige Aufgaben zu verschaffen.

Trotzdem hoffe ich, daß Sie sich persönlich dafür einsetzen werden, damit durch ehrlich geführte Gespräche dieses Problem schnell einer sinnvollen Lösung zugeführt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Hinrich Struve
Präsident

Technisches Hilfswerk im Aufgabenbereich der Feuerwehr?
Deutscher Feuerwehrverband lehnt Überlegungen entschieden ab

Resolution zu Überlegungen der Zuständigkeit des THW im friedensmäßigen Aufgabenbereich der Feuerwehr

Das aus den Mitgliedsverbänden des DFV bestehende Präsidium verabschiedete am 23. 1. 1988 folgende Resolution:

Das Aufgabengebiet der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist eindeutig im Errichtungserlaß des THW vom 25. 8. 53 (Abschnitt II „Aufgaben“) festgelegt. Die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder stellte bereits am 20. 6. 75 grundsätzlich fest, daß technische Hilfeleistungen nach den Gesetzen der Länder Aufgabe der Feuerwehren sind.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk kann gem. Nr. VII Abs. 1 des Errichtungserlasses grundsätzlich nur auf Anforderung der zuständigen Behörde und im Rahmen der Amtshilfe tätig werden. Die mögliche friedensmäßige Betätigung des THW im Rahmen des Errichtungserlasses ergibt sich aus den im KatSG des Bundes zugewiesenen Aufgaben. Dieses sind bei friedensmäßigen Katastrophen und Großschadensereignissen in erster Linie die Fachdienste Bergung und Instandsetzung.

Der Deutsche Feuerwehrverband stellt fest, daß seit Jahren umfangreiche Bemühungen unternommen werden, dem THW ergänzend zu den im Errichtungserlaß festgelegten Zuständigkeiten neue friedenszeitliche Aufgaben in technischen Bereichen zu verschaffen, die nach heute geltendem Länderrecht den kommunalen Feuerwehren zugeteilt sind.

Nach unserem Kenntnisstand versuchen das Bundesministerium des Innern und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in letzter Zeit, durch Gespräche auf Länderebene hier ergänzende Regelungen, wie z. B. Vereinbarungen, zugunsten einer Mitwirkung des THW zu erzielen.

Die Bemühungen des Bundes bei der Umsetzung seiner Ziele werden dadurch unterstützt, daß dem THW zunehmend erhöhte Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es werden z. B. dem THW vom Bund auch Fahrzeuge und Geräte zugestanden, die bereits von den Kommunen aufgrund der Ländergesetze für die Feuerwehren ständig vorzuhalten sind. Ferner werden den Kommunen seit einiger Zeit alle THW-Leistungen kostenlos zu Lasten des Bundeshaushalts angeboten. Dieses ist volkswirtschaftlich und unter dem Gesichtspunkt einer kostensparenden Verwendung von Haushaltsmitteln nicht vertretbar.

Wenn der Bund für das THW neue friedensmäßige Aufgaben sucht, dann sind solche Aufgabenbereiche zu wählen, die bisher nicht von anderen öffentlichen und privaten Organisationen des KatS aufgrund gesetzlicher Regelungen bzw. Vereinbarungen wahrzunehmen sind.

Tagtäglich beweisen die Feuerwehren, daß sie alle die ihnen gestellten Aufgaben zum Wohle der Bürger uneingeschränkt erfüllen. Das Verhalten des Bundes ist deshalb für uns völlig unverständlich. Der Deutsche Feuerwehrverband appelliert an die in den einzelnen Bundesländern zuständigen Fachminister, dieser vom Bund betriebenen Entwicklung Einhalt zu bieten.

Es ist schon etwas Außergewöhnliches, wenn der Deutsche Feuerwehrverband sich gezwungen sieht, eine Resolution zu fassen.

Wir haben immer versucht, anstehende Probleme durch Gespräche mit den entsprechenden Stellen zu lösen. So haben auch in der letzten Zeit wiederholt Gespräche wegen der anstehenden Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes stattgefunden. Seitens des BMI wurde immer wieder betont, daß man über alle Dinge mit den Beteiligten in offener und fairer Weise sprechen würde, um zu einer gemeinsamen, tragbaren Lösung zu kommen. Um so betroffener waren wir, als wir davon Kenntnis erlangten, daß vom BMI zusammen mit der Führung des THW mit allen Mitteln versucht wird, friedensmäßige Aufgaben, welche unterhalb der Katastrophenschwelle liegen, für das THW zu bekommen. Direkt darauf angesprochen, wurden diese Bemühungen sogar verneint.

Wir meinen, daß dieses Vorgehen und diese Verhaltensweise nicht mit der so oft beschworenen Gemeinsamkeit in Einklang zu bringen ist.

Um die berechtigten Interessen der Feuerwehren zu wahren, sahen wir uns genötigt, diese Resolution zu beschließen.

Zwei Anmerkungen möchte ich dazu machen.

Zum einen richtet sich diese Resolution nicht gegen die freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer des THW, zum anderen hoffe ich, daß man auf der „anderen Seite“ begreift, daß den Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung mit ehrlichen Gesprächen mehr gedient ist, als durch die zur Zeit vom BMI durchgeführte Aktion. Der Sache wegen bin ich trotz allem weiterhin zu Gesprächen bereit.

Hinrich Struve

Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Meldeschluß: Ende Februar 1988

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1988 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

Bronze/Silber

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den

Deutscher Feuerwehrverband (DFV)
Koblenzer Straße 133,
5300 Bonn 2

Für die Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren haben diese bis spätestens Ende Februar 1988 (unter Vorbehalt einer späteren Teilnahme) formlos beim DFV anzumelden. Daraufhin erhalten diese Feuerwehren vom DFV die benötigten An-

meldeunterlagen und die vorliegenden Veranstaltungsinformationen.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist vom Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

6. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischer Bestim-

mungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

- seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,
- am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und
- einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.
- Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbungsveranstaltung nur einmal antreten.
- darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbewerb erneut antreten.

Die Bewerbungsgruppe

- muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen,

- muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,
 - darf bei einem Gesamalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.
- Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewerbungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmi-

gung) vorliegt. - Jugendfeuerwehren können an diesen Bewerbungen nicht teilnehmen.

3. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland handelt es sich um

- a) Bewerbe nach den Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes
- b) Freundschafts-Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den Internationalen Feuerwehrwettkampf des CTIF“

Hinweis:

1. Die Bewerbungsbestimmungen in Kärnten sind grundlegend anders als die in den anderen österreichischen Bundesländern und in Südtirol.
2. Außer in Vorarlberg kann beim gleichen Bewerb „Bronze“ und „Silber“ erworben werden, sofern dieses in der Anmeldung über den DEV enthalten ist. In Vorarlberg kann beim gleichen Bewerb nur „Bronze“ bzw. „Silber“ erworben werden. - In Kärnten ist grundsätzlich der Erwerb der „Stufe I“ Voraussetzung für „Stufe II“ bzw. „Stufe III“ und „Stufe III“ für „Stufe IV“. Pro Jahr kann hiervon nur eine Stufe erworben werden.

„Der singende Löschzug“

Ein Unterrichtsabend der Seniorengruppe des Löschzuges Berkum der Freiwilligen Feuerwehr Wachberg (bei Bonn) war angesagt; die Floriansjünger sind alle zur Stelle. Besprochen werden an diesem Abend die Einsatzmaßnahmen bei einem Brand in dem neubauten Seniorenheim. Nach Beendigung des Unterrichts erzählt man sich, in Nostalgie schwelgend, das ein oder andere. „War das nicht eine schöne Zeit, als wir von der Feuerwehr zum Seniorennachmittag im Advent ein Lied gesungen haben, war die Ergriffenheit, mit der die Senioren unserem Gesang lauschten, nicht Dank und Ansporn genug?“

Das Stichwort war gefallen, die Diskussion war im vollen Gange. Es muß wieder gesungen werden, ein Feuerwehrchor muß her. „Wer hat Lust mitzusingen?“ Sofort meldeten sich 13 Mitglieder, um dem Liedgut zu fröhnen. Und da wußte plötzlich Robert Walgenbach: „Ich habe einen, der könnte uns gut dirigieren.“ Gesagt, getan, der Dirigent, Heinz Josef Storck, wurde gefragt, zu einer ersten Versammlung wurde eingeladen.

Zwischenzeitlich hatten sich noch mehr Feuerwehrmänner begeistern lassen, so daß sich im Februar 1986 21 Kameraden zur ersten Probe einfanden. Heute wird nun im Löschzug Berkum alle 14 Tage geübt. Auch die ersten Auftritte liegen schon hinter dem Chor. Mit viel Lampenfieber bestritt man das erste kleine Konzert im Altenheim, aber auch bei Geburtstagen, Hochzeiten, Dorffesten wurden Lieder vorgelesen. Überall fand man Dank und Anerkennung. Und so können die Berkumer Feuerwehrmänner mit Stolz behaupten, es macht

Veranstaltungstermine 1988 in Österreich und Südtirol für Feuerwehrleistungsbewerbe

Land/Bewerb	Termin	Veranstaltungsort
BURGENLAND Bronze u. Silber	1.- 2. 7. 88	Neusiedl/See
KÄRNTEN Stufe I u. III	14.-15. 5. 88 28.-29. 5. 88 29. 5. 88 29. 5. 88 5. 6. 88 11.-12. 6. 88 11.-12. 6. 88 11.-12. 6. 88 19. 6. 88 03. 07. 88	Feldkirchen Villach/Land Klagenfurt/Land Klagenfurt/Stadt Völkermarkt St. Veit/Glan Hermagor Spittal/Drau Villach/Stadt Wolfsberg Villach/Bezirk
NIEDERÖSTERREICH Bronze u. Silber	1.- 3. 7. 88	Hollabrunn/Bez. Hollabrunn
OBERÖSTERREICH Bronze u. Silber	8.- 9. 7. 88	Micheldorf
STEIERMARK Bronze u. Silber	24.-25. 6. 88	Leoben
TIROL Bronze u. Silber	10.-11. 6. 88	Sillan/Osttirol
VORARLBERG Bronze u. Silber	8.-10. 7. 88	Bludesch
SÜDTIROL Bronze u. Silber	25.-26. 6. 88	Sand i. Taufers (Unterpustertal)

uns Spaß und es zeigt uns als Feuerwehr von einer ganz anderen Seite, nämlich nicht nur dem Anderen in Not zu helfen, sondern auch Freude und Kurzweil für unsere Mitbürger zu erbringen.

An diesem wohl einmaligen Feuerwehrchor stellt sich die Frage, ob es innerhalb der gro-

ßen Feuerwehrfamilie in Deutschland vielleicht noch mehr „Feuerwehrcöre“ gibt. Wenn ja, dann melden Sie sich bei der Bundesgeschäftsstelle des DFV. - Das Foto zeigt den Feuerwehrchor des Löschzuges Berkum bei seiner Chorprobe.

Heinrich



Bayern: Über 300 000 Feuerwehrleute bürden für Sicherheit

Die Feuerwehren Bayerns begrüßen den Vorschlag des Deutschen Feuerwehrverbandes, daß sich in dieser Zeitschrift die einzelnen Bundesländer mit ihren Feuerwehren und deren Arbeit und Aufgaben darstellen können. Mit der folgenden Veröffentlichung wollen die Feuerwehren des Freistaates Bayern dem Leser ein Bild über sich selbst vermitteln.

Das ist das Sprechergremium in Bayern:

Bayern:
Geschäftsführender Sprecher der Freiw. Feuerwehren Bayerns, Kreisbrandrat Waldemar Ehm
Stellvertretender Geschäftsführender Sprecher der Freiw. Feuerwehren Bayerns, Kreisbrandrat Hermann Kobl

Oberbayern:
Sprecher Kreisbrandrat Otto Blumenstein, Sonnenstraße 19
8232 Bayerisch Gmain

Stellvertr. Sprecher Kreisbrandrat Martin Spannagl, Rothschwai-ger Straße 6, 8080 Fürstenfeld-bruck

Niederbayern:
Sprecher Kreisbrandrat Toni Sandner, Gansmühle 1,
8380 Landau a. d. Isar

Stellvertr. Sprecher Stadtbrandrat Karl Schneider, Ludwigplatz 8,
8440 Straubing

Oberpfalz:
Sprecher Stadtbrandrat Hans Platzer, Obere Nabburger Str. 21,
8450 Amberg

Stellvertr. Sprecher Kreisbrandrat Joef Beutler, Buchsteig 22,
8481 Altenstadt

Oberfranken:
Sprecher Kreisbrandrat Walde-mar Ehm, Geschw.-Scholl-Str. 19,
8673 Rehau

Stellvertr. Sprecher Stadtbrandrat Werner Junold,
Rabenstein 17, 8580 Bayreuth

Mittelfranken:
Sprecher Kreisbrandrat Gerhard Dollinger, Martin-Luther-Str. 80,
8530 Neustadt a. d. Aisch

Stellvertr. Sprecher Stadtbrandrat Hans Galsterer, Reichenba-cher Straße 14, 8540 Schwabach

Unterfranken:
Sprecher Stadtbrandrat Kurt Drutzel, Fabrikstraße 5,
8750 Aschaffenburg

Stellvertr. Sprecher Kreisbrandrat Georg Seuffert, Oberspieshei-mer Straße 9, Unterspießheim,
8721 Kollitzheim

Schwaben:
Sprecher Kreisbrandrat Hermann Kolb, Falkenweg 13,
7918 Illertissen

Stellvertr. Sprecher Kreisbrandrat Walter Honold, Radstraße 6,
8874 Leipheim

Jugendbeauftragter: Kreis-brandinspektor Christian Graßl,
Obertrübenach 29, 8495 Roding

Frauenbeauftragte: Ingrid Kurz, Hahnbach, 8451 Unterschalenbach

Landesfeuerwehrarzt: Stadt-brandinspektor Hans Morat-scheck, Füttererstraße 44b,
8300 Landshut

Vizepräsident des DFV: Stadt-brandrat Karl Binai, Weidacher Weg 5, 8960 Kempten (Allgäu)

Zahl der Feuerwehren und Feuerwehrdienstleistenden am 1. 1. 1987

Regierungs- bezirk	Berufsfeuerwehren		Freiw. Feuerwehren		Werk- u. Betriebs- feuerwehren	
	Zahl	FW-Dienstl.	Zahl	FW-Dienstl. männl. weibl.	Zahl	FW-Dienstl.
Oberbayern	1	1 535	1 307	61 827 618	83	3 252
Niederbayern	-	-	1 053	52 177 371	37	1 229
Oberpfalz	1	104	1 024	49 975 2 188	31	807
Oberfranken	-	-	1 212	45 091 862	51	1 285
Mittelfranken	2	453	1 108	41 441 489	52	1 202
Unterfranken	1	84	1 027	46 634 1 091	56	1 706
Schwaben	1	162	1 070	47 950 459	91	2 620
	6	2 338	7 801	345 095 6 078	401	12 101

Musiktreibende Züge in Bayern

Bei den Freiw. Feuerwehren Bayerns bestanden am 1. 1. 1987 79 Musikzüge, in denen 2 645 Feuerwehrdienstleistende mitwirken.

Den Feuerwehren stehen zur Erfüllung ihrer Aufgaben folgende Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung

	Berufs- feuer- wehren	Freiw. Feuer- wehren	Werk- und Betriebs- feuerwehren
Tragkraftspritzen-Anhänger (TSA)	9	3 743	137
Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF)	-	2 742	106
Löschgruppenfahrzeuge (LF)	35	2 613	128
Tanklöschfahrzeuge	21	1 381	87
sonstige Löschfahrzeuge	27	113	111
Anhängeleitern (AL)	2	212	71
Drehleitern (DL)	34	306	21
Gerätewagen (GW), Rüstwagen RW 1, RW 2, RW 3, RW 3 (St)	14	209	14
Geräte- und Rüstwagen (Öl, Atem-/Strahlenschutz)	31	189	41
Mehrzweckfahrzeuge (MZf)	26	579	313
Einsatzleitwagen (ELW)	49	211	26
Schlauchwagen (SW)	4	118	9
Feuerwehrboote	17	163	2
Krankentransport-/Rettungswagen	25	3	36
sonstige Feuerwehranhänger	84	992	388
sonstige Feuerwehrfahrzeuge	87	290	59
Tragkraftspritzen (TS)	50	8 815	374
Preßluftatmer (PA)	893	13 767	2 434
Regenerationsgeräte (RG/SSG)	48	108	52
Feuerwehren mit Tauchabteilungen	6	13	1
Sonderausrüstung	6	128	26
feste Landfunkstellen einschl. Relaisstellen	21	368	18
Fahrzeugsprechfunkanlagen	498	7 305	-
Handsprechfunkgeräte	326	7 428	-
Meldeempfänger	1 439	25 985	-

Die Sprecher der Freiw. Feuerwehren in Bayern

Nach Art. 22 des Bayer. Feuerwehrgesetzes werden die Freiw. Feuerwehren gegenüber den Regierungen, auf Landesebene und im Deutschen Feuerwehrverband durch Sprecher vertreten. Die Sprecher und ihre Stellvertreter wählen aus ihrer Mitte einen Geschäftsführenden Sprecher und seinen Stellvertreter auf 6 Jahre.

Die Einsätze der Feuerwehren Bayerns im Jahre 1986

	Berufsfeuerwehren	Freiw. Feuerwehren	Werkfeuerwehren	
Brände:	Berufsfeuerwehren	5 466		
	Freiw. Feuerwehren	9 330		
	Werkfeuerwehren	3 016	17 812	
Techn. Hilfeleistung:	Berufsfeuerwehren	23 329		
	Freiw. Feuerwehren	33 204		
	Werkfeuerwehren	2 036	58 569	
Rettungsdienst-einsätze:	Berufsfeuerwehren	21 336		
	Freiw. Feuerwehren	-		
	Werkfeuerwehren	5 005	26 341	
Fehlalarmierungen:	Berufsfeuerwehren	6 928		
	Freiw. Feuerwehren	3 552		
	Werkfeuerwehren	2 233	12 713	
Gesamteinsätze:				115 435

10 Jahre Staatl. Feuerwehrschnule Regensburg

Am 18. Juli 1987 beging die Staatliche Feuerwehrschnule Regensburg mit Staatsminister August R. Lang und hohen Mitarbeitern des Bayer. Staatsministeriums des Innern sowie fast allen Stadt- und Kreisbrandräten der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, an der Spitze der Geschäftsführende Sprecher, Kreisbrandrat Waldemar Ehm, sowie den Leitern der bayerischen Berufsfeuerwehren, an der Spitze der Obmann der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Bayerns, Oberbranddirektor Dipl.-Ing. Karl Seegerer, München, die 10jährige Wiederkehr der Aufnahme des Lehrbetriebs in ihrem Neubau in Lappersdorf.

Festansprache des Innenministers

Zum Jubiläum überbrachte der zuständige Ressortminister, Staatsminister August R. Lang, die Grüße und Glückwünsche des Ministerpräsidenten Dr. h.c. Franz Josef Strauß und der gesamten Bayerischen Staatsregierung. Er dankte zunächst all denen, die seinerzeit an der Verwirklichung der neuen Schule mitgewirkt hatten. Dazu hob der Minister besonders hervor, daß sein heutiger Amtschef, Ministerialdirektor Dr. Süß, als großer Freund und Gönner der Feuerwehren, in seiner damaligen Funktion als Haushaltsreferent am 27. Mai 1968 die fast schon endlos zu werden drohende Diskussionen beendete und den Startschuß für den Neubau gab, eine unter den seinerzeitigen Finanzverhältnissen sehr mutige und – wie heute nur bestätigt werden kann – weitblickende und somit richtige Entscheidung. An Ministerialdirigent a. D. Dr. Oehler als den damals zuständigen Sachgebietsleiter gewandt, hob

Minister Lang auch dessen unermüdlichen Einsatz für den Neubau hervor. Lobend erwähnte er schließlich die Arbeit der Staatsbauverwaltung und insbesondere des für Planung und Bauausführung verantwortlichen Landbauamts Regensburg.

Als stolze Bilanz der ersten zehn Jahre seit der Einweihung des Neubaus im Jahre 1977 und als Ausblick vermerkte der Minister, daß an dieser Schule fast 34 000 Teilnehmer in über 1 000 Lehrgängen ausgebildet wurden. Über 5 000 Feuerwehrdienstleistende nahmen an den von der Schule durchgeführten Standortschulungen teil.

Staatsminister Lang verwies hierzu auch darauf, daß sich das Tätigkeitsfeld der Feuerwehren

als Folge der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgeweitet und gewandelt habe. So seien die Brandeinsätze der bayerischen Feuerwehren zwar von 5 300 im Jahr 1961 auf 12 000 – also mehr als das Doppelte – im Jahr 1985 gestiegen, gleichzeitig sei aber die Zahl der Einsätze im technischen Hilfsdienst einschließlich der von der Berufsfeuerwehr München durchgeführten Notarzt-Einsätze von 1961 bis 1985 von 8 500 auf 75 000 angewachsen. Auf einen Brandeinsatz entfielen im Landesdurchschnitt somit gute sechs technische Hilfeleistungen.

Die Feuerwehr mußte mit dem Wandel Schritt halten, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Als

Beispiele nannte Staatsminister Lang die Verbesserung der Ausrüstung für technische Hilfeleistungen, die Ölschadenausrüstung, umluftunabhängige Atemschutzgeräte, bessere und größere Tanklöschfahrzeuge, Drehleitern und die Strahlenschutz-Sonderausrüstung. Nicht zuletzt komme der Bekämpfung von Unfällen beim Transport gefährlicher Güter von Jahr zu Jahr größere Bedeutung zu, betonte der Minister. Da die bisherige Ausrüstung der Feuerwehren mit Geräte- und Rüstwagen sowie Ölschadenanhängern für die Bekämpfung solcher Unfälle nicht mehr ausreichend ist, wurde unter Federführung des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz ein „Gerätewagen-Gefahrgut“ entwickelt. Der Prototyp dieses Fahrzeugs (der unmittelbar neben dem Rednerpult aufgestellt war, und den der Minister damit auch offiziell den Feuerwehren und der Öffentlichkeit übergab) wird seit März 1987 von der Freiw. Feuerwehr Ingolstadt erprobt. Wenn sich dieser neue Gerätewagen bewährt, können die Städte und Landkreise, die als Standorte eines Gerätewagens-Gefahrgut in Betracht kommen, die Zuwendungsanträge stellen. Der Fördersatz soll 65 bis 75 % des Kaufpreises von ca. 450 000,-DM betragen. Staatsminister Lang verwies darauf, daß im Einvernehmen mit den Sprechern der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns vom Innenministerium ein Stationierungsplan vorbereitet wurde, der von 37 Fahrzeugen ausgehe, hinsichtlich der genauen Standorte innerhalb der Landkreise aber noch abgestimmt werden müsse.

In diesem Zusammenhang wies der Minister auch auf den Pilotlehrgang „Gefährliche Stoffe“ an der Staatlichen Feuerwehrschnule Würzburg hin und warnte davor, zu glauben, eine umfassende Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren in solchen Spezialberei-



Bayerns Innenminister August R. Lang bei seiner Festansprache.

Brandschutz- woche 1988 in Bayern

Bundesweit findet alle zwei Jahre eine Brandschutzwoche statt. Dazwischen wird in Bayern allein eine Brandschutzwoche abgehalten. Das Sprechergremium hat dem Bayer. Staatsministerium des Innern vorgeschlagen, 1988 die Brandschutzwoche in der Zeit vom 17.-25. September durchzuführen. Es wird ein „Waldbrand-Motto“ sein, wobei die Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden soll, daß der Wald durch Feuer am schnellsten stirbt und daß alle aufgerufen sind, Waldbrände zu verhüten.



Am Schluß der Veranstaltung sangen die Teilnehmer gemeinsam die Bayernhymne.

chen sei genauso wie bei Berufsfeuerwehren möglich. Wörtlich sagte der Minister: „Bei aller Notwendigkeit einer zusätzlichen und vertieften Ausbildung darf nicht übersehen werden, daß der Feuerwehrdienst, zu dem ja nicht nur die Ausbildung gehört, schon jetzt eine große Belastung für die Angehörigen der Freiw. Feuerwehren darstellt. Eine nochmalige wesentliche Erweiterung des Ausbildungsprogramms mit zusätzlichen Ausbildungsstunden kann deshalb niemand von unseren freiwilligen Feuerwehrleuten verlangen, die ohnehin schon einen so hohen Dienst leisten.“

An die versammelten Stadt- und Kreisbrandräte richtete Staatsminister Lang den beschwörenden Appell und die herzliche Bitte:

„Der Staat hat durch den Neu- und Ausbau der Feuerweherschulen die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Führungskräfte der Feuerwehren das für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendige Wissen erwerben können. Es liegt an den Feuerwehren, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen. Nur wenn noch mehr Führungskräfte noch besser ausgebildet sind, werden die Feuerwehren auf Dauer den ständig steigenden Anforderungen entsprechen können. Nur mit dem besten Ausbildungsstand ist auch künftig die ganze Verantwortung des Feuerwehrdienstes zu tragen und zu bewältigen.“

Einen besonders herzlichen Dank für die stets ausgezeichnete und kameradschaftliche Hilfe über die Landesgrenzen hinweg richtete der Staatsminister an die Feuerwehren Österreichs und bat deren Vertreter, diesen Dank und die Grüße des Freistaates Bayern zu Hause zu übermitteln.

Abschließend erklärte Staatsminister Lang: „Alle notwendigen Anstrengungen von Staat und Kommunen für eine umfangreiche technische Ausrüstung und eine bestmögliche Ausbildung unserer Feuerwehren können für sich allein nicht den Schutz bei Bränden und anderen Gefahren garantieren. Diesen Schutz können nur Bürger gewährleisten, die sich durch Mut und Opferbereitschaft auszeichnen, die Freiheit nicht als Freisein von Pflichten verstehen, sondern aus eigenem Antrieb und aus Verantwortungsbewußtsein Pflichten gegenüber der Gemeinschaft übernehmen. Wir haben in Bayern in den Freiwilligen Feuerwehren mit ihren mehr als 345 000 Mitgliedern und den anderen Hilfsorganisationen eine große Zahl von Staatsbürgern, die sich durch solche Gesinnung leiten lassen. Sie setzen sich für ihren Nächsten freiwillig ein, nehmen Gefahren für Leben und Gesundheit in Kauf, um andere aus Gefahren zu retten. Sie alle verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung. Dank und Anerkennung verdienen im besonderen Maße auch die Führungskräfte und somit vor al-

lem Sie, meine Herren Stadt- und Kreisbrandräte.

Ich hoffe und wünsche, daß der Geist Ihrer Feuerwehren, der vom Willen zur Hilfe und zum festen kameradschaftlichen Zusammenhalt geprägt ist, auch in Zukunft bewahrt bleibe zum Nutzen aller unserer Bürger im Lande, zum Nutzen unserer Heimat, zum Nutzen unseres gesamten Landes.“

„Schule hat Bewährungsprobe bestanden“

Die Grüße und Glückwünsche der Feuerwehren Bayerns überbrachte anschließend der Geschäftsführende Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bay-

erns, Kreisbrandrat Waldemar Ehm. Unter Hinweis auf die hohen Anforderungen des heutigen Feuerwehrdienstes betonte Kreisbrandrat Ehm, Feuerweherschulen mit moderner Ausrüstung und qualifizierten Lehrkräften seien heute zur Vermittlung der notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse, vor allem an die ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen, wichtiger denn je. Insoweit habe die neue Schule in Lappersdorf in den zurückliegenden zehn Jahren ihre Bewährungsprobe bestanden. Dem Landesamt und den Schulen bot der Geschäftsführende Sprecher jede Hilfe und Unterstützung der Sprecher bei der laufend notwendigen Aktualisierung und Optimierung der Ausbildung wie auch bei der Vermittlung in Problemfällen beim Schulbesuch an.

Bayer. Solidaritätsbeitrag für das Deutsche Feuerwehremuseum Fulda

Die Feuerwehren in Bayern haben den Aufruf des Präsidenten des DFV, Hinrich Struve, befolgt und fleißig für den Neubau – 2. Bauabschnitt – des Deutschen Feuerwehremuseums in Fulda spendet.

Fast 265 000,-DM sind bisher auf dem Spendenkonto eingegan-

gen. Nachdem der Geschäftsführende Sprecher der Freiw. Feuerwehren Bayerns, Waldemar Ehm, Präsident Struve bereits im Mai 1987 einen Scheck über 200 000,-DM übergeben konnte, wird der Restbetrag noch im Frühjahr dieses Jahres zur Auszahlung gelangen können.

Die zentrale Einsatzleitung des DLRG-Rettungswachdienstes in Schleswig-Holstein

Mit der Schaffung des ersten Baderlasses im Jahre 1953 durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden an den Küsten des Landes Schleswig-Holstein die Voraussetzungen für einen gesicherten Badebetrieb geregelt. Nun war es Aufgabe der Gemeinden und Ämter, für die Strände in ihrem Bereich diese Mindestforderungen in die Tat umzusetzen. Sehr schnell mußten sie jedoch feststellen, daß mit dem Wachsen der „Weißen Industrie“ in Schleswig-Holstein die Beaufsichtigung der Strände mit hauptamtlichen Kräften nicht machbar und finanzierbar war.

DLRG – Ein Partner mit „know how“

Nichts lag also näher, als sich an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft in Schleswig-Holstein zu wenden. Hatte sich doch diese Organisation bereits im Jahre 1913 den Kampf gegen den „nassen Tod“ auf die Fahnen geschrieben. Sehr schnell wurde man sich einig, und bereits wenige Jahre nach dem Krieg nahmen die örtlichen Gliederungen diese Aufgaben für ihre Kommunen ehrenamtlich wahr. Als einzige Aufgabe blieb der öffentlichen Ver-

waltung die Schaffung der im „Badeerlaß“ geforderten Einrichtungen, wie Kennzeichnung der Strandabschnitte, Schaffung von Badezonen und Bau sowie Ausrüstung von Wachstationen

Gesamtverband um Unterstützung gebeten

Aber auch die DLRG in Schleswig-Holstein mußte mit weiterer Zunahme des Badebetriebes im Ferienland Schleswig-Holstein feststellen, daß sie mit den Aktiven ihrer 38 000 Mitglieder die Bewachung aller von den Gemeinden geforderten Badestrände nicht gewährleisten konnte. So wurde bereits im Jahre 1970 die Gesamt-DLRG mit ihren 470 000 Mitgliedern um Unterstützung gebeten. Der Präsidialrat der DLRG erklärte sich sofort bereit, helfend einzugreifen und gründete noch im selben Jahr eine Kommission zur Koordination des Rettungseinsatzes an Nord- und Ostsee.

Nachdem in den folgenden Jahren die Ausbildung aller DLRG-Wachgänger für den Wachdienst an Nord- und Ostsee diskutiert und geordnet wurde, halfen zunächst die Landesverbände den betroffenen Untergliederungen direkt. Nachdem man auf Bundesebene zentrale Lehrgänge für Wachleiter eingerichtet hatte, schritt man zur Tat. Zunächst wurde eine zentrale Einsatzleitung gegründet und ein Grundsatzertrag zur Übernahme des Wachdienstes von den Kommunen geschaffen.

Den vorläufigen Abschluß der gesamten Vorarbeiten bildete die Präsidiumssitzung im September

1973. „Der Rettungswachdienst an Nord- und Ostsee“, so wurde festgestellt, sei „eine Aufgabe der gesamten DLRG“.

Die Arbeit der DLRG in Schleswig-Holstein sollte jedoch nicht eingengt werden und so wurde folgende Organisationsform beschlossen:

Legislative: Präsident der DLRG, Landesverbandspräsident Schleswig-Holstein.

Exekutive: Technischer Leiter des Präsidiums, Technische Leiter des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Sachbearbeiter für den Wachdienst im Präsidium, Ressortleiter für Schwimmen, Retten und Sport der DLRG-Jugend, Hauptamtlicher Einsatzleiter.

Zu den Aufgaben des hauptamtlichen Einsatzleiters gehört es u. a., die vom Landesverband Schleswig-Holstein bzw. von seinen Gliederungen als nicht besetzbar gemeldeten Wachgebiete oder Stationen zu erfassen, für die ihm so zugewiesenen Bereiche Wachgänger zu werben, mit den zuständigen Kurverwaltungen bzw. Kommunen die entsprechenden Verträge zu erarbeiten. Mit Beginn der Wachsaison setzt er die Wachgänger und Wachleiter ein, weist sie in ihre jeweils

besonderen Aufgaben ein und betreut sie während ihres Einsatzes.

Zentrale verwaltet 169 Wachstationen

Die zentrale Einsatzleitung hat ihren festen Sitz in Burg auf Fehmarn und wird von Dietmar Froberg seit 1973 geführt. Inzwischen sind von ihm insgesamt 72 feste und 97 bewegliche Wachstationen während der Saison zu verwalten. Die Gliederungen des Landesverbandes Schleswig-Holstein besetzen weitere 91 feste und 19 bewegliche Stationen.

Die zentrale Einsatzleitung wirbt zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe pro Saison insgesamt 1800 freiwillig und ehrenamtlich tätige Rettungsschwimmer an, von denen täglich 450 für einen gesicherten Badebetrieb in 39 Wachabschnitten sorgen.

Zur besseren Koordination hat Dietmar Froberg seine 39 Wachabschnitte in vier Regionen aufgeteilt. Region 1 umfaßt das Gebiet von Fehmarn bis Kiel. Region 2 umfaßt das Gebiet von Kiel bis Glücksburg. Region 3 umfaßt das Gebiet von Fehmarn bis Timmendorfer Strand. Region 4 umfaßt das Gebiet der Nordseeküste von Sylt bis Büsum. (So)



DLRG-Einsatzleiter Dietmar Froberg bei einer Schulungsveranstaltung.



Ein Einsatzort der DLRG bei einer Überwachungsfahrt.

Neue Schulungsstätte für den DLRG-Landesverband Hessen

Mit einem Tag der offenen Tür wurde der Erweiterungsbau des neuen DLRG-Schulungszentrums Hessen seiner Bestimmung übergeben. Zu diesem Ereignis konnte der LV-Präsident Günter Walter zahlreiche prominente Gäste begrüßen, an der Spitze den hessischen Innenminister Gottfried Milde, Staatssekretär Gerald Weiß und den Präsidenten der DLRG, Hans-Joachim Bartholdt.

Auch andere Hilfsorganisationen hatten zu dieser Einweihung Vertreter entsendet.

Fehlende Mittel im Haushalt hatten die Fertigstellung des 92 m² großen Erweiterungsbauwerks, der 1984 begonnen wurde, verzögert. In seiner Ansprache dankte der LV-Präsident dem hessischen Innenministerium für die finanzielle Unterstützung, den Referenten anderer Ministerien und den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern der DLRG.

DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt hob in seiner Rede die besonderen Leistungen der DLRG hervor und bat „die Vertreter der öffentlichen Hand“, die DLRG-Hessen auch künftig weiter zu unterstützen.

Innenminister Gottfried Milde lobte die Bemühungen der hessischen Lebensretter um den Kata-



Der Erweiterungsbau wurde festlich eingeweiht.

strophenschutz und dankte Günter Walter für seine fachkundigen Beratungen in Sachen Katastrophenschutz.

Er sagte im Beisein des vollzählig vertretenen Landesvorstandes zu, einen angemessenen Beitrag für die notwendigen Außenarbeiten an der Schulungsstätte zur Verfügung zu stellen.

Gerald Weiß, Staatssekretär im Sozialministerium, sagte, daß die Türen seines Ministeriums der DLRG auch künftig immer offen stünden.

Nach dem offiziellen Empfang wurde noch ein neuer Gerätewagen übergeben und in Dienst gestellt und Wiesbadens Oberbürgermeister Axim Exner taufte anschließend zwei neue Rettungsboote.



DLRG-Präsident H.-J. Bartholdt bei seiner Grußansprache.



Innenminister Milde überreicht LV-Präsident Walter einen symbolischen Schlüssel.

DLRG-Rettungsschwimmer- Ausbildung in Kreuzau

Bereits seit mehreren Jahren nimmt die Hauptschule Kreuzau mit den Abschlußklassen am Schwimmwettbewerb der deutschen Schulen teil, der von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Deutschen Olympischen Gesellschaft, dem Deutschen Sportlehrerverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft alljährlich durchgeführt wird.

In den letzten Wochen wurde die Auswertung dieses bundesweiten Wettbewerbs für das Schuljahr 1986/87 abgeschlossen.

Dabei erzielte die Hauptschule Kreuzau in der Gruppe C bei 287 teilnehmenden Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet den ersten Platz.

Regelmäßig führt die Hauptschule Kreuzau mit den Jugendlichen Kurse im Rettungsschwimmen durch, die von entsprechend qualifizierten Sportlehrern mit der Prüfberechtigung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft geleitet werden. Auch für das Schuljahr 1987/88 hat die Ausbildung bereits begonnen, an der über 40 Schüler teilnehmen.

Auszeichnung verdienter Helfer der Berliner Hilfsorganisationen

In der Berliner Staatsbibliothek stimmte das Kammermusikensemble des Polizeiorchesters auf die 16. Wiederholung der Verleihung des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichens des Landes Berlin ein. Der Senator für Inneres, Prof. Dr. Wilhelm A. Kewenig, ehrte Mitglieder aus acht Hilfsorganisationen, unter ihnen die DLRG, für langjährige Mitarbeit und besondere Verdienste.

Er hob den ehrenamtlichen Einsatz als eine der großen und vorbildlichen Tugenden hervor und hoffte, daß viele Jugendliche dem Beispiel der Anwesenden folgen werden. Der selbstlose Einsatz bedeute stets eine Bela-

stung auch der Freunde und der Familie, so daß die langjährige Mitarbeit besonders zu würdigen sei.

Senator Kewenig verlieh 91 silberne (29 DLRG), 26 goldene (fünf DLRG) Ehrenzeichen. Die Sonderstufe für besondere Verdienste konnte sechsmal vergeben werden. Für die DLRG wurden Peter Gnauck (Bezirksleiter Kreuzberg, ehem. TL Wasserrettung) und Gerhard Schütze (Bezirksleiter Zehlendorf, LV-Ratsvorsitzender) ausgezeichnet.

In den letzten zehn Jahren wurde 1870 Berlinern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit diesem Ehrenzeichen der Dank des Senates ausgesprochen. (TG)

DLRG- Rettungstaucher sicherten Dreharbeiten

Im Rahmen der Dreharbeiten für einen Tatortfilm der ARD (Arbeitstitel: Peter Storm; Sendetermin ca. Mitte 1988) war der DLRG-Bezirk Saarbrücken beauftragt, die Sicherungsarbeiten für einen „Stunt“ zu übernehmen.

Ein Stuntman sollte mit einem Pkw im Rahmen einer Verfolgungsjagd über eine Rampe in die Saar stürzen. Der DLRG-Bezirk Saarbrücken war beauftragt, die Sicherung und Rettung des Stuntmans und die Bergung des Pkw zu übernehmen.

Umfangreiche Vorbereitungen

Damit alles reibungslos ablaufen konnte, traf man folgende Einsatzvorbereitungen:

- Zwei Rettungstaucher mit je einem Leinenführer wurden 10 m oberhalb der Aufschlagstelle des Pkw im Ufergebüsch und ein Rettungstaucher mit Leinenführer 50 m unterhalb der Aufschlagstelle „unsichtbar“ postiert.
- Zwei DLRG-Boote mit je einem Rettungstaucher und Leinenführer wurden in Stellung gebracht.
- Im Fahrzeug des Stuntmans wurden zu dessen Sicherheit zwei Tauchgeräte mit Lungenautomaten, eine Reserveflasche und eine eingeschaltete Tauchlampe installiert. Alle Tauchergrup-

pen waren zudem mit tragbaren Handsprechfunkgeräten ausgerüstet.

Pkw „flog“ 30 Meter weit

Der Pkw knallte schließlich mit ca. 100 km/h nach einer Flugstrecke von ca. 30 m auf die Wasseroberfläche auf. Es entstand eine ca. 20 m hohe Wasserwand, aus der Fahrzeugteile wie Motorhaube, Stoßstange, Zierleisten, Glasscheiben und Scheinwerferteile herausflogen.

Der Stuntman, der sich eine Arm- und Beinverletzung (Bruch) zugezogen hatte, konnte sich nach dem Absacken des Fahrzeugs unter Benutzung des einen Tauchgerätes selbst befreien und an die Wasseroberfläche gelangen. Hier wurde er sofort von anschwimmenden Rettungstauchern geborgen, an Land gebracht und der medizinischen Versorgung von Rettungssanitätern übergeben.

Unterdessen begannen die Taucher der Rettungsboote mit der Suche nach dem Fahrzeugwrack. Der Umstand, daß der Stuntman vor Beginn des Stunts eine Reserveflasche im Fahrzeug leicht geöffnet hatte, erleichterte die Suche. Die Taucher konnten sich an den aufsteigenden Luftblasen orientieren.

Walter Großhörmig



Der verletzte Stuntman wird von DLRG-Tauchern versorgt.



LV-Präsident R. Rosipal mit dem „Grenzschild“ als Geschenk.

ÖWR Salzburg bestätigt den Partnerschaftsvertrag mit der DLRG Bayern

Das 20jährige Bestehen der Bundeslehrstätte der Österreichischen Wasser-Rettung in Seeham und die endgültige Besiegelung des im Frühjahr 1987 in Augsburg geschlossenen Partnerschaftsvertrages zwischen der ÖWR Salzburg und der DLRG Bayern veranlaßten das LV-Präsidium zu einem Kurzbesuch im schönen Lande Salzburg.

Bei einem Festakt in der Bundeslehrstätte war fast die gesamte zivile und uniformierte Prominenz des Landes Salzburg erschienen, darunter auch der Vizepräsident der FIS, Gerhard Stipani.

Zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages auf österreichischer Seite, die von den beiden LV-Präsidenten vorgenommen wurde, stellte Landeseinsatzleiter Krippel mit Befriedigung fest, die Freundschaft zwischen den Landesverbänden der ÖWR und der DLRG beschränke sich nicht auf wenige Spitzenfunktionäre, sie habe längst breite Zustimmung bei zahlreichen Einsatzleitungen und Ortsverbänden gefunden. Der Blick über den Zaun brächte beiden Gesellschaf-

ten erkennbare Vorteile und der Wasserrettung insgesamt neue Impulse.

Für die deutschen Gäste gab es viel zu sehen und zu hören. Nicht ganz neidlos wurde die wertvolle, reichbestückte Landesverbandsfahne der Salzburger ÖWR bewundert, die einem langen Festzug beim sonntäglichen Kirchgang vorangetragen wurde. Dieser war würdevoller Abschluß der Wachsaison der Seehamer Haupteinsatzleitung und Auftakt zu einer öffentlichen Jahreshauptversammlung.

Bemerkenswert das disziplinierte und dennoch lebendige Auftreten der Seehamer Aktiven, die alle in einheitlicher Clubkleidung erschienen waren, und die große Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung an den interessanten Berichten.

Es war wirkliche Freude und Erlebnis zugleich, mit den Kameradinnen und Kameraden der ÖWR Salzburg zu feiern. Tags zuvor mußte das geschäftsführende LV-Präsidium weiß-blaue Probleme bis spät in die Nacht beraten. Die Herzlichkeit der Gastgeber ließ danach die Bayern manche Sorgen wenigstens für Stunden vergessen. (RR)

DLRG-Schulungsprogramm Wachleiter-Küste für 1988 wurde konzipiert

Mit dem Ziel, die notwendige Ausarbeitung der Konzeption für die neuzugestaltende Wachleiterfortbildung zu erstellen und offene Fragen für die zentrale Wachleiteraus- und Fortbildung im folgenden Jahr zu klären, traf sich der Arbeitskreis Rettungswachdienst Küste unter Leitung von Hartwig Wiest, dem zuständigen Referenten für Einsatzdienste, in Burg auf Fehmarn. Dem Gremium gehörten u. a. an: Dieter Froberg, Einsatzleiter Küste, und Ludger Schulte-Hülsmann, hauptamtlicher Referatsleiter Technik.

Ludger Schulte-Hülsmann formulierte folgende konkrete Ziele des Meetings:

- Auswahl des potentiellen Teilnehmerkreises für die Grundlehrgänge - Wachleiter 1988.
- Auswahl des Wachleiter-Kaders für die Fortbildungsseminare des Präsidiums.
- Organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der neukonzipierten Wachleiter-Fortbildungsseminare.
- Ausschreibung der Wachleiterseminare.

Standardisierte Einsatzkleidung

Durch die Unterstützung von Sponsoren wird 1988 die Einkleidung der Rettungsschwimmer und Wachleiter im Zentralen Rettungsdienst mit standardgerechter Einsatzkleidung verwirklicht. Gegen eine geringe Eigenbeteiligung können Teilnehmer am Zentralen Rettungswachdienst entsprechende Bekleidung erwerben. Ein Bestellschein wird dem Anmeldeformular „Zentraler Rettungswachdienst“ bzw. der Einsatzbestätigung beiliegen.

„Steinzeitbüro“

Als besonders aufwendig erwies sich das Zusammenstellen der Einladungslisten der Wachleiter in 1988. Diese handverlesene

Auswahl erfordere sehr großen Zeitaufwand. Bei der Adressenselektion aus 50 Aktenordnern würde ein Computer unschätzbare Hilfe leisten, kritisierte Dietmar Froberg das Verfahren. Diese mechanische Arbeit würde eine Bürokratie für eine ganze Woche in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang fiel der Begriff „Steinzeitbüro“.

Während anderenorts von Computern der fünften Generation gesprochen werde, warte der Einsatzleiter Küste, Dietmar Froberg, immer noch auf den ersten „Rechennecht“. Die derzeitigen Routinearbeiten könnten kaum noch bewältigt werden. Zudem sei eine qualitative Datenverwaltung der Rettungsschwimmer nicht mehr möglich.

Zum Beispiel fielen gute, qualifizierte Rettungsschwimmer deshalb durch das feine Sieb, weil sie im letzten Jahr aus irgendwelchen Gründen keinen Rettungswachdienst haben leisten können. Allein aus diesem Grund könnten sie bei Einladungen zu Wachleiter-Grundseminaren nicht berücksichtigt werden.

Wachleiter- Fortbildung

Heinz Schnedler, stellv. Technischer Leiter im LV Schleswig-Holstein, erläuterte die Wachleiter-Fortbildung 1989:

Die zwei Fortbildungsseminare richten sich an Wachleiter mit mehrjähriger Einsatzpraxis als Teilnehmerkreis und sind sozusagen als „Erfahrungsbörse“ konzipiert worden. Besonders heikle Situationen, vor die ein Wachleiter immer wieder gestellt wird, können mit einem Psychologen besprochen werden. Der Einsatzleiter Küste erklärte sich bereit, an den beiden Seminaren mit einem Kurdirektor teilzunehmen. Für die Rechte und Pflichten des Wachleiters steht somit jeweils der richtige Gesprächspartner zur Verfügung.

Dreigliedriges Ausbildungspaket

Die bisher praktizierte Ausbildung für den Rettungswachdienst Küste stellt nur eine Übergangslösung dar.

Die Perspektive für die 90er Jahre ist ein dreigliedriges Ausbildungspaket:

- Helfer im Rettungswachdienst
- Wachleiter-Grundlehrgang
- Wachleiter-Fortbildungsseminar.

Bettina Wilkening stellte den Inhalt für einen Lehrgang Rettungsschwimmer Küste vor, der im Frühsommer als Pilotprojekt anlaufen soll. Die Rettungsschwimmer sollen darin spezifi-

sche Kenntnisse und Fertigkeiten für den Küstenbereich erhalten, bevor sie ihren Rettungswachdienst unter diesen besonderen Bedingungen absolvieren.

Für den Lehrgang sind 31 Vollstunden von Donnerstag bis Sonntag vorgesehen. In 17 Praxisstunden wird der Rettungsschwimmer in der Wattrettung, Meerschimmen mit Flossen, in der Prieldurchquerung und Seemannschaft unterwiesen.

Fazit:

Der Rettungswachdienst sei nach wie vor das Aushängeschild der DLRG. Daher müsse alles getan werden, um ihn qualitativ zu verbessern. Peter Zaiß

Fortbildungsveranstaltung für Ärzte bei der DLRG

Zu einer Fortbildungsveranstaltung besuchten 24 Ärzte des Sportärztebundes Bremen den Taucheinsatzzug der DLRG Bremen Nord. Mit diesem fachbezogenen Symposium setzte der Sportärztebund Bremen seine bisher geübte Verfahrensweise fort: Die Sportärzte besuchen zu Weiterbildungsveranstaltungen regelmäßig Vereine, um sich über die spezielle medizinische Problematik zu informieren.

Ganz besonders stellt das Gebiet des Tauchens ein Spezialgebiet der Arbeits- und Sportmedizin dar. Die besonderen Verhältnisse unter Wasser - gekennzeichnet durch die sehr schnelle Druckzunahme, die Veränderung der Lichtbrechung und der Schalleitungsgeschwindigkeit sowie durch die hohe Wärmeleitfähigkeit - bedingen eine Vielzahl medizinischer Probleme, die von der Tauchtauglichkeitsuntersuchung bis zu den typischen Taucherkrankheiten, deren Diagnostik, Therapie und Prophylaxe reichen.

In dem dreistündigen Fortbil-

lungsprogramm wurde in Vorträgen von Referenten der DLRG Bremen Nord über Tauchphysik, Chemie, Tauchgerätekunde, Tauchmedizin und ganz besonders Taucherkrankheiten unterrichtet. Zum Abschluß der Veranstaltung demonstrierten die DLRG-Taucher in der am Rabenfeld stationierten Taucherdruckkammer einen Tauchgang auf „50 Meter Wassertiefe“. Außerdem wurde ein Taucher ausgerüstet, um den Medizinern die Vielfalt und auch das Gewicht der kompletten Tauchausrüstung zu demonstrieren.

Alle Besucher des Symposiums waren ob der gebotenen „interessanten Vielfalt“ dieses Themas des Lobes voll und verabschiedeten sich bei den Tauchern und den Taucherärzten der DLRG Bremen Nord mit dem festen Versprechen wiederzukommen. Im Zeitalter einer deutlichen Zunahme des Tauchsportes ist die Aktualität tauchmedizinischer Fortbildungen ganz besonders bedeutsam.

Presseschau des Inlands

Transport von gefährlichen Gütern

Aus aktuellem Anlaß, auch nach dem Tanklaster-Unfall in Herborn, will sich der Verkehrsausschuß in einer Anhörung über Probleme und Rechtslage beim Transport gefährlicher Güter informieren. Das Thema war auch Gegenstand von Erörterungen während des Ausschußbesuchs auf der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt. Bereits am 13. 5. 1987, also noch vor dem Unglück in Herborn, hatte das Verkehrsministerium dem Ausschuß aktuelle Überlegungen übermittelt.

Im Bericht des Verkehrsministeriums wird zu bedenken gegeben, ob die Erfordernisse der industriellen Produktion die von den Gefahrgütern ausgehenden potentiellen Gefahren für Mensch und Umwelt noch rechtfertigten. Wirkliche Sicherheit könne nur im Verzicht auf die Beförderung solcher Stoffe liegen, die bei einem Unfall kaum beherrschbare Sekundärfolgen auslösen könnten.

Konkret werden Lücken im Sicherheitssystem beschrieben, die unter anderem durch EDV-gestützte Schnellauskunft für umweltgefährdende Stoffe (Zusammenführung des Informationssystems des Umweltbundesamtes für Umweltchemikalien, Chemieanlagen und Störfälle „IN-FUCHS“ und der Gefahrgutdatenbank der Bundesanstalt für Materialprüfung), durch Schulungspflicht für Beförderer auch von Stückgut und für Verlader, durch Verlagerung auf andere Verkehrsträger und strengere Sicherheitsvorschriften für Massengutbehälter und Fahrzeuge geschlossen werden müßten. Auch Fahrverbote für Transporte mit gefährlichen Gütern bei bestimmten Straßen- und Witterungsverhältnissen werden erwogen.

(„Landtag intern“, Düsseldorf)

Konsolidierungsprogramm für den Katastrophenschutz

Der Bund konnte im Jahre 1986 den Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland 1008 neue Einsatzfahrzeuge übergeben. Für 1987 und den drei Folgejahren ist eine Auslieferung in gleicher Größenordnung eingeplant. Das Spektrum reicht von Kraftwagen für Instandsetzungs- und Ärztetrupps über Mannschafts- und Gerätekraftwagen bis zu den modernsten Löschgruppenfahrzeugen, die es derzeit auf dem Markt gibt.

Bereits in den Jahren 1980 bis 1985 konnten insgesamt 6500 neue Fahrzeuge ausgeliefert werden. Hintergrund für die umfangreichen Beschaffungsmaßnahmen des Bundes ist ein vom Bundessicherheitsrat gebilligtes Konsolidierungsprogramm. Danach wird die Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes im Laufe von zehn Jahren bis 1990 für insgesamt 1,2 Milliarden DM modernisiert und komplettiert. Insgesamt werden mehr als 10000 neue Einsatzfahrzeuge, die modernem technischem Standard entsprechen, sowie Ausrüstungsgegenstände für die einzelnen Fachdienste beschafft.

Wirksame Gefahrenabwehr

Eine Industriegesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland benötigt aufgrund der technologischen Risiken eine wirksame Gefahrenabwehr. Gemeinsam zuständig für den Zivilschutz auf der einen sowie die friedensmäßige Gefahren- und Katastrophenabwehr auf der anderen Seite sind Bund und Länder. Sie tragen das einheitliche Hilfeleistungssystem des Katastrophenschutzes zur Abwehr der Gefahren sowohl im Frieden als auch in einem etwaigen Verteidigungsfall.

Der Bund hält rund 7500 Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes mit rund 150000 freiwilligen Helfern vor. Dafür stellt er jährlich mehr als 300 Millionen DM an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Schwerpunkt der Anstren-

gungen des Bundes ist das Konsolidierungsprogramm.

Als Folgerung aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl wird auch die Ausstattung der ABC-Helfer zum Nachweis radioaktiver Verstrahlung mit einem Gesamtaufwand von 19 Millionen DM verbessert. Für 1987 sind dafür im Bundeshaushalt vier Millionen DM veranschlagt.

Konsolidierungsprogramm: 500 Mio. DM für die Feuerwehren

Die vom Bund für Zivilschutzzwecke finanzierte Ausstattung steht den Kreisen und kreisfreien Städten als den Trägern der Einheiten und Einrichtungen für Einsätze bei Unglücksfällen und Katastrophen im Frieden unentgeltlich zur Verfügung. Hierdurch leistet der Bund einen erheblichen Beitrag zur friedensmäßigen Gefahren- und Katastrophenabwehr, für die die Länder zuständig sind.

Das gilt auch für den Brandschutzdienst der Gemeinden, für die der Bund 3500 Brandschutzfahrzeuge zur Verfügung gestellt hat, die ebenfalls Aufgaben des alltäglichen Brandschutzes sowie des friedensmäßigen Katastrophenschutzes wahrnehmen und dadurch nicht unerhebliche Investitionskosten einsparen helfen. Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms werden den Feuerwehren über 2200 neue Brandschutzfahrzeuge und Fachdienstausstattung im Gesamtwert von 440 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem ebenfalls von den Feuerwehren getragenen ABC-Dienst, für den der Bund insgesamt über 500 neue Einsatzfahrzeuge sowie Fachdienstausstattung beschafft, partizipieren die Feuerwehren mit über 500 Mio. DM am Konsolidierungsprogramm: das sind rd. 42 Prozent des Gesamtvolumens.

Die Bundesleistungen für das einheitliche Hilfeleistungssystem haben auch im Ausland starke Beachtung gefunden.

(Innenpolitik, Bonn)

Presseschau des Auslands

Unbürokratische Hilfe über die deutsche Grenze

Seit dem 2. März 1978 besteht ein deutsch-luxemburgisches Abkommen, das die beiden Länder zu gegenseitiger Hilfeleistung bei Katastrophen in grenznahen Gebieten verpflichtet. Vor kurzem unterzeichnete Innenminister Jean Spautz mit seinem deutschen Kollegen, Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, am Sitz des luxemburgischen Innenministeriums in Luxemburg eine ergänzende Durchführungsvereinbarung zu diesem Abkommen.

Diese Vereinbarung stellt die rechtliche Grundlage dafür verbindliche und unbürokratische Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen. Nach der Unterzeichnung meinte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, es handele sich um eine Maßnahme im Interesse der Menschen beider Länder, während Innenminister Jean Spautz betonte, in dem Vertrag seien alle luxemburgischen Wünsche verwirklicht worden.

Unkomplizierter Grenzübertritt

Die Konvention vom 2. März 1978 sah eine Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Katastrophenschutz und den luxemburgischen Einheiten des Zivilschutzes vor; die Durchführungsvereinbarung enthält konkrete Ergänzungsmaßnahmen für bilaterale Hilfeleistungen.

Die Vereinbarung regelt in verbindlicher Weise den schnellen Grenzübertritt von Helfern und der gefährdeten Zivilbevölkerung, Probleme der gemeinsamen Ausbildung und Fragen des finanziellen Ausgleichs. Bei einer Katastrophe oder einem schweren Unfall wird der gefährdeten Zivilbevölkerung die Möglichkeit geboten, auf das Gebiet des Nachbarstaates auszuweichen und dort Aufnahme zu finden. Dies kann im Notfall sogar ohne Einhalten der üblichen Grenzübergänge erfolgen; im Interesse einer schnellen und sachkundigen Hilfe im Katastrophenfall werden formale Regelungen, die für andere Bereiche von Bedeutung

sind, auf ein unbedingt notwendiges Minimum beschränkt.

Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, wie wichtig dieses Abkommen besonders auf diesem Gebiet für unser Land ist – bei einem undenkbareren, aber leider nicht hundertprozentig auszuschließenden Zwischenfall in Cattenom bestünde eine willkommene und notwendige Ausweichmöglichkeit auf deutsches Gebiet.

Mit ihren Einzelregelungen, die auf ministerieller Ebene ergänzt werden können und keiner langwierigen Ratifizierungsprozeduren bedürfen, bietet die Vereinbarung den beim Katastrophenschutz eingesetzten Kräften, die im Notfall den Schutz der bedrohten Bevölkerung sichern sollen, eine solide Grundlage für gemeinsame Übungen und für Ausbildungs- und Lehrveranstaltungen.

Unsere Abkommen mit Frankreich und Belgien

Die guten Beziehungen zur deutschen Seite hin werfen natürlich die Frage nach der Ergänzung der Hilfeabkommen mit den beiden anderen Nachbarländern auf.

Bereits am 10. Dezember 1962 wurde in Paris mit Frankreich ein Abkommen über den gegenseitigen Beistand zwischen luxemburgischen und französischen Feuerwehreinheiten und Hilfskorps unterzeichnet. Diese Vereinbarung bezieht sich aus verständlichen Gründen nicht auf die Folgen, die sich aus einem Reaktorunglück ergeben könnten, so daß insbesondere von luxemburgischer Seite großes Interesse an einer Ausweitung und Anpassung dieser Konvention besteht. Verhandlungen über die Ergänzung des Hilfeabkommens in Katastrophenfällen dürften in Kürze aufgenommen werden, da laut Mitteilung des französischen Zivilschutzes der Innenminister Frankreichs hierzu seine prinzipielle Zustimmung erteilt hat.

Auch mit Belgien dürften Verhandlungen über eine Überarbeitung und Aktualisierung des gegenseitigen Hilfeabkommens demnächst beginnen.

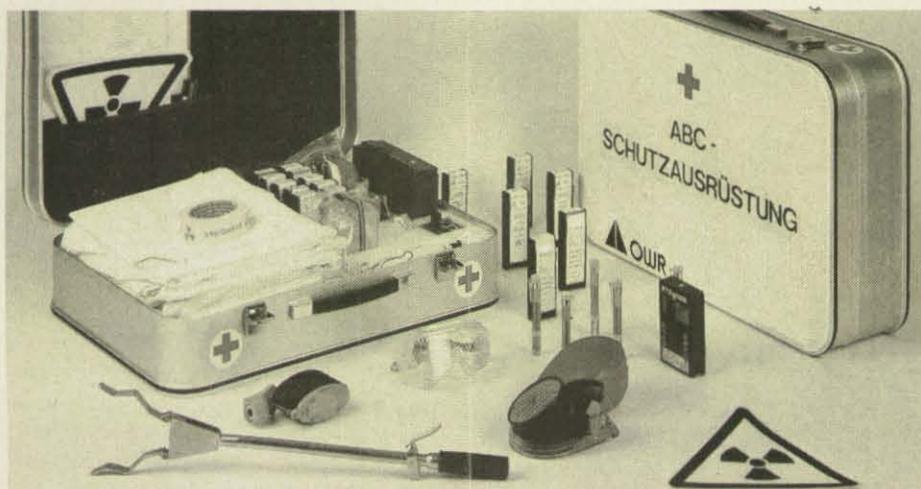
(„Fir dech a fir dei Land“, Luxemburg)

Einsatz des Zivilschutzes bei Katastrophen?

Bundesrätin Elisabeth Kopp hat dieser Tage vor der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bekanntgegeben, die prüfen soll, ob und unter welchen Voraussetzungen der Zivilschutz bei zivilen Katastrophen eingesetzt werden kann und soll. Dieses Anliegen hat an Aktualität gewonnen, indem eine breite Öffentlichkeit durch die Katastrophen von Tschernobyl und Schweizerhalle aufgerüttelt wurde. Die Arbeitsgruppe steht unter der Leitung des Direktors des Bundesamtes für Zivilschutz.

Weiter hat Bundesrätin Kopp vier Regierungsräte, drei Vertreter von großen, mittleren und kleinen Gemeinden und Mitarbeiter „benachbarter“ Bundesämter um ihre Mitarbeit gebeten. Es gelte, Vorschläge zu präsentieren, wie Bedrohungen besser gemeistert werden könnten, die von der modernen Zivilisation ausgingen, also nicht solche kriegerischer Art oder Naturereignisse. Bundesrätin Kopp zog den Schluß, die Aufgaben der zivilen Katastrophenhilfe (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitsämter) und der Organisationen des Zivilschutzes sowie eventuell der Armee müßten „auch in diesen neuen Bedrohungssituationen nahtlos ineinander übergehen.“

(„Neue Zürcher Zeitung“)



Schutzausrüstung kompakt im Koffer

Ein auf Fahrzeugbau und Katastrophenschutz-Systeme spezialisiertes Unternehmen, Entwickler und Lieferant der Dekontaminations-Mehrzweckfahrzeuge, hat nun einen neuartigen ABC-Schutz-Koffer konzipiert.

Die Schutzausrüstung, in einem handlichen Leichtmetallkoffer untergebracht, besteht aus einem Dosisleistungsmesser mit Alpha-Beta-Gamma-Sonde für die A-Spürung, einem Gasspürgerät mit den erforder-

lichen Prüfröhrchen, einer handlichen Greifzange in Edelstahlausführung für das Aufnehmen und Transportieren von ABC-verseuchten Teilen, Handschuhen, Trassenband, den entsprechenden Kennzeichnungsschildern, schweren und leichten Schutzanzügen sowie verschiedenen ABC-Schutz-Masken.

Wie das Unternehmen mitteilt, wurden die ersten Aufträge von Sanitätsorganisationen bereits abgewickelt. Die ABC-Schutzausrüstung ist außerdem für Feuerwehr und Polizei sowie alle mit der Materie befaßten Behörden, Organisationen und Betriebe interessant. (Foto: Odenwald-Werke)



Rettungsschere gleichzeitig als Rettungsspreizer einsetzbar

Eine zukunftsweisende Neuentwicklung auf dem Sektor der hydraulischen Rettungsgeräte wurde kürzlich vorgestellt. Die hydraulische Rettungsschere dieses Herstellers kann trotz enormer Schneidleistung gleichzeitig als vollwertiger Spreizer eingesetzt werden, der die nach DIN 14751 ge-

forderten Spreizkräfte erreicht bzw. überschreitet. Das Gerät kann – wie bei herkömmlichen Spreizern – mit einem Kettenersatz ausgerüstet werden.

Obwohl das Kombinationsgerät weniger als 15 kg wiegt, wurden aus Spezialstahl geschmiedete Spreizarme verwendet. Das Gerät ist vom Technischen Überwachungsverein nach DIN 14751 als Rettungsschere S 90 zugelassen. Weitere technische Daten des Gerätes: Schnittkraft bis 18 t, Spreizkraft bis 10 t (an der Spitze größer 3 t), Zugkraft über 5,5 t. (Foto: FAG)

Tanklöschfahrzeug mit Halon-Löschanlage ausgerüstet

Vielfältige Brandrisiken in der chemischen Industrie, in EDV- und elektronischen Steuerzentralen, Laboratorien, Fertigungshallen für feinmechanische und elektronische Geräte, auf Motoren- und Triebwerksprüfständen und in Trafostationen stellen die Feuerwehren ständig vor neue Aufgaben. Bei den Feuerwehrausrüstern führt diese Tatsache zu neuen Konzeptionen und Anpassungen von Sonderfahrzeugen.

So wurde kürzlich das Tanklöschfahrzeug eines Chemiegroßunternehmens umgebaut, um Platz für eine Halon-Löschanlage HAL 500 zu schaffen. Sie besteht aus zwei Druckgasbehältern, die mit je 250 kg Halon 1211 gefüllt und permanent mit Stickstoff auf 25 bar Gesamtdruck aufgeladen sind. Diese Behälter verbindet eine Sammelleitung, von der man über zwei je 20 m lange, auf Haspeln aufgerollte Schläuche und zwei Löschpistolen sehr homogene Löschmittelstrahlen mit ca. 12 m Wurfweite und einer Ausstoßrate von ca. 2 kg/s erzeugt.

Über zwei manuell betätigte Absperrorgane lassen sich die beiden Schlauchhaspeln einzeln oder gemeinsam versorgen. Damit schaltet man je nach Brandfall die Druckgasbehälter hintereinander oder gemeinsam auf die Schlauchabgänge. Diese Konzeption bietet Flexibilität, wirtschaftlichen Löschmitteleinsatz, große Mobilität und eine effiziente Brandbekämpfung.

Die Löschanlage läßt sich einfach bedienen. Selbst bei Ausfall der Bordelektronik gibt eine Notbetätigung das Halon frei. Ein Blick auf Füllstandsanzeiger und Betriebsdruckmanometer zeigt die Betriebsbereitschaft der Anlage. Nach dem Einsatz wird sie an Bord des Fahrzeugs wieder mit Halon gefüllt. Hierzu dienen Füllstandsanzeiger und Peilrohre. (Foto: Krupp)



Handbuch Atemschutz



Loseblattwerk mit 15
Ergänzungslieferungen
Von Dr. L. Brauer
ecomed verlagsgesell-
schaft mbH,
8910 Landsberg

Nachdem die Erstauflage vergriffen war, liegt nun die Neuauflage des gesamten Werkes mit den bisher erschienenen 15 Ergänzungslieferungen vor. Das in vier Ordnern untergebrachte Werk behandelt das Thema Atemschutz in seiner ganzen Breite.

Einleitend wird in Band 1 die Atmung des Menschen ausführlich erläutert. Dem Thema Schadstoffe ist ebenso breiter Raum eingeräumt. Daneben werden technische und organisatorische Maßnahmen aufgezeigt sowie ein Atemschutzprogramm vorgestellt.

In den Abschnitten des 2. Bandes werden die Atemschutzmöglichkeiten und -geräte ausführlich behandelt, wobei eine Vielzahl von Illustrationen das Verständnis der technischen Zusammenhänge erleichtert. Die Angabe der allgemeinen Einsatzgrenzen und Benennungen schließt den Band ab.

Band 3 widmet sich der Darstellung der praktischen Anwendung von Atemschutzgeräten und bietet einem Blick auf Atemschutzgeräte im Ausland. Ein umfangreicher Abschnitt beinhaltet deutsche und internationale Normen sowie den Bereich Atemschutz berührende Vorschriften und Richtlinien.

Zu den Themen des 4. Bandes zählen Prüfstellen, technische Richtlinien sowie Verzeichnisse von Abkürzungen und Informationsstellen. Als Lehrunterlagen enthält der Band eine Reihe von mehrfarbigen Folien zur Tageslichtprojektion. Ein Stichwortverzeichnis schließt den Band ab.

Aufgrund seiner umfangreichen und präzisen Darstellungen kann der Titel inzwischen als Standardwerk für den Bereich Atemschutz angesehen werden. Er bietet jedem, der mit dem Thema befaßt ist, erschöpfend Auskunft auf Fachfragen. Eine klare Gliederung und eine gut verständliche Darstellung erleichtern die Handhabung und erhöhen den Wert des Werkes.

Die Berliner Feuerwehr



Von Günter Strumpf
EFB-Verlagsgesellschaft
mbH, 6450 Hanau

Die Berliner Feuerwehr ist die älteste Berufsfeuerwehr Deutschlands. In ihrer Geschichte spiegelt sich das Werden des gesamten deutschen Feuerwesens wider. Auch deshalb ist der vorliegende Band besonders interessant, der rechtzeitig zum 750jährigen Jubiläum der Stadt eine umfassende Darstellung ihrer Feuerwehr gibt.

Beginnend mit der „Vorfeuerwehrzeit“ über die Schilderung des Brandschutzes um die Jahrhundertwende wird die Geschichte der Berliner Feuerwehr in der Kaiserzeit, im Dritten Reich über Kriegs- und Nachkriegszeit bis zur Gegenwart in minutiösen Schritten dargestellt. Die zahlreichen, teils farbigen Illustrationen helfen dabei, die Schilderungen zu verdeutlichen. Ein abschließender Teil „Berliner Feuerwehr heute“ stellt Organisation, Fahrzeuge und Geräte der Berliner Feuerwehr umfassend mit vielen Bildern vor.

Es war die erklärte Absicht des Verfassers, mit seinen Schilderungen neben dem Außenstehenden besonders den Feuerwehrmann – auch eventuell den künftigen – anzusprechen, weil er überzeugt ist, daß die Kenntnis der Feuerwehrgeschichte ein innigeres Verhältnis zum Beruf bewirkt.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Roeber/Goeckel
**Katastrophenschutzgesetz (KatSG)
15. und 16. Ergänzungslieferung**
Verlag für Verwaltungspraxis Franz
Rehm, 8000 München 80

Steinkamp
**Gesetze der Bundesrepublik Deutschland
Ergänzungslieferung Juni 1987**
Walhalla u. Praetoria Verlag,
8400 Regensburg 1

Lüttgen
**Handbuch des Rettungswesens
36. Ergänzungslieferung**
Verlag v. d. Linnepe, 5800 Hagen

Die Johanniter und Malteser



Von Jehuda Karmon
Verlag Callwey,
8000 München

Der „Ritterorden des Hospitals vom Heiligen Johannes in Jerusalem“, eine Organisation, die auf Freiwilligkeit aufgebaut ist, aber von ihren Mitgliedern unbedingten Gehorsam verlangt, brachte die bestgeschulten Kämpfer der Kreuzzüge hervor, die jedoch bei Kampfesruhe die Mönchskutte überzogen und sich der Krankenpflege widmeten.

Nach den Kreuzzügen wurde der Johanniterorden zum souveränen Herrscher der Insel Rhodos, die im 14. und 15. Jahrhundert den weitest vorgeschobenen Posten des Christentums gegenüber der Türkei, dem damals mächtigsten Staate Europas, bildete.

Im Jahre 1530 war der Orden gezwungen, von Rhodos auf die Insel Malta umzusiedeln. Durch die französische Revolution ging der Besitz verloren, durch Napoleon 1798 auch die Insel Malta.

Seit 1859 lebte der Orden wieder auf. Er betätigt sich heute vor allem im Krankendienst, wo er vieles tat, um die Entwicklung der Medizin zu fördern.

Mit seinem Buch will der Autor die Verflechtung des Ordens mit dem Weltgeschehen aufspüren und analysieren. Die Aufteilung des Buches folgt den geographischen Veränderungen der Ordenstätigkeit und enthält fünf Teile mit einem Prolog und einem Schlußwort.

Die Hauptteile des Buches sind: Das „Königreich Jerusalem“ (1099–1187), Der Reststaat von Akko (1193–1292), Rhodos (1308–1522), Malta – Die Glanzzeit des Ordens, Die Wiederbelebung der Ordensidee. Jeder Teil endet mit einem Abschnitt, in dem das Schicksal des Schauplatzes der Ordenstätigkeit nach dem Abzug des Ordens kurz geschildert wird, gefolgt vom Übergang zur nächsten Periode, wobei das Weltgeschehen, soweit es den Orden betrifft, in Kürze behandelt wird.

Der Verfasser verbindet die Herausgabe des Werkes mit der Hoffnung, daß es dazu beitragen werde, die Wanderungen und Wandlungen des Johanniterordens in neuem Licht zu sehen und zu verstehen.

Antwort des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, an den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, auf die „Resolution zu Überlegungen der Zuständigkeit des THW im friedensmäßigen Aufgabenbereich der Feuerwehr“ vom 23. Januar 1988 (siehe Seiten 51/52 in diesem Heft):

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich danke für Ihr Schreiben vom 27. Januar 1988. Die ihm beigelegte Resolution des Präsidiums des Deutschen Feuerwehrverbandes vom 23. Januar 1988 gibt mir Anlaß zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen:

Wie Sie wissen, schätze ich den Dienst der Feuerwehren für die Allgemeinheit und den auf hohem Niveau stehenden Leistungswillen ihrer Angehörigen außerordentlich. Bei Einsätzen und Übungen vor Ort stelle ich immer wieder mit Freude fest, wie groß die Bereitschaft der Angehörigen der Feuerwehren zur Zusammenarbeit mit z. B. den Helfern des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes sowie des Technischen Hilfswerks ist. Ich habe bisher nirgendwo festgestellt, daß sich die Bevölkerung gegen diese Zusammenarbeit ausgesprochen hat. Im Gegenteil: Es wird allseitig anerkannt, daß es in einem Notfall im Interesse des Schutzes unserer Bürger keine entscheidende Rolle spielen dürfe, ob ein Helfer einer gemeindlichen, einer privaten oder einer Katastrophenschutzorganisation des Bundes angehört. Zur Rettung unserer Mitmenschen aus eventuellen Gefahren geht es nicht darum, Bereiche des Hilfspotentials ganz oder teilweise auszugrenzen, sondern deren optimale Zusammenarbeit zur Hilfestellung für das Über- und Weiterleben unserer Mitbürger in bzw. nach einem Notfall zu gewährleisten. Dies ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern der Wille des Gesetzgebers.

Das Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 geht daher von einem einheitlichen Hilfeleistungssystem des Bundes und der Länder aus. Gerade der Deutsche Feuerwehrverband hat in der Vergangenheit dankenswerterweise Bund und Länder immer wieder aufgefordert, die Einheitlichkeit dieses Systems auf allen Ebenen zu verbessern. Dazu gehört aber nicht nur die erhebliche finanzielle Förderung der Feuerwehren durch den Bund, sondern auch die sinnvolle

Nutzung des gesamten vorhandenen Hilfeleistungspotentials. Die einschlägigen Rechtsgrundlagen ermächtigen deshalb die für die Gefahrenabwehr zuständigen örtlichen Behörden, z. B. die auf ihrem Gebiet stationierten THW-Einheiten bei Unglücksfällen und Katastrophen im Frieden einzusetzen (vgl. Nr. 32 Abs. 3 KatS-Org-VwV vom 27. Februar 1972 i. V. m. Nr. 32 Abs. 1 KatS-Ausstattungs-VwV vom 27. Februar 1972).

Aufgrund der Großschadensereignisse der letzten Zeit sind sich Bund und Länder darin einig, daß die Möglichkeiten des erweiterten Katastrophenschutzes verstärkt genutzt und zu diesem Zweck die Ausstattung und Ausbildung seiner Einheiten sich soweit wie möglich auch an den friedensmäßigen Schutzbedürfnissen der Bevölkerung ausrichten sollen. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986 und die Entschließung des Bundestagsinnenausschusses vom 7. Oktober 1987 hin, die ausdrückliche Forderungen in diese Richtung enthalten. Auch aus den Reihen der Feuerwehren selbst wird angesichts der vielen neuen Aufgaben und im Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation der Gemeinden, z. B. für eine verstärkte Einbeziehung des Technischen Hilfswerks in die friedensmäßige Gefahrenabwehr, plädiert (Prof. Dipl.-Ing. Achilles in „FEUERWEHR“ 11/87).

Seit meinem Amtsantritt als Bundesminister des Innern im Jahre 1982 sind im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Novellierung des Katastrophen- und Zivilschutzrechts eine Reihe von Gesprächen mit dem Deutschen Feuerwehrverband geführt worden, in denen auch das Verhältnis zwischen Feuerwehren und Technischem Hilfswerk erörtert wurde. Zuletzt hat Parl. Staatssekretär Spranger am 18. September 1987 vor dem Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes zu diesem Thema ausführlich Stellung genommen. In diesen Gesprächen und in den dem Deutschen Feuerwehrverband zugegangenen Gesetzesunterlagen ist eingehend dargelegt worden, daß die Sorge, den Feuerwehren könnten durch diese Entwicklung Aufgaben genommen werden, unbegründet ist.

Die Aufgaben der Feuerwehren sind durch Länderrecht festgelegt. Es ist den örtlichen Behörden der Gefahrenabwehr aber unbenommen, das Technische Hilfswerk auch in diesen Aufgabenbereichen im Rahmen der Amtshilfe zur Unterstützung anzufordern. Es wird den Steuerzahlern kaum verständlich gemacht werden können, daß im Notfall eine mit Steuermitteln unterhaltene Katastrophenschutzorganisation nicht eingesetzt wird. Wie Sie wissen, kann die vom Haushaltsgesetzgeber dem Technischen Hilfswerk in diesem Zusammenhang eingeräumte Möglichkeit, auf Einsatzkosten zu verzichten, nur in einer beschränkten Größenordnung erfolgen und setzt außerdem voraus, daß der Einsatz dem Ausbildungsinteresse dient.

Ich rechne es mir als Verdienst an, daß in den letzten Jahren wenigstens der notwendigste Nachholbedarf für das THW, das in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt wurde, annähernd befriedigt werden konnte. Allerdings muß ich zu den Ausführungen in der Resolution des Deutschen Feuerwehrverbandes über die Finanzlage des THW darauf hinweisen, daß der im Haushalt 1987 erstmals ausgewiesene Jahresetat von rund 100 Millionen DM nicht zu dem falschen Schluß führen darf, es handele sich um eine überproportionale Haushaltssteigerung. Diese Haushaltssumme ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß aus haushaltstechnischen Gründen erstmals die verschiedenen in anderen Haushaltsansätzen für das THW vorgehaltenen Mittel im Interesse der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in einer eigenen Titelgruppe zusammengefaßt wurden. Sie werden mir sicher zustimmen, daß der Jahresetat von rund 100 Millionen DM für das Technische Hilfswerk lediglich etwa dem gemeinsamen Etat mehrerer deutscher Großstädte für den Brandschutz entspricht. Insgesamt bringen die Länder und Gemeinden für die Feuerwehren jährlich rund 2,4 Milliarden DM auf.

Auch der Bund hat zusätzlich in den letzten Jahren seine Aufwendungen für die Feuerwehren im Rahmen ihrer Mitwirkung im erweiterten Katastrophenschutz erheblich gesteigert. Bei der Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes partizipieren die Feuerwehren z. B. mit über 500 Millionen DM an dem Konsolidierungsprogramm des Bundes, durch das im Laufe von 10 Jahren mit einem Gesamtkostenaufwand von 1,2 Milliarden DM die Ausrüstung des erweiterten Katastrophenschutzes modernisiert und komplettiert werden soll. Obwohl die Feuerwehren im erweiterten Katastrophenschutz lediglich 23 % der Gesamthelferstärke von 150 000 Helfern stellen, erhalten sie rund 42 % der Mittel des Konsolidierungsprogramms. Das THW erhält dagegen bei einem 28 %igen Helferanteil nur 30 % der Mittel des Programms. Dabei orientiert sich die vom Bund beschaffte Ausstattung des THW aus-

schließlich an den Erfordernissen der Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes. Der Behauptung, daß der Bund darüber hinaus Fahrzeuge und Geräte für ausschließlich friedensmäßige Aufgaben beschaffe, vermag ich nicht zu folgen.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat in seinem Schreiben vom 4. Februar 1988, mit dem er die o. a. Resolution an baden-württembergische Bundestagsabgeordnete versandt hat, ausdrücklich erklärt, „daß die Feuerwehren nach wie vor alles daransetzen, um zusammen mit dem Technischen Hilfswerk und allen übrigen Einrichtungen und Organisationen dem in Not geratenen Bürger zu helfen“. Ich begrüße derartige Aussagen und bin überzeugt, daß sich in diesem Geist – wie von mir immer angestrebt – alle wirklichen Probleme zum Wohle unserer Mitbürger lösen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Zimmermann

Allgemeines

Die Motorsäge mit Verbrennungsmotor (Vers. Nr. 3695-12-171-8199) und das Trennschleifer-Anbaugerät (Vers. Nr. 3695-12-174-4976) gehören zur Fachdienstausstattung des KatS-Fachdienstes „Bergungszug“. Als Einzelgeräte sind sie Bestandteil der Fachdienstausstattung „Löschzug Löschen und Retten“. Die Motorsäge dient zum Schneiden von Holz, zum Fällen, Ablängen und Entasten von Bäumen, zum Trennen von Holzkonstruktionen sowie zum Sägen von Eis.

Das Trennschleifer-Anbaugerät ist konstruktiv so ausgelegt, daß es in Verbindung mit dem Motorteil der Säge und mit den entsprechenden Trennscheiben zum Schneiden von Metallen sowie zum Trennen von Tonrohren und zur Bearbeitung von Kunst- und Natursteinen eingesetzt werden kann.

Technischer Aufbau

Das Kombi-Gerät besteht aus folgenden Baugruppen:

Motorteil

mit Motor, Kraftstofftank, Anwerfvorrichtung, Handgriff mit Gashebel, Gashebelsperre und Halbasknopf, Kurzschlußschalter, Starthebel, Griffrohr mit Handschutz, Kettenschmieröltank mit Ölpumpe, Zündkerze, Dekompressionsventil und Luftfilter mit Filterdeckel,

Sägeteil

mit Fliehkraftkupplung und Kettenantriebsrad, Führungsschiene mit Öleintrittsbohrung und Bohrung für Bolzen der Spannmutter, Sägekette, Kettenraddeckel mit Krallenanschlag sowie Spannschraube

Schleifarm

mit vorderer und hinterer Keilriemenscheibe, Keilriemen, Antriebswelle für Schleifscheibe sowie Schutzhaube mit Spannmutter,

Zubehör

- 1 Kettenschutz aus Kunststoff
- 1 Kunststoff-Kombi-Kanister für 5,5 l Gemisch und 2,0 l Kettenschmieröl
- 1 Kettenschutz aus Skai
- 1 Schweißerschürze
- 1 Keilriemen (Ersatz)
- 1 Abdrückschraube
- 3 Hobelzahn-Sägeketten in Klarsichtkasten
- 5 Trennscheiben für Stahl
- 5 Trennscheiben für Stein
- 1 Werkzeugtasche mit Tragegurt und Inhalt

Technische Daten

Motorteil

Motor	1-Zylinder-Zweitakt-Otto-Motor
Hubraum	89 cm ³
Motorleistung	5,8 PS (4,27 kW)
Zündanlage	elektronische kontaktlose Transistorzündung
Kraftstoff-Gemisch	Benzin/Öl 50:1 mit Spezialöl
Vergaser	Lageunempfindlicher Membranvergaser
Kraftstofftankinhalt	0,9 l
Öltankinhalt	0,6 l
Verbrauch	ca. 1,2 bis 1,4 l/pro Betriebsstunde

Sägeteil

Schnittlänge	530 mm
Sägekette	Hobelzahnkette
Kettenschmierung	Sägekettenöl oder ersatzweise Motoröl: Sommer = SAE 30 Winter = SAE 10 oder 20
Schmieröltankinhalt	0,6 l

Abmessungen:

Länge ohne Sägeschiene	480 mm
Länge mit Sägeschiene	1 000 mm
Länge mit Trennschleifer-Anbaugerät	840 mm
Breite	260 mm
Höhe	310 mm

Gewicht:

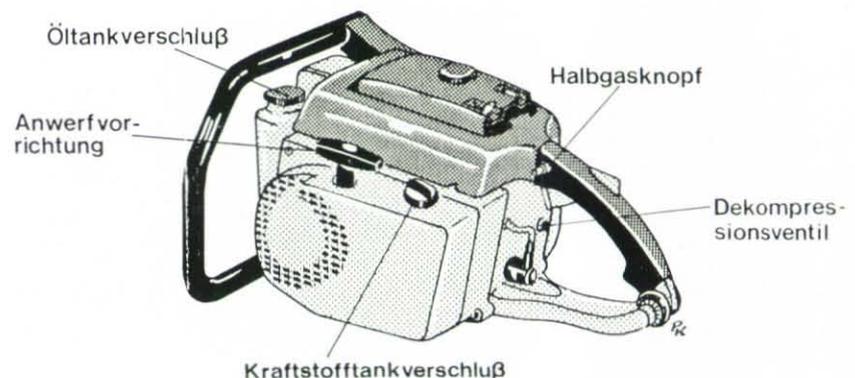
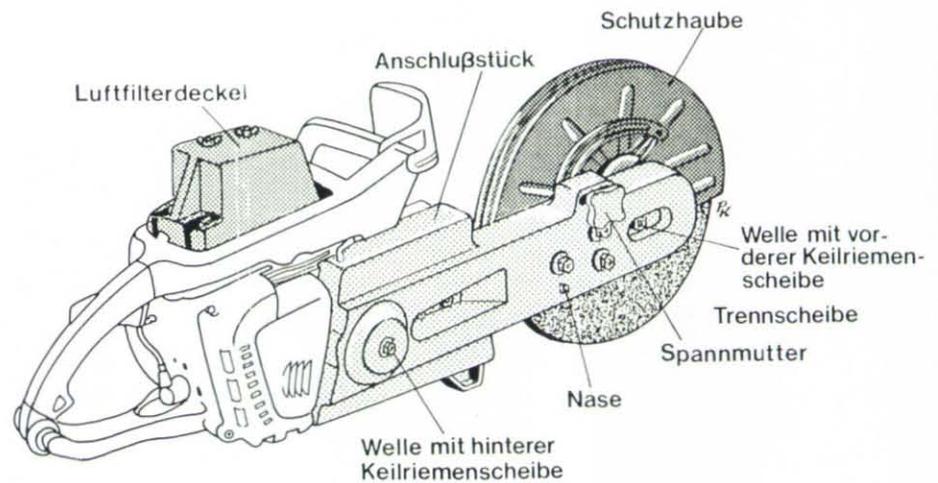
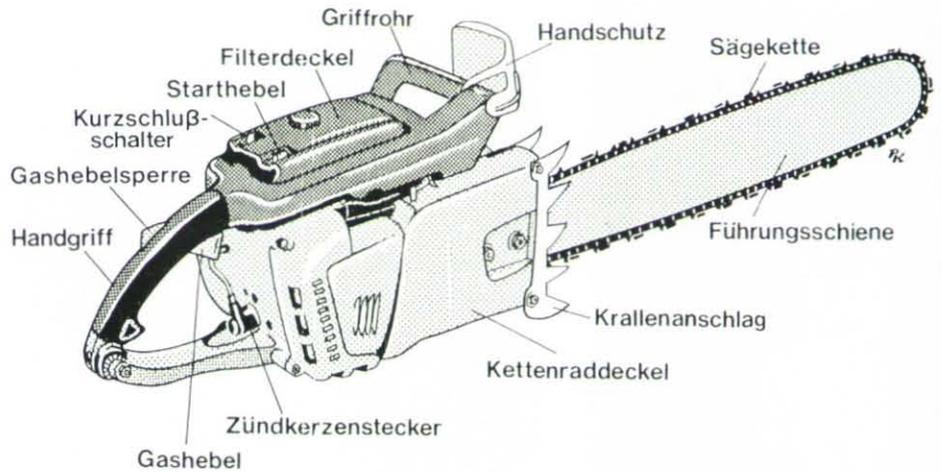
mit Sägeschiene	11,5 kg
mit Trennschleifer-Anbaugerät	14,0 kg

Trennschleifer-Anbaugerät

Abmessungen:	
Länge mit montierter Trennscheibe	840 mm
Breite	350 mm
Höhe	350 mm

Trennschleifscheiben:

für Stahl	300 mm Ø, 3 mm dick
für Stein	300 mm Ø, 3 mm dick
Schnitttiefe	100 mm



Schutzraumbau transparent gemacht



Auf der „8. Internationalen Fachmesse für Baustoffe, Bausysteme, Bauerneuerung“ vom 20. bis 26. Januar 1988 in München präsentierte der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) zum ersten Male seine neue Sonderthemen-Ausstellung „Der Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“ der Öffentlichkeit. Die ansprechend und informativ gestaltete Ausstellung gibt einen Überblick über den Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland, informiert über den Bau von Hausschutzräumen sowie die staatliche Förderung und erläutert technische Grundsätze.

Ausstellungsschwerpunkt und Blickfang des 60 qm großen Standes ist das 1:1-Schnittmodell eines 25-Personen-Haushaltschutzraums. Das Modell in Originalgröße vermittelt dem Besucher anschaulich die schutzraumspezifischen Konstruktionsmerkmale und die technische Einrichtung.

Eine qualifizierte Standbesetzung ergänzt und vertieft die Aussagen der Ausstellung. BVS-Bauberater informieren Interessenten über die Planung, Kosten und technischen Details eines Schutzraumes (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

